

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Hauptstadt 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die (schon) gestellte Anzeigen
oder deren Raum 10 Bg. für

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 16. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das neue Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Im Laufe des gestrigen Abends ist der von uns gestern veröffentlichte Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine endlich den Abgeordneten und den Zeitungen zugegangen, nachdem er zwei Tage zuvor der 'Kölnischen Zeitung', für die insbesondere während des Kampfes für den Posttarif der jetzige Vizepräsident des Reichstages und Kolonialdirektor außer Hoffnung Dr. Baasche Berichte schrieb, übermittelt war.

Wenn man aber auf gewerblichem Gebiete mit der gekennzeichneten Entwicklung der Verhältnisse als mit einer gegebenen Tatsache rechnen muß, so ist diese Entwicklung doch keineswegs so beschaffen, daß es im allgemeinen Interesse erscheint, irgendeine durch Akte der Gesetzgebung künstlich (1) ihre Übertragung auf Verhältnisse zu fördern, wo die Dinge bisher einen anderen, und zwar einen ruhigeren und friedlicheren Verlauf genommen haben.

Selten ist in so wenigen Sätzen der gesamte wirtschaftliche und rechtliche Tatbestand auf den Kopf gestellt und die vollendete Feindschaft gegen die Arbeiterklasse dokumentiert wie hier. Die Rücksicht auf das Allgemeinwohl fordert als eine Grundfrage der heutigen Gesellschaftsordnung, weil sie auf der Arbeit rechtlich freier Menschen beruht, Ausbildung und Schutz des Koalitionsrechts für alle Arbeiter.

Die Beschränkung der Koalitionsfreiheit beschränkt nicht nur die persönliche Freiheit des Arbeiters, sie leistet auch dem Arbeitseigner, der Arbeiterausbeutung in besonders hohem Grade Vorschub. Der einzelne Arbeiter ist der wirtschaftlichen Macht des Unternehmers nicht gewachsen.

So vor 30 Jahren die preussische Regierung. Und heute? Da heißt es: 'Das zwingende Interesse der Allgemeinheit', das heißt deutlicher vom Standpunkt der Regierung: das Interesse der Junker, der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen, deren ausführendes Organ die Regierung ist, erheischt das 'etwaige persönliche Interesse' der Landarbeiter, der Eisenbahnarbeiter, der Schiffsmannschaft nach höherer Kultur, nach besseren Lebensbedingungen den Landtagen, in denen der Junker dominiert, zu überlassen, und die gesamten dem siebenten Titel der Gewerbeordnung nach Ansicht der Regierung (sie rechnet sogar die Eisenbahnwerkstättenarbeiter als nicht dahin gehörig) nicht unterstellten Arbeiterkategorien außerhalb Reichsrechts stellen!

In den Motiven wird lediglich von den Arbeitern gesprochen, im Gesetzentwurf werden Arbeiter und Arbeitgeber formell gleichgestellt. Diese formale Gleichstellung zeigt wiederum die volle Verständnislosigkeit der Regierung für die Bedürfnisse der Arbeiter. Es ist falsch, das Vereinsrecht und das Koalitionsrecht der Arbeiter dem der Arbeitgeber gleichzustellen, da das Koalitionsrecht der Arbeiter ein von dem Koalitionsrecht der Arbeitgeber begriffsmäßig total verschiedenes ist. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist erforderlich, soll der Verkäufer der Ware 'Arbeitskraft' nicht schlechter behandelt werden, als der Verkäufer irgend einer anderen Ware.

An all diesen für jeden Menschen, dessen Verständnis nicht durch Haß gegen die Arbeiterklasse gebrauchsunfähig geworden ist, klar liegenden Dingen geht die Vorlage vorbei. Nichts von Erweiterung des Kreises der Koalitionsberechtigten, nichts von einem Schutz des Koalitionsrechtes steht in der Vorlage.

Aber, wird man einwenden, die Rechtsfähigkeit, die so heiß ersehnte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist doch nun endlich da. Wäre sie es, so wäre nichts erheblich Großes, aber immerhin etwas der Arbeiterklasse nicht Gefährliches geschaffen. Es wäre dann dem schmachvollen Zustand ein Ende gemacht, daß Berufsvereine, weil sie ernste Interessen vertreten, minderen Rechts als Regellubs oder Kauf- und Saupvereine wären.

Die Vorlage geht nicht diesen Weg, sie verleiht nicht den Berufsvereinen Rechtsfähigkeit, sondern geht dem ehemaligen russischen Plehwe inszenierten Weg: Arbeitervereine von Regierungsgnaden zu schaffen. Der Weg der Regierungsvorlage ist um so verwerflicher, je verstockter die Hallen gegen die Arbeiter gelagert sind.

- 1. Solche, deren Rechtsfähigkeit auf Eintragung beruht. Die Eintragung 'kann' (nicht muß) erfolgen, wenn der Zweck des Berufsvereins 'nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird'.
2. Solche Vereine, deren Rechtsfähigkeit nicht auf Eintragung beruht; das sind die, die ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewähren oder deren Zweck sonst auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.
3. Alle übrigen.

Nummer 1 soll 'rechtsfähig' werden, wenn die Behörde das gestattet. Die Rechtsfähigkeit kann aus den in § 15 genannten Gründen, also (§ 43 Abs. 3 B. G. B.) auch dann entzogen werden, wenn die Vereinsstatuten einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgen, in der Tat aber solcher Zweck verfolgt wird. Ferner u. a. dann, 'wenn er eine Arbeiteraussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen.'

Darüber, ob diese Voraussetzungen zur Entziehung vorliegen, entscheidet die - Polizeibehörde. Bei welchem größeren absichtsvollen Streik wird diese das Vorhandensein dieser Voraussetzungen nicht entdecken? Größere Vergarbeiter-, Bauarbeiter-, Metallarbeiterstreiks würden so inhiert werden können. Das nennt man 'Rechtsfähigkeit'.

Die zweite Sorte Berufsvereine soll rechtsfähig werden können, wenn sie eine amtliche Bescheinigung erhält. Diese kann ihr aus gleichen Voraussetzungen, wie der ersten Klasse entzogen werden.

Die gesamte 'Rechtsfähigkeit' beruht also auf Willkür der Behörden, ist abhängig davon, daß von dem Koalitionsrecht nicht Gebrauch gemacht wird und hat den alleinigen Vorteil, daß das Vermögen des Vereins für die Ansprüche der Unternehmer haftet, sobald die Klassenjustiz sich für Haftbarkeit erklärt hat. Diese Versicherung der Arbeitgeber gegen nachteilige Folgen von Streiks nennt unser Kurs Sozialpolitik!

Am schlimmsten ist die dritte Sorte Vereine dran. Diese soll nämlich, wenn anders wir die Motive recht verstehen und mit dem Hilfsklassengesetz und dem letzten Paragraphen des in Beratung befindlichen Gesetzes über den privaten Versicherungsantrag in Verbindung bringen, über ihre jetzige Vogelfreiheit hinaus den landesgesetzlichen Zwiespalt freigestellt werden.

Wir werden in weiteren Artikeln auf andere Schönheiten des Gesetzentwurfs zur Einführung polizeilich gestatteter Vereine in Deutschland einzugehen haben. Des sind wir sicher: Die gesamte Arbeiterklasse ohne Rücksicht der politischen Richtungen, wird gegen dies Nachwerk zur Anebelung des Koalitionsrechts und des Gewerkschaftsrechts der Arbeiter sich wie ein Mann erheben, sobald sie die bürokratisch-knifflig gesetzten Bestimmungen der Vorlage durchschaut hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November.

Auswärtiger Kladderadatsch und Wahlprüfungen.

Die grrrohe Wassermannsche Aktion endete heute im Reichstage in ein paar Reden der Antisemiten Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann. Sie entsprachen ganz der totgeborenen nationalliberalen Opposition gegen die auswärtige Politik der Regierung. Niemand niht dem zwar lungenträftigen, aber inhaltsahohlen antisemitisch-täppischen Geschwätz irgend welchen Wert bei. Die reaktionäre Geminnung der den Junkern Suffkurs leistenden Antisemiten ist genugsam bekannt, als daß ihr Vortgedröhn innerhalb und außerhalb des Reichstags noch Interesse erwecken könnte.

Dagegen persiflierte der Abgeordnete Gothein mit einigen zutreffenden Strichen die absolutistischen, vom Reichslanzler tolerierten Reigungen, die die Weltpolitik der Regierung beeinflussen.

Der tägliche Ausgang nationalliberaler Oppositionsspielerlei bestatigte die mesenlose Schwammigkeit des Nationalliberalismus, sowie das taktische Ungeheiß, die auf dem letzten Loche pfeisende Partei durch Analleffekte vor den abfallenden Wählern aufzuputtschen.

Danach trat der Reichstag in Wahlprüfungen ein. Zur Wahl im 4. Kösliner Wahlkreis (Abg. v. Brochhausen) charakterisierte Genosse Herbert die konservativen Nachenschaften. Als Herbert konstatierte, daß sogar ein sozialdemokratischer Flugblattverbreiter von einem Konservativen wegen der Verbreitung von Flugblättern verhaften worden sei, rief der nationalliberale Abgeordnete Lehmann 'Bravo!' Das entseffelte Entrüstungsrause auf der Linken, die von der Fraktion Lehmanns mit ziemlich verlegenem Schweigen hingenommen wurden.

Geiße Debatten entbrannten um die Wahlen Dietrich - 3. Wahlkreis im Regierungsbezirk Potsdam -, wo Bürgermeister und Gemeindevorsteher einen Wahlaufruf für Dietrich unterschrieben haben, und Malke wih, - 3. Wahlkreis im Regierungsbezirk Köslin -, wo Wahlbeeinflussungen vom Landratsamt ausgingen. Im ersteren Wahlkreise war unser Genosse Kiesel der unterlegene Gegenkandidat, in letzterem der Freisinnige Dr. Barth. Nicht nur die Praktiken der obliegenden konservativen Partei und der für sie Wahlbeeinflussung betreibenden Beamten wurden in

Korier Weise kritisiert, auch die immer reaktionärer aus-
erhende Praxis der Wahlprüfungs-Kommission
erfuhr hierbei heftige Angriffe, die auf unserer Seite von den
Genossen Geyer, Fischer und Herbert geführt
wurden. Selbst der Zentrumsabgeordnete Gröber wandte
sich gegen die neuerliche, auch von seinen Fraktionsgenossen
in der Wahlprüfungs-Kommission geübte Nachsicht gegen
amtliche Beeinflussung, die zu unhaltbaren Schlüssen und
Beschlüssen führt.

Ueber die Wahlen Dietrich und Malkewitz wird morgen
namentliche Abstimmung stattfinden. —

Eintragstimmen.

Die bürgerlichen Blätter und nicht in letzter Reihe die
offiziösen Organe geben in dreier Ausführlichkeit die aus-
ländischen Preßstimmen über Bülow's gestrige Rede
wieder. Sie konstatieren auf Grund dieser Preßstimmen,
daß Bülow's Erklärungen im Reichstage im Auslande den
günstigsten Eindruck gemacht hätten. Es läßt sich
auch in der Tat nicht bestreiten, daß die vorsichtigen und
sorglich abgewogenen Wendungen der Bülow'schen Rede, die
es ängstlich vermieden, irgendwo auch nur leichten Anstoß
zu erregen, in der ausländischen Presse den Eindruck gemacht
haben, als sei die deutsche Regierung nunmehr ernstlich be-
müht, allen internationalen Konflikten aus dem Wege zu
gehen. Wir unsererseits verzichteten darauf, diese Preß-
äußerungen, die in dem gleichen Tone gehalten sind, wie
die diplomatische Causerie des Reichsanzlers, wiederzugeben.
Wissen wir doch, daß derartige diplomatische und journalistische
Friedensschalmeien ebensowenig ernst zu nehmen sind, wie
der Theaterdonner, in dem sich gelegentlich Diplomaten
und Bourgeois-Presse gefallen. Wenn durch wohl-
gedachte Phrasen internationale Politik gemacht
werden könnte, wenn von solchen Liebenswürdigkeiten oder
Unliebenswürdigkeiten das Geschick internationaler Bünd-
nisse oder gar die Frage des Krieges oder des Friedens ab-
hing, dann freilich müßte man zugestehen, daß die Rede
Bülow's eine Wera des freundschaftlichsten Einvernehmens der
Nationen einzuleiten geeignet sei. Jeder einsichtige Politiker
weiß aber, daß diplomatische Liebenswürdigkeiten und der
Austausch von Höflichkeiten der internationalen bürgerlichen
Presse für den Gang der politischen Ereignisse absolut be-
langlos sind.

Herr Bülow selbst hat ja darauf hingewiesen, daß
Deutschlands Lage gerade durch die Kolonialpolitik
und die damit in Verbindung stehenden Flottenrüstungen
Deutschlands eine so delikate geworden ist. Dabei soll keines-
wegs bestritten werden, daß nicht durch frühere Reden,
die eine für die gegenwärtigen Kolonialmächte bedrohliche
weltpolitische Expansion Deutschlands anzukündigen schienen,
Deutschlands koloniale Welt- und Flottenpolitik dem Aus-
land in einem bedrohlicheren Lichte erschienen sind, als es
gerade nötig gewesen wäre. Ebensowenig soll bestritten
werden, daß die blöden Geyerschen der All-
deutschen und die Kraftphrasen der Macher
des Flottenvereins nur zu geeignet gewesen sind,
im Ausland Verwirrungen zu erregen. Wenn also in Zukunft
nach all diesen Richtungen hin auf derartige Provokationen
verzichtet würde, so wäre das nur zu begrüßen.

Nichtsdestoweniger werden die kolonialen und
maritimen Rüstungen ganz allein dafür
sorgen, daß das Mißtrauen des Auslandes
nicht verschwindet. Solange Deutschland seine bis-
herige Weltpolitik fortsetzt, wird auch die Gefahr inter-
nationaler Verwickelungen weiter bestehen. Mit dieser Tat-
sache haben sich ja auch unsere bürgerlichen Parteien samt
und sonders abgefunden. Klagen doch die Reden der Ver-
treter fast aller bürgerlichen Parteien in dem Refrain aus,
daß Deutschland infolge seiner Isolierung seine
Rüstungen nun erst recht fortsetzen müsse!
Diese deutschen Rüstungen werden die ausländischen Staaten
zu Maßnahmen gleicher Art veranlassen. Und die dadurch
herborgehenden Mißstimmungen werden über kurz
oder lang von neuem jenes all-
gemeine Mißbehagen auslösen, das jetzt
höchstens für Wochen oder Monate be-
schworen ist! —

Die optische Täuschung des Auslandes.

Die ausländische Presse hat den Entstellungskrieg gegen das
persönliche Regiment weit ernster genommen, als er es verdient.
Sie hat darin den Versuch der deutschen Bourgeoisie erblickt, wirklich
ein konstitutionelles Regiment zu erzwingen. Diese Auffassung tritt
namentlich in der englischen Presse hervor. So urteilte dieser
Lage der Leitartikel des „Observer“:

Es ist vorläufig unmöglich zu sagen, was aus den parla-
mentarischen Verhandlungen herauskommen wird. Vielleicht etwas
ganz Ueberraschendes, möglicherweise ein lächerliches Räuschen.
Wahr ist jedenfalls, daß das deutsche Volk jetzt zum ersten Male
eine klare und feste Stellung gegenüber dem
persönlichen Regiment einnimmt. Es ist eine neue Lage
in Deutschland — eine Revolution der politischen
Philister an der Spree.

Weit ernster noch wird der scheinbare Kampf gegen das persö-
nliche Regiment von den „Times“ behandelt, die in ihm den Aus-
trag des Klassenkampfes zwischen Junkern und
Industriellen erblickt. Die „Times“ betont, daß eine Armee
wohl auf feudalen-absolutistischen Interessen beruhen könne, aber eine
maritime Politik müsse eine industrielle und kommerzielle Klasse
zur Grundlage haben. Eine solche gesellschaftliche Klasse müsse
einen wirklichen Anteil an der Regierung des Reiches verlangen.
Dieses Verlangen sei schon vor dem Jahre 1848 gestellt worden.
Seitdem seien diese Wünsche noch weit dringender geworden. Die
„Times“ fährt dann fort:

Was wird das Resultat dieses Zusammenstoßes zwischen den
Ansprüchen der Junker und den Ansprüchen derjenigen Klassen sein,
von denen die wirtschaftliche Stärke und Größe Deutschlands ab-
hängt? ... Es scheint, daß der Sieg nicht der
Reaktion zufallen kann; früher oder später werden der
Nation Konzeptionen gemacht werden müssen. Aber je länger sie
verschoben werden, desto größer werden sie schließlich sein.

Die englische Presse folgt also den Vorstößen der Wasserträger so
auf, als habe es sich dabei wirklich um die Vertretung demokratischer
Rechte gehandelt. In Wirklichkeit war aber diese Kampagne gegen
das persönliche Regiment nur von fraktioneller Eifer-
sucht geleitet. Die Nationalliberalen mißgünstigen den
Junkern und vor allen Dingen auch dem Zentrum den
Einfluß auf die Regierung. Konstitutionelle Grundzüge spielten
dabei keine Rolle, sie konnten sie schon deshalb nicht spielen,
weil ja die Konserwativen und Ultramontanen schließlich eine
weit größere Stimmengahl hinter sich haben als die
Nationalliberalen. Und daß die Nationalliberalen der
stärksten Partei des Landes, der Sozialdemokratie,

jeden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung be-
streiten, beweist ja zur Genüge der nationalliberale Pro-
test, der erst vor wenigen Tagen von den heftigsten National-
liberalen dagegen erhoben worden ist, daß die heftigste Regierung
die Wahl eines Sozialdemokraten zum städtischen Wei-
geordneten bestätigt hatte. Der Kampf gegen das per-
sönliche Regiment drehte sich also nicht um eine Einengung
der Rechte der Krone, sondern brachte lediglich die Eiferstüchtelei in
dem Weltkampf um die Beeinflussung der Krone durch anti-
demokratische Momente zum Ausdruck!

Wie wenig ernst der ganze Sturm im Glase Wasser zu nehmen
war, hat ja inzwischen die Rede Wassertrübsen bewiesen. Da Bod
nun doch glücklich gegangen und Bülow geblieben ist, ist die liberale
Fronte wieder vollstän- dig befriedigt. Das Fortwursteln in der bi-
herigen Weise nimmt seinen Fortgang. Jede der miteinander
rivalisierenden privilegierten Parteien und Klassen sucht
die andere auszustechen und übers Ohr zu hauen. In die Durch-
setzung wirklich konstitutioneller und demokratischer Zustände
denkt keine dieser Parteien, da sie alle den gleichen
Abscheu gegen ein System besitzen, das an Stelle der privi-
legierten Eliten und Schichten die Masse des
Volkes selbst mit der Leitung seiner politischen Geschäfte be-
trauen würde. —

Deutsches Reich.

Eine Ausweisung.

Die Versekung des Prinzen Joachim Albrecht
von Preußen zur Schütztruppe von Südwestafrika, die den
jähren Abschluß eines Liebestraumes bedeutet, hat einen eigenartigen
Nachtrag erhalten.

Es wird telegraphiert:

Dortmund, 16. November. Wie der „Dortmunder Zeitung“
aus Berlin gemeldet wird, ist die bekannte Schauspielerin Marie
Sulzer, welche durch ihre Scheinehe mit dem österreichischen
Untertan Baron v. Liebenberg ihre preussische Staats-
angehörigkeit verloren hat, von der Berliner Polizei
aus Preußen ausgewiesen worden; sie muß binnen 14 Tagen
das Staatsgebiet verlassen. — Prinz Joachim Albrecht
fährt noch in dieser Woche von Hamburg nach Südwestafrika ab.

Die Zeit der lottres de cachot ist vorbei. Vorbei die Zeit des
Absolutismus, da Theaterdamen des Landes vertrieben wurden,
wenn sie dem Landesvater nicht gefielen oder auch vermittelst diplo-
matischer Maßregeln aus dem Auslande zurückgeholt wurden, je nachdem
Serenitätsmum gelautet war. Vorbei ist auch die Zeit, da ein Freiherr
v. Trend mit langer, harter Kerkerstrafe gequält werden konnte,
weil er seine Augen zu der Schwester Friedrichs II. erhoben hatte.
Aber wenn auch der Absolutismus dahinschwand, wenn der Wille des
Monarchen nicht mehr über die Grundgesetze des Staates hinweg kam,
seine Interessen sind heute nicht minder geschützt als anno dazu-
mal. Die Verhöre, die dazu da sind, die öffentlichen Inter-
essen zu wahren, begreifen darunter vor allem auch die
vermeintlichen persönlichen Interessen der Dynastie. Die Theater-
dame, die sich ins Haus Hohenzollern eindringen wollte,
erschreckt dem pflichtgemäßen Ermessen der Polizeibehörde
als „lästige Ausländerin“, weil sie gewagt hat, einen Prinzen für
sich fangen zu wollen. Welche Reichs-, welche Landesinteressen hat
sie dadurch verletzt? Nach dem Urteilsvermögen des Staatsbürgers
keine. Und die Polizeibehörde braucht bei Ausweisungen keine
Gründe anzugeben!

Das „Berliner Tageblatt“ will übrigens wissen, daß die
Melbung der „Dortmunder Zeitung“ unwarhaft sei. Es meldet:

Wie wir auf Anfrage von zuständiger Seite im Polizei-
präsidium erfahren, ist an amtlicher Stelle von der Ausweisung
nichts bekannt. Es handelte sich lediglich um ein in militä-
rischen Kreisen kursierendes Gerücht.

Das Dementi ist gerade nicht sehr überzeugend. Nichts be-
kannt ist bei der zuständigen Stelle? Weshalb sagt man nicht,
daß eine solche Ausweisung undenkbar, unmöglich sei? Ist sie doch
möglich. Wir wollen abwarten, ob Marie Sulzer demnächst Preußen
verlassen wird! —

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

Protestversammlungen werden gemeldet aus Ebing,
Seggerberg (Gölsheim), Radolfszell (Waden). Im Wahlkreis
Hagen-Schwelm fanden am 10., 11., 12. und 13. November
acht durchweg gut besuchte Versammlungen statt, die insgesamt
von rund 1600 Personen besucht waren.

Die Eingabe der Vergewerkerorganisa-
tionen an den Reichstag in Sachen der Lebensmittel-
steuerung ist den Abgeordneten zugegangen.

Keine Kamarilla?

Der Reichsanzler versichert gestern im Reichstag, daß so etwas
wie eine Kamarilla in Deutschland nicht existiere. Das hatte vor
ihm auch schon die — agrarische Presse versichert, die einen Kampf
zwischen Bod und Bülow in das Reich der Fabel zu verweisen sich
erlaubte. Demgegenüber schreibt die „Rein-Weiß“:

Die Anguren lächeln immer, wenn von kranken Ministern
die Rede ist, und diesmal haben sie ganz besonderen Anlaß.
Herr v. Boddiecki erhält den hippokratischen Zug in
dem Augenblick, wo der Ministerpräsident durch die Welt
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aller Welt
kund tat, daß jener sein Abschiedsgesuch eingereicht
habe. In der Unterredung, die bald darauf Fürst
Bülow und der Kaiser in Homburg hatten, drängte der
Ministerpräsident auf beschleunigte Erledigung
der Kräfte, sagte sich aber schließlich dem Einwande, daß
man den sonst verdienstlichen Mann unmöglich der so-
genannten öffentlichen Meinung opfern dürfe.
Also aufgehoben, aber nicht aufgehoben. Zwischen damals und
heute sind alle Ränke Spinner eifrig am Werke
gewesen. Genauer wird man ihre Fäden erst später erkennen,
aber soviel steht fest, daß sie bis zum äußersten gingen und den
Monarchen schließlich vor die Frage zu stellen wußten,
ob Bülow oder Boddiecki gehen sollte. Der Kaiser
hatte Monate hindurch gehofft, beide behalten zu können, und die
Entscheidung immer wieder hinausgeschoben. Fürst Bülow hat sich
dabei bequemt, anstatt auf eine sofortige Entscheidung durch
Stellung der Kabinettsfrage zu drängen. Jetzt endlich, wo ihm
das Wasser bis zum Hals stieg, angeht's des un-
mittelbar bevorstehenden Wiederbeginns des parlamentarischen
Selbstzuges, hat er sich zu einem Entweder — Oder auf-
gerafft.

Daß Bülow Bod seinerzeit zum Rücktritt nötigen wollte, aber
sich „fägen“ mußte, ist eine nicht gut zu bestreitende, weil alten-
mäßig belegte Tatsache. Trotzdem leugnete Bülow die Existenz
einer Kamarilla. Der Ahnungslose! Auch er gehört offenbar zu
den „Böllchen“, das den Teufel nie spürt, „und wenn er sie am
Kragen hätte.“ —

Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauverordnungen.

Gestern Abend ging der Entwurf eines Gesetzes über die
Sicherung der Bauverordnungen dem Reichstage zu. Das Gesetz soll
nur in dem durch landesherrliche Verordnung bestimmten Ge-
meinden im Falle eines Neubaus zu Wohn- oder gewerblichen
Zwecken Geltung haben. Die Sicherung soll durch Eintragung
eines Bauvermerks auf dem Grundbuchblatt Vermerk, daß
das Grundstück bebaut werden soll, stattfinden.

Mit der Eintragung des Bauvermerks erwerben die Bau-
gläubiger den Anspruch auf Eintragung einer Hypothek für ihre
Bauverordnungen (Bauhypothek); der Bauvermerk hat die Wirkung
einer Vormerkung zur Sicherung dieses Anspruchs. Die Ein-
tragung eines Bauvermerkes unterbleibt, wenn in Höhe eines Ver-
trags, der nach dem Ermessen der Baupolizeibehörde den vierten
Teil der voraussichtlich entstehenden Baukosten erreicht, Sicherheit
durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren geleistet ist.

Baugläubiger sind die an der Herstellung des Gebäudes
auf Grund eines Ver- oder Dienstvertrages Beteiligten sowie die-
jenigen, welche zur Herstellung des Gebäudes Sachen geliefert
haben, sofern die Ver-, Dienst- oder Lieferungsverträge von dem
Eigentümer der Baustelle oder für seine Rechnung geschlossen worden
sind. Dem Eigentümer der Baustelle steht gleich, wer den Bau
mit Zustimmung des Eigentümers als Bauherr ausführt. Hat der
Eigentümer die Herstellung des Gebäudes oder eines einzelnen
Teiles des Gebäudes einem Unternehmer übertragen und war ihm
bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt,
daß dem Unternehmer die zu der Herstellung erforderlichen Mittel
nicht zu Gebote standen oder daß dieser nicht die Absicht hatte,
die aus der Herstellung für ihn erwachsenden Verbindlichkeiten in vollem
Umfange zu erfüllen, so gelten die Baugläubiger auch dann als
Baugläubiger, wenn die Verträge von dem Unternehmer oder im
Falle der Weiterübertragung der Herstellung an andere Unter-
nehmer von einem solchen geschlossen worden sind. Den von einem
Unternehmer geschlossenen Verträgen stehen Verträge gleich, die für
seine Rechnung geschlossen worden sind.

Auf den weiteren Inhalt des 36 Paragraphen umfassenden
Gesetzes, dem 127 Seiten Notizen beigefügt sind, kommen wir noch
zurück. —

Schutz der Deutschen im Auslande.

Aus London wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: Ein junger
deutscher Ingenieur, der kein Wort englisch sprechen
konnte, mußte sich am 12. November in der Guildhall vor dem
Alderman Sir Alfred Reiston verantworten, weil die Polizei ihn
gänzlich mittellos in einem Gemach in Holborn schlafend
aufgefunden hatte. Der Richter ließ auf dem deutschen Konsulat
anfragen, ob man nicht den mittellosen Reichsangehörigen in die
Heimat zurücksenden könne, und erhielt zur Antwort, daß dies nicht
möglich sei, da das Konsulat keine Mittel dazu habe.
Doch werde man, wenn der Mann entlassen sei, sich um Arbeit für
ihn bemühen. Sir Alfred drückte sein Erstaunen darüber aus, daß
das deutsche Konsulat sich weigere, einem jungen Deutschen zu
helfen, der mittellos und ohne ein Wort englisch sprechen zu können,
auf die Straße gesetzt sei. Wenn ein Engländer im Aus-
land auf dem Strand gerate, so brauche er sich
bloß an ein britisches Konsulat zu wenden, um
Unterstützung zu erhalten. Deutschland wolle auf Kosten
der britischen Wohlthätigkeit seine verlassenden Landsleute los werden.
Wenn Russen nicht imstande seien, in England Arbeit zu finden, und
in Not gerieten, so brauche der Richter bloß das russische Konsulat
zu benachrichtigen, das sofort die Mittel zur Rückreise des russischen
Staatsangehörigen liefere. Sir Alfred vertagte den Fall, um dem
deutschen Konsulat Zeit zu geben, über die Sache nachzudenken.

Nationales Arbeiter-Dementi. Die „Deutsche Tageszeitung“
veröffentlicht folgende Erklärung des geschäftsführenden Vorstandes
des „Nationalen Arbeiter-Wahlvereins“:

Die von Herrn Hosprediger D. Stöcker erbetenen 60 000 M.
scheiden gewissen Leuten arge Sorgen zu machen. Die jüngst
durch die Presse gegangene Nachricht, daß dieses Geld für die in
Aussicht genommenen evangelischen, sog. nationalen Arbeiter-
kandidaturen bestimmt sei, ist in allen ihren Lesarten unzu-
treffend. Der Nationale Arbeiter-Wahlverein hat mit den in
Rede stehenden 60 000 M. keinerlei Verbindung.

Man darf dem „Nationalen Arbeiter-Wahlverein“ ohne
weiteres glauben, daß er mit den 60 000 M., die bis dato trotz aller
Schererei noch nicht zusammen sind, keinerlei Verbindung hat. —

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Abg. Dr. von Jozgowski hat in einer in Hof-Admin abgehaltene
Versammlung die polnischen Eltern zur Ruhe und Ordnung ge-
mahnt! Er führte aus, die Eltern sollen in der Angelegenheit der
polnischen Religionsunterrichten keine weiteren Schritte unternehmer
sondern zunächst das Ergebnis der von den Abgeordneten in Berlin
eingeleiteten Schritte abwarten. — Ferner ist, wie die „Germania“
meldet, dem Kaiser eine umfangreiche Denkschrift mit der Bitte
um Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts zuge-
gangen. Eingefandt ist die Denkschrift vom Domkapitel in Posen
und Osnabrück und unterzeichnet vom Erzbischof v. Stabilewski, von den
Weißbischöfen und sämlichen Domherren, unter denen sich auch ein
deutscher befindet.

Die polnische Fraktion des Reichstags soll beschloffen haben,
den polnischen Schulstreit nicht im Reichstage zur Verhandlung zu
bringen, sondern die Angelegenheit erst bei der Erörterung in
preussischen Landtage zu erörtern. Der Beschluß steht
aus der Ermüdung heraus gefaßt zu sein, daß die Regierung die
Behandlung einer rein preussischen Angelegenheit im Reichstage ab-
lehnen wird. —

Hänge-Peters.

Hänge-Peters polemisiert in einer aus London datierten Er-
klärung gegen Webers Abfertigung seiner unbedruckten Anpöbelung
Er sagt u. a.:

„Rein Vorgehen am Kilimandscharo in den Jahren 189
bis 1893 ist, genau wie meine Taktik auf der Emin Pascha
Expedition, nur zu verstehen aus der Kenntnis der damaligen
Verhältnisse in Mittel-Afrika. In beiden Fällen hatte ich ge-
wisse Aufträge und Befehle auszuführen, und in beiden Fällen
war mir die Entscheidung über die zur Ausführung erforder-
lichen Mittel überlassen. Was alte Weiber und Philister in
Deutschland auch urteilen mögen, ich habe auf der Emin Pascha
Expedition wie am Kilimandscharo nach bestem Wissen und Ge-
wissen im Interesse der deutschen Rechte und unserer Weltstellung
gehandelt, und beide Male mit Erfolg. ... Es blieb den Deut-
schen vorbehalten, ihren eigenen Landsmann, der sachlich erfolg-
reicher gewesen ist als irgend ein Engländer, Belgier oder Fran-
zose, zu beschimpfen und in den Staub zu ziehen. Darüber wird
die Radwelt ihr Urteil sprechen.“

Die Radwelt wird sich mit dem Hänge-Peters, dem ja in
zwischen in den Horn, Besser, Rannenberg, Krenberg usw. erfolg-
reiche Konkurrenten erkunden sind, wohl überhaupt nicht be-
schäftigen. Die Berufung auf sein „Gewissen“ wirkt vollent-
tomisch. Noch komischer freilich wirkt die kindische Selbst-
beräucherung, der einen Cecil Rhodes sich, dem Hänge-Peters gegen-
über, für einen Waisennaben erklärt. Der Mann scheint a
chronischem Tropenfieber zu leiden. —

Ausland.

Oesterreich.

Graz, 14. November. (Fig. Ver.) Die Ergänzungswahl
für den Gemeinderat vollzogen sich heute unter ungemeiner
Spannung der gesamten Bevölkerung. Es galt ja als gewiß, daß
die Sozialdemokraten dem vereinten Ansturm der bürgerlichen
Parteien nicht würden standhalten können. Das Siegesbewußtsein
der Merkmalen, deutschnationalen und alldutschen Blätter befeuert
die Stimmung. Doch es sollte anders kommen! Der größte Teil
der Wählerchaft hatte Abscheu davor, für beratliche Ratsmännchen
Kandidaten seine Stimmen zu geben, und die sozialdemokratische
Kandidaten hatten sogar um hundert Stimmen mehr zu ver-
zeichnen als im vorigen Jahre — trotz der wiederkräftigen Ver-
leumdungen, die der gemeinsame Wahlvereinsklub vor der
Wahltag in die Bevölkerung gestreut hatte. Die Gegner boten ei-
ne Heer von bezahlten Agitatoren auf (zumeist zweifelhafte Subjekte
an deren Spitze schon längst abgetane und abgetane Politik

standen. Es half alles nichts! Die sozialdemokratischen Kandidaten bekamen die Majorität: Abgeordneter Kessel 1649, Redakteur Dr. Schacherl 1637, Ruchitsch 1628, Sonnleitner 1614, Weislinger 1611 und Steinbauer 1567 Stimmen.

Die vereinigten Wählerlichen erhielten 1300—1400 Stimmen. Diese Wahl ist von weittragender Bedeutung für die im März 1907 stattfindenden Wahlen für den Reichsrat; denn die Gegner haben nun einsehen gelernt, daß für sie in Graz nichts mehr zu holen ist, auch wenn sich Schwarz und Weiß miteinander verbinden. —

Frankreich.

Oh! pfäffisch! Paris, 15. November. Der Bischof von Amiens hat die Kirchengemeinden seines Sprengels angewiesen, bis zum 11. Dezember alles verfügbare Geld auszugeben, damit dasselbe nicht bei der Kirchenübergabe an den Staat falle. —

Italien.

Das Programm des Kabinetts.

Rom, 12. November. (Eig. Ber.)

Bisher war es Sitte, daß der Kabinettschef sein Programm vor dem Parlament darlegte. Das scheint jetzt eine überlebte Sache zu sein: heute legt Giolitti einem seiner Minister sein Programm in den Mund und läßt es nach einem Vorleit von stammenden Worte verlesen! Der den Präsidenten vertretende Minister dient dabei als „Wortführer“. Die ersten Entwürfe, der erste Entwurf des Landes brechen sich an der Rede des Herrn Stellvertreters.

Der Finanzminister Majorana hat in Catania eine solche stellvertretende Programmrede gehalten. Man glaube ihm, als dem Minister des blühendsten Ressorts, konkrete Vorschläge, ausgereifte Entwürfe erwarten zu können, kein welterschütterndes Reformprogramm, aber doch einen kleinen Schritt vorwärts, wie ihn ein bedeutender Budgetüberschuss und eine breite parlamentarische Basis erlauben sollte. Von diesem Glauben hat nun die Rede Majoranas gründlich kuriert. Sie faßt das Programm des Ministeriums in dem einen Satz zusammen: Keine Abgabenerhöhung, sondern Verwendung des Ueberschusses zur Hebung der öffentlichen Dienste. —

Früher stand jedem Minister das Mißliche zur Verfügung: „Erst Konvertierung der Werte, dann Abgabereform.“ Mit diesem Mißliche kann Majorana nicht mehr arbeiten. Die Konvertierung der Werte ist eine vollendete Tatsache und wird im Laufe des kommenden Budgetjahres eine Ausgabenverminderung von 20 Millionen mit sich bringen. Trotzdem, und obwohl schon das jetzige Finanzjahr mit einem Ueberschuss von ungefähr 63 Millionen abschließen wird, denkt das Kabinettschef jetzt nicht an die hundertfach versprochenen Abgabenerhöhungen, und gerade Majorana, ein bekannter Verfechter der Abgabereform, muß feierlich verkünden, daß auch jetzt noch nicht die Stunde gekommen sei, um dem Steuerzahler seine Last ein wenig zu erleichtern.

Auf einmal findet man, daß vieles andere noch tut: bessere Dotierung der einzelnen Ressorts, neue Bauten, Weiden, Straßen, Telefon- und Telegraphenlinien usw. Das stellt nun freilich kein Wunsch in Abrede. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist den von Staat und Gemeinden gebotenen Mitteln des Verkehrs weit über den Kopf gewachsen. Vielleicht leidet sogar die Bevölkerung augenblicklich unter diesem Mißverhältnis noch mehr als unter dem Steuerdruck. Aber das bedeutet noch lange nicht, daß die öffentliche Meinung Giolitti und sein Ministerium für den geeigneten Exponenten dieser — sagen wir — unmittelbar produktiven Verwendung des Budgetüberschusses hält. Italien hat schon zu Crispis Zeiten einen solchen Millionenrausch durchgemacht: Öffentliche Arbeiten auf der ganzen Linie, Bauten, Kanäle, so viel die Submissionsfirmen nur irgend wollten. Die Millionen waren zwar damals nur durch Anleihen zu erhalten, aber der Erfolg war derselbe, den man heute befristet muß: kolossale Verdrößerung einiger weniger Großkapitalisten, Aufzehrung der öffentlichen Gelder für Unternehmungen, die mehr den Interessen hoch protegierten Unternehmern entsprechen als den Bedürfnissen des Landes. Damals entstanden die sogenannten „elektoralen Bahnen“. Auf die Empfehlung eines Abgeordneten, der eine Driftschiff oder eine Firma begünstigen wollte, baute man Bahnen, für die keinerlei Bedürfnis bestand und die noch heute ein Passivum für die Bahnverwaltung darstellen. Wer bürgt und dafür, daß sich diese Drogen nicht jetzt wiederholen? Giolitti's Name genügt nicht. Der heutige Ministerpräsident steht nicht außerhalb noch über den Klauen der Großindustriellen und Submissionsfirmen. Er steht mitten drin! Kürzlich wurde die Elektrizitätsanlage durch den Tunnel, der Ligurien und Piemont verbindet und die Hauptstraße in das Hinterland des Hafens von Genua darstellt, in öffentlicher Submission vergeben. Keine italienische Firma hatte ein Angebot machen können, da die Zeit für die Vorstudien mit zwei Monaten viel zu kurz bemessen war. Die Arbeit wurde der amerikanischen Firma Westinghouse zugeworfen, die derartige Anlagen nicht einmal zu ihren Spezialitäten rechnet. Nachdem man heraus, daß der Generaldirektor dieser Firma in Italien der Schwiegerjohn Giolitti's ist! Solche „Zufälligkeiten“ geben einen Vorgeschmack davon, welche großen Familienfeste die Verwendung des Budgetüberschusses für öffentliche Arbeiten zeitigen würde. —

Es ist danach anzunehmen, daß die sozialistische Parlamentsfraktion gegen die geplante politische Stellung nehmen wird, nicht etwa weil sie deren Richtigkeit an sich verkennt, sondern weil sie dem heutigen Ministerium in seiner Mehrheit nicht die Qualifikation zuerkennet, den Klauen der Submissionsfirmen Widerstand zu leisten. Deshalb ist zunächst die Einlösung des alten Versprechens von der Regierung zu fordern: Die Verminderung der Abgaben, die auf den Massenkonsumtoren lasten. In einer Periode wachsenden Wohlstandes, wie sie Italien jetzt durchläuft, deckt der Mehrkonsum leicht den Steueranfall. Wenigstens würde das beim Zucker und beim Petroleum der Fall sein, die als erste Objekte der Abgabereform auszuwählen waren.

Aber Majorana hat nicht nur verkündet, daß es wieder einmal mit der Abgabereform nichts ist. Er hat auch neue Militärausgaben angekündigt! Für zehn Jahre will er sich mit einem jährlichen Extrakredit von 20 Millionen begnügen, zur „zeitgemäßen Umgestaltung der Artillerie“. Das macht also 200 Millionen, die untergebracht wären.

So ist die Programmrede Majoranas ein Bedruf für das Proletariat: Aufgepaßt! Die hohen Herren teilen sich die Millionen, die sich die italienischen Arbeiter vom Wunde abgehungen haben! Mögen die Arbeiter und ihre Partei die Augen offen halten. Wachsam und kampfbereit sollen sie sein; denn wachsam und kampfbereit stehen jene Klauen da, die recht eigentlich den „inneren Feind“ für das dritte Italien darstellen.

Schweden.

Grundlinien zur Verfassungsrevision.

Während das schwedische Volk noch immer vergeblich darauf wartet, zu erfahren, welche Vorschläge zur Wahlrechtsreform das konservative Ministerium Lindman dem Reichsting vorzulegen gedenkt, hat der Vorstand und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie die Grundlinien zu einer Verfassungsrevision, die das schwedische Volk zum Herrn im eigenen Lande machen soll, veröffentlicht.

Eine einigermaßen demokratische Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer mit Ausschluß der Frauen, wie sie noch zu Anfang dieses Jahres annehmbar erschien, kann nun nicht mehr als ausreichend erachtet werden. Die Herrschaft der Ersten Kammer muß gebrochen werden. Gleichwohl verzichtet Parteivorstand und Fraktion aus taktischen Gründen darauf, die Vereinfachung der Ersten Kammer vorzuschlagen. Zur Vereinfachung wird angeführt, daß, als in Norwegen und in Finnland das Einkammersystem eingeführt wurde, alle Klassen der Nation durch Äußerer Druck gezwungen waren, zusammen zu stehen, um ihrem Staatswesen eine neue freiheitliche Grundlage zu geben, daß aber in Schweden gegenwärtig die Lage eine andere ist: Hier stehen die Klassen einander scharf gegenüber,

und die Forderung des Einkammersystems findet kaum außerhalb der Sozialdemokratie irgendwo ernste Anhänger.

Die Grundlinien, die Parteivorstand und Fraktion ausgearbeitet haben und in der Monatsnummer von „Social-Demokraten“ veröffentlicht, sind: Zur Zweiten Kammer allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle unbescholtenen Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre ab, ausgenommen nur die unter Vormundschaft oder unter Fürsorge der Armenverwaltung stehenden. Wahlkreise mit nur einem Abgeordneten, der mit absoluter Majorität gewählt sein muß; wenn erforderlich, Stichwahlen; für die Wählbarkeit kein Wohnortzwang; alle Wahlberechtigten wählbar vom 25. Lebensjahre ab (also auch die Frauen).

Die Erste Kammer wird belanlich durch die Stadtverordneten der Großstädte und im übrigen durch die Landstings gewählt. Das soll beibehalten werden, jedoch soll das dem Steuerzahler bemessene, schändlich ungerechte Wahlrecht aufgehoben und dafür das gleiche kommunale Wahlrecht eingeführt werden. Wählbar soll jeder Wahlberechtigte vom 20. Lebensjahre ab sein; die geltende Bestimmung, daß man mindestens 4000 Kronen Einkommen oder 80 000 Kronen an Gütern oder Vermögen besitzen muß, um Mitglied der Ersten Kammer werden zu können, sile damit fort. Die Wahlbefugnis der Ersten Kammer soll so eingeschränkt werden, daß sie nicht mehr absolutes, sondern nur noch suspensives Vetorecht in Gesetzes- und Verfassungsfragen besitzt, ein erneuter Beschluß der Zweiten Kammer also nach Verlauf einer bestimmten Frist Geltung erlangt.

Es ist bei diesen Vorschlägen auf die Einwendung der Gegner eines rein demokratischen Parlaments Rücksicht genommen, daß Gesetze übereilt gemacht werden könnten, wenn nicht eine mehr zu ruhiger Ueberlegung geeignete Erste Kammer bestände. Diese Rücksicht soll jedoch nicht so weit reichen, daß das Oberhaus unzustande ist, jeden Fortschritt zu hintertreiben, wie es jetzt geschieht. —

Afrika.

Herreira.

Der Befehlshaber der ersten gegen Herreira entsandten Truppen, Inspektor White, ist wegen der Art und Weise, wie er die Operationen leitete, seines Postens entsetzt worden.

Herreira hat Grootdrinck am Oranjestuf erreicht und von dort seinen Marsch fortgesetzt, noch immer von den Polizeitruppen verfolgt. Bei dem Gefecht am Montag wurde ein Rebel getötet und einer verwundet.

Nach einem Wolff-Telegramm soll der frühere Burengeneral Botha der Transvaalregierung seine Dienste gegen Herreira angeboten haben. Die Regierung soll Botha ihren Dank ausgesprochen und ihm mitgeteilt haben, daß sie sein Schreiben der Regierung in London übermitteln habe.

Die Rolle läge dem alten Botha recht übel. — Amtlicher Meldung zufolge sind drei Anhänger Herreiras, unter ihnen ein Bruder Herreiras und ein eingeborener Spion, gefangen worden. —

Amerika.

Roosevelts Adresse an den Kongreß.

Der Londoner „Daily News“ wird von ihrem New Yorker Korrespondenten berichtet, daß der Präsident der Vereinigten Staaten seine Adresse an den demnächst zusammentretenden Kongreß fertig gestellt habe, und der Korrespondent ist in der Lage, die Hauptpunkte mitzuteilen. Danach beabsichtigt Roosevelt, durch einen Gesetzentwurf die großen Vermögen mehr als bisher zu besteuern. Namentlich sollen Erbschaften durch eine weitgehende Erbschaftsteuer herangezogen werden. Der Präsident steht auf dem Standpunkte, daß die, durch keinerlei Arbeit erworbenen Vermögen in viel höherem Maße zu den Bedürfnissen des Staates beizutragen haben.

Ferner soll dem Kongreß ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, durch den eine strenge, staatliche Kontrolle über die Truffs, namentlich die Lebensmitteltruff, eingeführt wird. Die große Unzufriedenheit, die in den letzten Jahren in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum zutage getreten ist, wird zum großen Teil auf das gemeinschaftliche Gebahren der Truffs zurückgeführt, und der Präsident glaubt, daß er durch ein Vorgehen gegen dieselben die Unzufriedenheit in den Massen eindämmen könne. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr.

Zunächst wird heute in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Rirschner die Wahl des ersten stellvertretenden Mitgliedes der Abteilung I des Bezirksausschusses vorgenommen. Die Wahl fällt auf den Rechtsanwalt Braunsh.

Sodann findet die feierliche Einführung und Verpflichtung der neuergewählten Mitglieder Dupont (Soz.) und Arzt Dr. Isaac durch den Vorsteher Dr. Langerhans statt.

Hierauf tritt die Versammlung in die Erledigung ihrer Tagesordnung ein.

Den Antrag des Magistrats auf Festsetzung von Anschlusslinien für eine Verbindungsstraße im Zuge der Gollnowstraße über die Neue Königstraße bis zur Poststraße hat der hierfür eingesehete Sonderausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt und schlägt statt dessen vor, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen bezw. die Festsetzung von Anschlusslinien für einen Straßendurchbruch von der Post- bis zur Rehnerstraße. Der Referent Stadtv. Ballach (A. L.) bemerkt, daß der Ausschuss die ganze Situation an Ort und Stelle untersucht hat und der Ueberzeugung geworden ist, daß auf dem Wege des Magistratsvorschlages, der sich lediglich als Palliativmittel charakterisieret, der bestehenden Verkehrsmangel nicht Herr zu werden sei. Man komme mit der neu vorgeschlagenen Parallelstraße viel weiter, zumal damit auch die Möglichkeit einer neuen Straßenbahndrängung gegeben sei. Die Kosten würden allerdings nicht 1/2, sondern 3/4 Millionen betragen, aber daran dürfe ein sonst so plausibles Verkehrsverbesserungsobjekt nicht scheitern.

Stadtv. Dr. Bülow (Fr. Fr.): Die Mehrheit meiner Freunde lehnt sowohl die Vorlage als auch den Ausschussantrag ab, um dem Magistrat völlig freie Hand zu lassen.

Stadtv. Brunsow (A. L.) empfiehlt kurz den Ausschussantrag. Die Mehrheit beschließt nach dem Ausschussvorschlag. Die Grundstücke Frenslauer Allee 147 und 148 sollen für den Preis von 110 M. für 1 Quadratmeter Bauland, d. h. für 430 430 M. freihändig an die „Allgemeine Boden-Aktien-Gesellschaft“ verkauft werden.

Stadtv. Jähndrich (A. L.) beantragt namens seiner Fraktion Ablehnung der Vorlage. Die Stadt besitze im Bereiche des XI. Stadtbezirks, wenigstens im Herzen desselben, dieses einzige Grundstück. Das Gebiet dieses Systems biete Raum für eine halbe Million Menschen. Die 3000 Quadratmeter Bauland würden sich sehr gut für ein Schulgrundstück eignen. Eher sollte die Stadt in der Gegend noch zulaufen.

Stadtv. Wrons (Soz.): Auch mir ist es tatsächlich unbegreiflich, wie der Magistrat ein solches Grundstück einer Gesellschaft zur spekulativen Ausnutzung überlassen will. Wenn die Gesellschaft die Chancen abwarten kann — denn sie will ja noch gar nicht bauen —, so kann es die Kommune auch. Lehnen Sie die Vorlage ab.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Aus denselben Gründen sind auch wir einstimmig für Ablehnung.

Stadtrat Ramsau sucht die Vorlage gegen diese scharfen Angriffe zu verteidigen und beschuldigt die Gegner kolossaler Ueberreibungen.

Kochend noch Stadtv. Ladewig (A. L.) gegen die Vorlage gesprochen, wird diese unter Heiterkeit der Versammlung einstimmig abgelehnt.

Für die Verlegung und Vergrößerung der septischen Abteilung im Hauptgebäude des Birchow-Krankenhauses

werden 15 000 M. gefordert. Die betr. Einrichtungen sind vom Professor Koblant für notwendig erklärt und in letzter Zeit bereits ausgeführt worden; es handelt sich um die nachträgliche Genehmigung.

Stadtv. Gaffel (A. L.) ist mit der Neuerung sachlich einverstanden, bemängelt jedoch die Ignorierung des Geldebewilligungsrechts der Versammlung.

Stadtv. Dr. Langerhans spricht sein großes Mißvergnügen aus über die tadelnswürdige Willkür, mit der hier lediglich auf Verlangen eines Arztes verfahren und der Plan dieses großen Krankenhauses durchbrochen sei.

Stadtrat Weigert: Als wir von den Moniten des Professors Koblant Kenntnis bekamen, haben wir uns durch den Augenschein von ihrer Berechtigung überzeugt. Die Verengung konnte damals — es war im Juli — noch mit geringen Mitteln ins Werk gesetzt werden. Die Verwendung der qu. Räume für septische Wöchnerinnen entzieht keiner anderen Einrichtung des Hauses notwendige Räume. Wir meinen, recht und im Interesse der Stadt gehandelt zu haben.

Stadtv. Zinger (Soz.): Prinzipiell schließe ich mich den Darlegungen Gaffels völlig an. Die bauliche Veränderung war gewiß nötig, aber vorher war die Genehmigung der Versammlung einzuholen. Nachdem die leitenden Personen einmal den Uebelstand erkannt hatten, haben sie übrigens recht getan, die formalen Schwierigkeiten nicht so hoch anzuschlagen. Wenn aber solche Vorstimmnisse eingetreten sind, warum spricht man dann nicht von „nachträglicher Genehmigung“, um die es sich doch lediglich noch handelt? Wenigstens hätte man sich auf ein Votum der Krankenhausdeputation stützen sollen; aber auch das ist nicht eingeholt worden.

Stadtv. Gaffel: Warum hat man uns nicht rechtzeitig vor den Ferien mit der Sache befaßt? Wir müssen verlangen, daß die Vorlagen den richtigen Tatbestand angeben. Es handelt sich tatsächlich nicht mehr um die Verlegung und Vergrößerung der Abteilung, sondern um die nachträgliche Genehmigung einer bereits vollzogenen Verlegung und Vergrößerung. Auch ist entgegen der Angabe der Begründung die Krankenhausdeputation als solche nicht befragt worden.

Die Versammlung nimmt hierauf die Vorlage an. Der spezielle Entwurf zum Neubau einer Fleischverarbeitungs- und Verwertungsanstalt in der Gemarkung Rüdny, Kreis Oberbarnim, nebst einer Sammelstelle auf dem hiesigen Viehhofe, liegt vor; der Kostenanschlag schließt mit 1 456 000 Mark ab.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben gegen die Errichtung der Anstalt natürlich kein Bedenken. Es geht aber durch die Zeitungen, daß die offizielle Konzession noch gar nicht erteilt ist. Öffentlich hat die Stadtverwaltung schon eine Würdigung dafür in Händen.

Stadtrat Fischbeck: Der Kreisaußschuß von Oberbarnim hat uns die Konzession erteilt und auch die vorläufige Baugenehmigung gegeben, was nach § 19a Gew.-O. statthaft ist. Ein zulässiger Einspruch war nur vom Magistrat Biesenthal erhoben worden, wo man Hemmung des Entwidlung des Ortes von der Abdeckeri fürchtet. Die Rekursfrist ist verstrichen; und ist nicht bekannt, daß Biesenthal in der Rekursinstanz den Einspruch wiederholt hat. Biesenthal liegt 6—7 Kilometer von Rüdny; bei Blankensfelde verlangt der Handelsminister mindestens 1500 Meter Entfernung für die Genehmigung der Anstalt. Auch für die Sammelstelle in Berlin haben wir die Konzession vorzugsweise nachgeschickt und erhalten sie hoffentlich baldigt. Mit dem Bau besonders des Anschlußgleises müssen wir baldigt beginnen, wenn wir bis 1908 fertig werden wollen.

Die Vorlage wird angenommen. In dem rechtsseitigen Landseiler des Vorkrieges, der die Hensburgerstraße mit dem aufgeteilten Gelände des ehemaligen Vorkrieges Eisenwerkes im Zuge der Dortmundstraße verbindet, sollen die Bronzeerlebensdenkmale von August und Albert Vorkrieg angebracht werden. Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis.

Den freihändigen Erwerb des Grundstückes Ballstraße 34 zum Preise von 500 M. pro Quadratmeter — früher hatten die Eigentümer Straßer u. Sohn 800 M. pro Quadratmeter gefordert — schlägt der Magistrat vor.

Stadtv. Ballach hält auch diesen Preis noch für viel zu hoch und hätte am liebsten die Vorlage kurzerhand abgelehnt. Seine Freunde wünschen aber Ausschüßberatung.

Während Stadtv. Kallmann (Fr. Fr.) und Stadtrat Alberti die Annahme empfehlen, hält Stadtv. Dr. Langerhans diese schon mit Rücksicht auf die übrigen noch in Frage stehenden Grundstücke in der Ballstraße für bedenklich. Die Ausschüßberatung wird beschlossen.

Eine Vorlage vom 13. Juni wegen Aufnahme zweier neuer Straßen in die Abt. X, 1 des Bebauungsplanes sowie des Erwerbes eines Schulgrundstückes in der Schönigstraße hatte der Magistrat am 31. Oktober zurückgezogen, nachdem die „Nord-Paris-Terrain-Aktien-Gesellschaft“ erklärt hatte, sich über Tragweite und Ausdehnung der auf ihrem Gelände zugunsten der Stadt Berlin hastenden Eintragungen geirrt zu haben. Eine neue Vorlage war in Aussicht gestellt und ist am 10. November eingegangen; die Gesellschaft macht ein neues Angebot, welches für die Stadt nach der Ansicht des Magistrats bedeutend vorteilhafter als das frühere ist.

Stadtv. Ballach hält den ermäßigten Preis von 120 000 M. für das Schulgrundstück auch jetzt noch für viel zu hoch; außerdem verlangt er, daß der Ausschüß, der unter Vorsitz des Kollegen Dinsie die frühere Vorlage beraten habe, noch nachträglich berichte.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Stadtv. Dinsie und Wrons beteiligen, wird die neue Vorlage an einen Ausschüß verwiesen, der aus denselben Mitgliedern wie der frühere bestehen soll. Schluß 1/8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein Streikbrecher als „Aufrührer“.

In Nürnberg hat sich das Entsetzliche ereignet. Ein Streikbrecher ist vom Gericht zu schwerer Strafe verurteilt worden, weil er bei den blutigen Straßenkrawallen im August mitgewirkt, einen Schutzmann am 23. August mit einem Dolch bedroht und am anderen Tage vor der Hauptschlacht gegen vier Schutzleute eine drohende Haltung eingenommen haben soll.

Dieser so hart mitgenommene Unternehmerliebhaber ist der Steinhauer Seb. Konrad, der schon sehr oft wegen allerlei Delikten mit dem Gesetze in Konflikt geriet und insgesamt über fünf Jahre Gefängnis verbüßt hat. Er erzählte dem Gericht eine rührende Geschichte, daß er beschloffen habe, ein anständiger Mensch zu werden, weshalb er sich nicht am Streik beteiligen wollte. (Wenn einer ein anständiger Mensch werden will, so hat er also zunächst Streikbrecher zu werden.) Den Dolch habe er von seinem früheren Arbeitgeber erhalten, damit er sich gegen allenfällige Angriffe der Streikenden wehren könne. Am 23. August habe er nur in der Notwehr den Dolch gegen den Schutzmann geschickt, weil dieser ihn angegriffen habe. Am 24. August habe er beobachtet, wie ein Radfahrer, der nicht schnell genug fortkommen konnte, von einem Schutzmann eine Ohrfeige erhielt; als der Radfahrer sich Jengen verschaffen wollte, seien die Schutzleute mit gezogenem Säbel auf die Umstehenden eingedrungen, wobei er ohne Anlaß einen Stich mit dem Säbel erhalten habe. Die letzteren Angaben wurden durch Zeugen bestätigt. Obwohl der Angeklagte hat, ihn freizusprechen, da er ein Arbeitswilliger sei, verurteilte ihn das Gericht zu 1 Jahr 14 Tagen Ge-

fängnis. Der Vorsitzende ließ einmal während der Verhandlung die Bemerkung fallen, in jener Zeit hätten alle unsicheren Elemente den Aufruhr gesteigert, weil sie sich dort auslassen konnten.

Ähnliches hat die sozialdemokratische Presse von allem Anfang an behauptet; sie hat sofort darauf hingewiesen, daß die Seele der Unruhen halbwichsige Burichen und radauflustige Elemente waren, die mit den Streikenden nichts zu tun haben; das wurde von der bürgerlichen Presse als eine „berlogene“ Darstellung erklärt, man sprach von einem „wohlüberlegten“ Plan der „sozialdemokratischen Streikheger“. Die Wahrheit bohrt sich nach und nach durch.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Siemenswerken hatte kürzlich auch eine Abteilung vom Bernerwerk veranlaßt, zu dem Ausstände Stellung zu nehmen. Von der betreffenden Abteilungsversammlung hatte auch die Werksleitung Kenntnis erhalten. Diese berief deshalb eine größere Anzahl der in der Abteilung beschäftigten Mechaniker zusammen und suchte sie schon im voraus zu bestimmen, sich in der Versammlung doch gegen jede Beteiligung an der Bewegung zu erklären. Bei dieser Gelegenheit verteidigte sich die Herren Seidler und Jungheim dazu, den Arbeiterauschuss und besonders dessen Obmann zu verdächtigen, indem sie es so darstellten, als hätte die Schuld an den gegenwärtigen Differenzen in erster Linie den Arbeiterauschuss. Derselbe sollte die mit der Direktion getroffenen Abmachungen nicht richtig wiedergegeben, ja abfällig über dieselben urteilt haben; sogar direkte Fälschungen wurden ihm zum Vorwurf gemacht. Und alle diese Angelegenheiten sollte der Arbeiterauschuss verborgen haben, um fälschlich die jegliche Erregung unter den Arbeitern des Betriebes herbeizuführen und dadurch bestimmten Absichten des Metallarbeiterverbandes Vorschub zu leisten. Natürlich wurden in der darauf stattfindenden Abteilungsversammlung diese Anschuldigungen der Werksleitung gegen den Arbeiterauschuss zur Sprache gebracht. Die antwortenden Ausschussmitglieder verwahrten sich entschieden gegen jene Vorwürfe, und es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche am nächsten Tage zur Werksleitung gehen und fordern sollte, daß dem Arbeiterauschuss in Gegenwart der Kommission und der Werksleitung Gelegenheit zur Rechtfertigung und zur Feststellung des wahren Sachverhalts gegeben werde. Dieser Beschluß wurde auch ausgeführt, doch lehnte die Werksleitung merkwürdigerweise die Forderung der gegenseitigen mündlichen Aussprache mit dem Arbeiterauschuss unter nichtsfahrender Begründung ab. Damit wäre die Angelegenheit für die Ausschussmitglieder eigentlich erledigt gewesen. Denn wenn sie sich vergeblich erboten hätten, die gegen sie erhobenen Verdächtigungen Auge in Auge als unwahr zurückzuweisen, so blieben die falschen Behauptungen lediglich an ihren Urhebern hängen. Um aber auch die mißtrauischen unter den Arbeitern der Siemenswerke davon zu überzeugen, daß der Arbeiterauschuss in der Sache durchaus korrekt gehandelt hat, richtete der Obmann desselben folgenden Brief an die Werksleitung:

Herrn Direktor Seidler.
Berlin, 12. November 1906.
Königsdamm.

Sehr geehrter Herr!

Die letzten Ereignisse in der Abteilung Siegmund veranlassen mich, diese Zeilen an Sie zu richten.

Ihre Mitteilungen an verschiedene Mechaniker obiger Abteilung zeigen, daß versucht wird, mir und den übrigen Mitgliedern des Arbeiterauschusses die Schuld an den gegenwärtigen Differenzen zuzuschreiben. Diesem Versuch bin ich entgegengetreten, weil ich mir bewußt bin, als Obmann des Arbeiterauschusses meine volle Schuldigkeit getan zu haben. Zunächst glaube ich, durch eine Aussprache mit der Direktion in Gegenwart einer Kommission der Abteilung Siegmund die notwendigen Feststellungen machen zu können. Nachdem aber dieser Versuch an Ihrer Ablehnung gescheitert ist, wende ich mich direkt an Sie, mit dem Ersuchen, mir in irgend einer Weise, am besten durch mündliche Aussprache, Gelegenheit zur Feststellung der Tatsachen zu geben.

Ihrer recht baldigen zusagehenden Antwort entgegengehend zeichne

Hochachtungsvoll

(Name des Obmanns.)

Dieser Brief muß in die Hände der Direktion gelangt sein, jedoch eine Antwort erhielt der Obmann bisher nicht. Daraus ergibt sich wohl zur Genüge, was an den Vorwürfen gegen den Ausschuss Wahres ist, nämlich nichts. Die Direktion beweist mit ihrem Verhalten aber auch gleichzeitig, daß niemand anders die Schuld an den jetzigen Differenzen trägt, als sie selbst.

Zum Streik ist noch zu bemerken, daß die Dicks-Dunderschen gestern ein Flugblatt im Betriebe verteilten, in welchem sie ihr schäbiges Verhalten nach bekannter Manier wieder zu beschönigen suchen. Den Inhalt des Flugblattes charakterisiert zur Genüge schon der eine Satz, worin triumphierend verkündet wird, daß die „gelbe Gewerkschaft“ bei Siemens bereits auf 3000 Mann angewachsen sei. Vielleicht verschmelzen sich die beiden gleich würdigen Organisationen demnächst miteinander.

Ein Konflikt im paritätischen Arbeitsnachweis der Holzindustrie beschäftigte am Mittwoch die Schlichtungskommission. Dem Konflikt liegen folgende Tatsachen zugrunde: So lange der paritätische Arbeitsnachweis besteht, sind hin und wieder einzelne Nachfragen nach Arbeitskräften von auswärtigen Unternehmern eingelaufen. Solche Stellen sind auch stets ausbezogen beziehungsweise belegt worden, ohne daß von irgend einer Seite dagegen Einspruch erhoben wurde. Die Arbeitsvermittlung nach auswärts war übrigens so gering, daß sie auf den Berliner Arbeitsmarkt nicht den geringsten Einfluß ausübte. Durchschmittlich sind ungefähr 5 Stellen wöchentlich nach auswärts vermittelt worden, während für Berlin und die Vororte in der Saison bis 200 Stellen täglich vermittelt werden. In den letzten sechs Wochen hat nun eine Möbelfabrik in Hufum nach und nach 20 Arbeiter vom paritätischen Arbeitsnachweis zugewiesen erhalten. Hiergegen erhob Obermeister Kahardt Einspruch. Er verlangte von den Arbeitsvermittlern — das sind 2 Meister und 3 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes — daß sie nicht mehr nach auswärts vermitteln. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes sagte dagegen: Wenn der Obermeister Verbenen in der Geschäftsführung des paritätischen Arbeitsnachweises wünscht, so hat er sich an das Kuratorium des Arbeitsnachweises, beziehungsweise an die Schlichtungskommission zu wenden. Herr Kahardt selbst hat aber kein Recht, persönlich irgend welche Anordnungen hinsichtlich der Arbeitsvermittlung zu treffen, diese wird vielmehr, ehe nicht die Auffassungsverhältnisse des Arbeitsnachweises etwas anderes bestimmen, in der bisher üblichen Weise weiter geführt. Hieraus hat Herr Kahardt verfügt, daß die beiden von den Meistern gestellten Arbeitsvermittler ihre Tätigkeit im paritätischen Arbeitsnachweis einstellen haben. Das ist denn auch am Dienstag geschehen.

In der Schlichtungskommission debattierte man lange und heftig über diese Angelegenheit. Obermeister Kahardt stellte sich auf den Standpunkt: Der paritätische Arbeitsnachweis ist nur für Berlin und Umgegend eingerichtet, wir zahlen 6000 Mk. zu den Kosten desselben und verlangen deshalb, daß nur um Arbeitskräfte nachgewiesen werden. Die auswärtigen Arbeitgeber gehen uns gar nichts an. Wir haben in Berlin Mangel an brauchbaren Arbeitskräften und können deshalb nicht zugeben, daß nach auswärts vermittelt wird. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes sagten dagegen: Gewiß ist der paritätische Arbeitsnachweis laut Vertrag für Berlin und Umgegend eingerichtet. Wir haben auch gar nicht die Absicht, noch das Interesse, ihn zu einem Zentral-Arbeitsnachweis für das Reich

auszuweiten zu lassen. Das kann ja auch ohne Zustimmung des Gegenüberstehenden gar nicht geschehen. Die gelegentliche, übrigens sehr geringe Vermittlung nach auswärts ganz einzustellen, geht jedoch nicht an, denn es muß möglich sein, unsere Mitglieder, die Berlin auf der Durchreise berühren, hier aber nicht arbeiten wollen, Arbeit nach außerhalb zu vermitteln. Die Vermittlung nach außen ist früher von dem Arbeitsnachweis der Innung wie auch von dem des Holzarbeiterverbandes geübt worden und nach der Zusammenlegung der beiden Arbeitsnachweise beibehalten worden. Die Arbeitgeber hatten auch gegen die Vermittlung bisher nichts einzuwenden, sie verlangten nur, daß für jede derartige Vermittlung eine Gebühr von 1 Mk. erhoben wird und der Holzarbeiterverband hat sich bereit erklärt, diese Gebühr auf seine Klasse zu übernehmen. Aus diesen Gründen ist also gegen die gelegentliche Befragung auswärtiger Stellen nichts einzuwenden. Wenn der Obermeister in den Vermittlungen nach Hufum etwas ganz Besonderes zu erblicken glaubt, so ist das nicht als eine unbedeutende Schwarzseherei. Die Vermittlungen nach Hufum konnten übrigens nur deshalb ausgeführt werden, weil Herr Vry — ein sehr einflussreiches Vorstandsmitglied der Inneneinrichtungsorganisation und Mitglied der Schlichtungskommission — auf dem Arbeitsnachweis das Heißgeld für die nach der Sommerfirma, einer Geschäftsfreundin des Herrn Vry, vermittelten Arbeiter hinterlegte. Hiermit konnte doch niemand annehmen, daß die Arbeitgeber an diesen Vermittlungen Anstoß nehmen.

Trotz dieser klaren Darlegung der Sachlage hielt es schwer, zu einer Verständigung über die vorliegende Streitfrage zu kommen, weil man auf der Seite der Arbeitgeber den Vertretern der Arbeiter mit unbegreiflichem Mißtrauen gegenüberstand. In welcher Richtung sich dies Mißtrauen bewegte, das kam erst gegen Schluß der Debatte klar erkennbar zum Ausdruck. Die Meister glauben nämlich, daß der Holzarbeiterverband seine Mitglieder angewiesen habe, mit Rücksicht auf die Tarifverhandlungen und etwaige Kämpfe, die daraus resultieren könnten, keine Arbeit in Berlin anzunehmen, sondern möglichst auswärts in Arbeit zu treten. Die Arbeitsvermittlung nach Hufum ist für die Meister — obgleich Herr Vry dabei mitgewirkt hat — ein Beleg dafür, daß die Abschichtung der Arbeitskräfte nach außerhalb bereits vor sich geht. Auf eine in diesem Sinne gebotene Frage, die Obermeister Kahardt an Glöckle richtete, antwortete Glöckle: „Wenn es zum Kampf kommt und wir einen Abzug nach auswärts für nötig halten, dann fordern wir unsere Kollegen öffentlich dazu auf. Es fällt uns aber gar nicht ein, eine solche Aufforderung unter der Hand ergoßen zu lassen, so lange wir ein Vertriebsverhältnis mit Ihnen haben. Wenn Sie aber, wie das jetzt geschieht, und mit Mißtrauen begegnen und uns Unterwürigkeiten der arößten Art machen, dann hat weder der Vertrag noch der paritätische Arbeitsnachweis einen Wert. Dann können wir die Dinge laufen lassen, wie sie wollen. Es ist mir sehr gleichgültig, ob der paritätische Arbeitsnachweis gelegentlich einen Arbeiter nach auswärts schickt oder nicht. Wenn Sie aber in Ihrer Schwarzseherei die Dinge so aufbauen, dann machen Sie unsere Kollegen stuhlig und diese müssen dann denken, daß Sie etwas im Schilde führen. Wir haben bis jetzt noch niemand angewiesen, in Berlin keine Arbeit zu nehmen und nach auswärts zu gehen.“

Nachdem man länger als drei Stunden debattiert hatte, einigte man sich dahin, daß Arbeitsvermittlungen nach auswärts in Zukunft geschehen können, jedoch nur in dem Maße, wie es vor den Vermittlungen nach Hufum der Fall war.

Zu den Tarifverhandlungen, wegen deren die Sitzung angeberstet war, kam es nicht mehr.

Die Kammer bekamen ihre Forderungen in den fünf Betrieben Streich, Trahn, Grünberg, Bloch und Kubisch u. Neblisch mit zusammen 74 Kollegen bewilligt. Am Sonnabend arbeiteten zu den neuen Bedingungen 245 derselben in 17 Betrieben. — Die Forderungen der Perlmutterarbeiter wurden bei Abramowski, Regler und Klar u. Schulz anerkannt, jedoch konnte in letzterem Betriebe die Aufnahme der Arbeit noch nicht erfolgen. Bei Abramowski, wo die Arbeit schon vor 12 Wochen eingestellt wurde, sind die später vorgelegten Forderungen der Branche anerkannt und wurde am Montag die Arbeit aufgenommen.

Der Streik der Militärsattler der Firma Wunderlich Nachf. dauert unverändert fort. Ende voriger Woche haben Verhandlungen der Streikleitung mit dem Inhaber der Firma, Herrn Wachhaus, stattgefunden, die aber vollständig ergebnislos verlaufen sind. Zur Rechtfertigung der erfolgten ungewerkschaftlichen Abzüge erzählte Herr Wachhaus folgende — sagen wir — niedliche Geschichte: Bei der Konsultation wegen von Anfang an die Affordfrage nur in der Höhe vorgelesen, wie sie jetzt nach den erfolgten Abzügen gestellt sind. Die Meister des Betriebes sind aber der Meinung gewesen, daß diese Affordfrage zu niedrig sind, und haben aus sich heraus, ohne mit ihm Rücksprache zu nehmen, die höheren Preise angefordert. Nun habe es sich zufällig so getroffen, daß er an zwei Zahltagen verhindert gewesen sei, Einbild in die Lohnlisten zu nehmen. Erst später habe er sich dann überzeugt, daß auch bei den reduzierten Löhnen die Arbeiter gerecht kommen könnten, und da könne es ihm keiner verdenken, wenn er nicht gewillt wäre, Geld zuzulegen. Recht auffällig ist eines dabei, nämlich, daß die Meister nicht nur einzelne Preise, sondern sämtliche Affordfrage für zu niedrig befanden, und ohne Zustimmung des Herrn Wachhaus höher ansetzten. Jedemfalls ist dies ein Beweis dafür, daß von einer so glänzenden Befestigung der Affordfrage nicht gesprochen werden kann. Bald hatte Herr Wachhaus auch eingesehen, daß die Kollegen von ihrer berechtigten Forderung auf Wiedereinstellung der alten Preise nicht abgehen werden, weshalb er den Vorschlag machte, daß, da er noch preussische Arbeit ausfertigen habe, ein Teil der Kollegen darauf wieder aufzugesetzt solle. Dieses wurde abgelehnt, denn wenn die Leiter darauf eingegangen wären, dann hätte Herr Wachhaus mit Recht sagen können, daß er wieder einmal der schlaunere gewesen ist. Seine ausländische Arbeit, um die der Kampf sich dreht, hätte er dann bequeme anderweitig untergebracht. — Trennt Herrn Wachhaus das Feuer unter den Rägeln, so mag er erst die erfolgten Abzüge zurücknehmen; wo nicht, so wird er auch sehen müssen, die preussische Arbeit anderweitig unterzubringen. Geschieht dieses, dann kann Herr Wachhaus aber auch nicht mehr als Militäreffektenfabrikant auftreten, sondern nur noch als Zwischenhändler, als Agent für Militärausrüstungen. Ob dieses sein Wunsch ist?

Die Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie. Durch Mitteilung des Fabrikantenverbandes vom vorigen Sonnabend erhielt die Gewerkschaft der Schuhmacher Kenntnis, daß der Revers zu rückgezogen sei. Die Versammlung der Aussperrten am Montag beschloß über die Wiederaufnahme der Arbeit eine geheime Abstimmung vorzunehmen. Diese Abstimmung fand Montagabend statt und ergab eine Majorität für die Wiederaufnahme derselben. Am Dienstag wurde dem Fabrikantenverbande mitgeteilt, daß die Arbeit unter der Bedingung aufgenommen würde, daß keine Maßregelung vorgenommen und die Aussperrten an ihre alten Plätze gestellt würden. Die Antwort des Fabrikantenverbandes war dementsprechend, daß hieraus entnommen werden mußte, die gestellten Bedingungen würden akzeptiert.

Rittwöchormittag verhandelte die Fabrikantenvereinigung mit ihren Fabrikanten über die Modalitäten der Arbeitsaufnahme. Bei 22 Fabrikanten wurde ein zufriedenstellendes Resultat erzielt, bei der Firma Krause, Weinbergweg, kam eine Einigung Donnerstag zu stande. Folgende Fabrikanten konnten es sich nicht verneinen, Abende an den Aussperrten zu nehmen und Maßregelungen vorzunehmen: Der Fabrikant Goldmann, Landsbergerstr. 92, dem die Polizei in herborragendem Maße Dienste geleistet, will 23 der Streikenden nicht einstellen. Der Fabrikant Aufsche, Wülfingstr. 8, welcher sich nicht entblödete, eine Frau, die Streikposten stand, tötlich anzugreifen, hat 17 Kollegen nicht eingestellt. Weitere Maßregelungen sind erfolgt bei den Firmen Jakobs, Krausstr. 52, und Jakobius Söhne, Bergstr. 36/37.

Den Vogel in ihrer Maßregelungsliste schloß die Firma Pinner Nachf., Dirlsenstr. 41, ab, deren Inhaber, Herr Vorinski, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Arbeiterfreund heraus zu spielen versucht. Derselbe will von ca. 80 Beschäftigten

31 in Arbeit nehmen. Die Arbeiter haben diese Herausforderung damit beantwortet, daß niemand dem Ersuchen des Fabrikanten Folge geleistet hat, und der Betrieb noch vollkommen ruht. Auch hier ist die Polizei in voller Tätigkeit. Sie stimmt sich nicht darum, ob ein Streik oder eine Aussperrung ist, ob der Fabrikant Bedingungen stellt, die kein anständiger Arbeiter annehmen kann, sie kommt sofort auf den Ruf des Unternehmers und jeder Streikposten ist ein Verkehrsbehinderung in einer Straße, die ohne Bedenken bei der Polizei bis in die späten Nachmittagsstunden von den zur Zentralmarkthalle fahrenden Wagen völlig gesperrt wird. Der Fabrikant Schliecke, Brunnenstr. 24, ist nicht zu vergessen. Dieser Herr hat seinen Arbeitern erklärt, daß er erst nach Neujahr seine Fabrik öffnen will.

Sämtliche genannten Firmen werden hiermit gesperrt. Da somit die Differenzen noch nicht erledigt sind, bleibt gleichfalls der Arbeitsnachweis des Fabrikantenverbandes gesperrt. Zentralverband der Schuhmacher. Zählstelle Berlin.

Zur Aufklärung. In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ teilt die Berliner Buchbinderinnung mit, daß sie den Arbeitsnachweis von Kuderstr. 9 nach der Oranienstr. 105 („Herberge zur Heimat“) verlegt habe.

Wir bemerken hierzu, daß die Innung, welche mit dem unterzeichneten Verband vier Jahre hindurch einen paritätischen Arbeitsnachweis unterhalten hat, von diesem zurückgetreten ist. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß der Anlaß zu diesem Rücktritt die Aussperrung der Buchbinder und Buchbinderinnen durch den Verband Berliner Buchbindermeister gewesen ist. Die organisierten Kollegen und Kolleginnen lehnten es ab, in den Innungsbetrieben Hausmeisterdienste für den Prinzipalverband zu leisten. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich der paritätische Arbeitsnachweis nach wie vor in der Kuderstr. 9, Telephonamt III, 3791—3797, befindet und unter allen Umständen der Nachweis Oranienstr. 105 (Christliches Vereinshaus, Herberge) zu meiden ist.

Deutscher Buchbinderverband.
Zählstelle Berlin.

Achtung, Friseurgehülften! Verlegt sind die Differenzen bei Kühn, Grüner Weg 50/51. Für organisierte Gehülften gesperrt sind: Ullrich, Warthauerstr. 10; Weiske, Croßenerstr. 14 und Schulz in Rudow.

Der Vorstand des Verbandes der Friseurgehülften.
J. U.: Paul Viere.

Deutsches Reich.

Unvollständige Eisenbahnflotten.

Die Vorstände der Vereine der Weichensteller und Bahnwärter in den Direktionsbezirken Frankfurt und Mainz hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, Eingaben an den Minister der öffentlichen Arbeiten und das Abgeordnetenhaus zu richten, in denen dringend um Verbesserung des Einkommens gebeten werden soll.

Die Bewegung im Hamburger Hafen.

In einer stark besuchten Versammlung der vereinigten Schauerleute von Hamburg und Altona teilte der Vorstand des Hafenarbeiterverbandes mit, daß er mit dem Vorstände des Hafenbetriebsvereins übereingekommen sei, in einer gemeinsamen Sitzung zu verhandeln. Die Schauerleute nehmen die Arbeit auf allen Schiffen, mit deren Entlohnung schon vor dem Ausstände begonnen war, auf. Die Schiffe, auf welchen mit dem Löschen noch nicht angefangen war, bleiben solange mit der Ladung liegen, bis eine Einigung zwischen den beiderseitigen Kommissionen erzielt ist. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt, da die Arbeitgeber erklärten, daß sie auf der Basis der Lohnforderung verhandeln und auch den von den Schauerleuten verdienten Akkordlohn nicht einbehalten wollten.

Die Aussperrung der Bauarbeiter in Bant-Wilhelmshaven ist am 14. November von dem Arbeitgeberverband, nachdem die Arbeiter des Bauunternehmers Vahr die Sperre über dessen Geschäft aufgehoben, ebenfalls aufgehoben worden. Der Aussperrungsapparat wollte nämlich nicht recht funktionieren.

In der Schnellpressenfabrik Heidelberg sind, wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, sämtliche Arbeiter in den Streik getreten. Zugang von Metallarbeitern ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Eingegangene Druckschriften.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Novemberheft. Abonnementpreis: Halbjahr 3,20 Mk. Einzelheft 80 Pf. Verlag: Bacher, Dreier u. Co., Jülich.

Tagebuch über die Vorgänge im Turm des Temple während der Besetzung durch Ludwig XVI. Von G. H. Uebertragen von Dr. E. Kochler. 207 Seiten. Preis brosch. 3,60 Mk., geb. 4,60. Verlag: O. Schmidt u. S. Günther in Leipzig.

„Der Arbeitermarkt“. Nr. 4. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Prof. Dr. Jastrow, Berlin, Verlag von Georg Reimer, Berlin, Ludowstr. 107/08).

Ueber Schiefels Krankheit. Mit einem Anhang: Kritische Bemerkungen über Pathographie. Von P. J. Mödus. Preis 1 Mk. Verlag: C. Weyh in Halle a. S.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beendigung des Ausstandes der Schauerleute.

Hamburg, 15. November. (B. L. B.) In einer heute nachmittag zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Delegierten der Arbeitnehmer stattgefundenen gemeinsamen Zusammenkunft wurde vereinbart, daß die ausländischen Korn-Akkordschauerleute vom 16. d. morgens ab auf allen Schiffen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Forderung der Korn-Akkordschauerleute auf Erhöhung des Akkordlohes um 5 Pf. für die Tonne wurde fallen gelassen, dagegen bewilligten die Arbeitgeber eine geringe Erhöhung des Wartegeldes.

Explosion.

Paris, 15. November. (B. L. B.) In einer Zelluloid-Fabrik, die in der Nähe des Boulevards Saint Martin gelegen ist, erfolgte heute eine Explosion, die eine Feuerbrunst verursachte. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

Die Propaganda im Heere.

Kiew, 15. November. (B. L. B.) Unter den verhafteten Mitgliedern der revolutionären Militärorganisation befinden sich vier Sappeuroffiziere, ein Infanterieoffizier und zwei Reservefährlinge.

Wahlvorbereitungen.

Petersburg, 15. November. (B. L. B.) In Kronstadt ist der Belagerungszustand durch den Kriegszustand ersetzt und vorübergehend der Kosten eines Generalgouverneurs geschaffen worden. In Kasu ist eine Präfektur eingerichtet worden. Stadt und Bezirk Jalta sind in den außerordentlichen Verteidigungszustand versetzt worden. In der Provinz Samara ist der verstärkte Verteidigungszustand verhängt worden. In den Provinzen Kurland und Pensa ist der verstärkte Verteidigungszustand verlängert worden.

Solide Arbeit.

San Sebastian, 15. November. (B. L. B.) Hier stürzte heute ein Neubau zusammen. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben.

Reichstag.

118. Sitzung, Donnerstag, den 15. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär v. Tschirschky, Direktor des Kolonialamts Dernburg.

Debattelos beschließt der Reichstag auf Antrag des Abgeordneten Chlapowski (Pole), daß das gegen den Abg. v. Czernowski schwebende Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungsrecht für die Dauer der gegenwärtigen Session einzustellen sei.

Auf der Tagesordnung steht weiter die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Besprechung der Interpellation des Abg. Dajermann über die auswärtige Politik.

Staatssekretär v. Tschirschky verwarf sich gegen den gestern vom Abg. Biemer erhobenen Vorwurf, ein Staatsmann zu sein, der zu viel an Restriktionen teilnehme. Ich bin in München in Erfüllung meiner Pflicht gewesen und habe mich zugleich dem Prinzregenten vorgestellt und mit dem Ministerpräsidenten Fühlung genommen. Auch den Vorwurf, ich sei nur ein schmiegamer Hofmann, muß ich zurückweisen. Ich habe keinen weiteren Ehrgeiz als ein treuer Mitarbeiter zu sein an der Politik des Reichskanzlers zum Wohle des deutschen Vaterlandes und Volkes.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vg.): Die National-Liberalen scheinen sich jetzt auf die auswärtige Politik zu werfen und da den Männerstolz vor Königs throne martieren zu wollen. Wahrscheinlich wollen sie die Aufmerksamkeit von ihrer inneren Uneinigkeit, von dem Bunde ihrer badiischen Parteigenossen mit den Sozialdemokraten und von ihrem blamierten Freunde Prinz Alexander Hohenzollern ablenken. — Wir können uns trotz der Kanzlerrede nicht darüber täuschen, daß wir isoliert in Europa sind, obwohl wenigstens die Herzen der Deutsch-Oesterreicher mit den unsrigen schlagen. — Wenn wirklich unsere Beziehungen zu England sich gebessert haben, so wird hoffentlich diese Verbesserung praktische Früchte tragen, zum Beispiel die Verwandlung des Handelsprovisos in ein Handelsabkommen. Ich habe nie gegen England gehetzt, sondern nur auf englische Exzerziten geantwortet.

Wir sind isoliert; aber „der Starke ist am mächtigsten allein“. Nur müssen wir auch dafür sorgen, daß wir möglichst stark sind. Fort mit dem Byzantinismus! Auf's Schwert gefaßt, vermag Deutschland den Frieden der Welt zu wahren. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Es ist bezeichnend, daß der frühere Führer der Nationalliberalen in Württemberg, Fürst v. Hohenzollern, der immer nationalliberal war, von den Nationalliberalen nach seinem Tode verleugnet, von dem Zentrum verteidigt wird. Das Gefühl der Isolierung Deutschlands ist weit verbreitet. Der Reichskanzler pries gestern seine Voraussicht des russisch-japanischen Krieges; aber kurz vorher versicherte er hier, an einen solchen sei gar nicht zu denken. Wir wissen, daß der Minister v. Boddieski bezüglich der Fleischsteuerung absichtlich die Unwahrheit gesagt hat; wir wollen aber doch hoffen, daß das keine allgemeine Eigentümlichkeit preussischer Minister wird. Ueber die auswärtige Politik erfahren wir so gut wie nichts, und haben gar keine Kontrolle darüber; in parlamentarisch regierten Staaten kommen die Parteien selbst in die Regierung und haben dadurch eine Kontrolle auch der auswärtigen Politik. Bei uns sind die Minister die Vertrauensleute nicht des Parlaments, sondern der Krone.

Fürst Bülow meinte zwar, die Einhaltung der Verfassung sei garantiert, da der Monarch in anderen Fällen seinen Minister finden würde, der die Verantwortung übernimmt. Nun, wenn ein Junker auf Befehl als Tenor auf die Bühne geht, wird auch wohl ein Junker als Tenor auf die Bundesratsbühne gehen. (Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler stellte sich als absolut vorurteillosen Mann hin; das sagte auch Fürst Bismarck von sich. Vielleicht hat ihm sein feinsinniger Freund Wilbrand mit der „erschreckenden“ Vorurteilslosigkeit einen zarten Witz geben wollen, daß ihm doch alles gar zu gleichgültig sei. Fürst Bülow meinte gestern, ein Ambassador müsse ein Proteus sein. Nun, ich finde, daß der Herr Reichskanzler zu viel Ambassador geblieben und zu wenig Staatsmann geworden ist. (Sehr gut!) Wir leben heute nicht mehr im Zeitalter der Kabinettpolitik, sondern es muß bei der auswärtigen Politik auf die Volkstimmung Rücksicht genommen werden und das Volk ist überwiegend friedliebend. Mit Recht ist betont worden, daß unsere reaktionäre innere Politik uns im Ausland wenige Freunde erwerben kann. Die ausschlaggebende Stellung, die das Zentrum bei uns gerade so wie in Oesterreich hat, ruht in dem liberalen Italien eine gewisse Mißstimmung gegen Deutschland hervor. Das liberale England hat natürlich noch weniger Sympathie für unseren Polizeistaat, und auch in dem slavischen Ausland leidet unsere Popularität durch unsere Außenpolitik. Aber auch beim offiziellen Ausland können wir die Sympathien nur erhalten, wenn wir Ausland fortwährend Geld geben und uns übermäßig verausgaben. Auch unsere Handelspolitik kann uns keine Freunde erwerben. Gerade die Nationalliberalen und Klidentischen haben am wenigsten Veranlassung, über die Verschlechterung unserer auswärtigen Beziehungen zu klagen, gerade sie haben mit dem frivolsten Gedanken eines Krieges mit England gespielt. — Achtung können wir freilich nicht erringen, wenn es bei unseren Journalisten Schmod's gibt, die in einem Blatte rechts, in einem anderen links schreiben, die den Englandbesuch deutscher Journalisten in einem Blatte rühmen, in einem anderen herunterreißen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der arme Horik! Heiterkeit.) — Eine gute innere Politik wirkt auf die auswärtige zurück und kann allein zu guten auswärtigen Beziehungen führen. (Bravo! bei der Freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Für unsere auswärtige Politik kann allein maßgebend sein das Interesse der nationalen Arbeit in Stadt und Land. In anderen Ländern findet sich unter allen Umständen eine viel stärkere Betonung der nationalen Interessen als in unserer verjudeten Presse. (Lachen links.) Viel verspreche ich mir von dieser Interpellation nicht. Vor allem hat der Herr Reichskanzler die entscheidende Frage nicht beantwortet: Wer regiert denn eigentlich in Deutschland? Die nervöse Politik von oben her hat uns seit dem Ausschcheiden Bismarck's bei den anderen Völkern keine Sympathien erweckt. Es wäre sehr gut, wenn dieses Wort des Kanzlers: Wir brauchen niemand nachzulassen, an einer gewissen Stelle gehört und befolgt würde. (Bravo!)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Büsing (natl.) (2. Mecklenburg-Schwerin) wird für gültig erklärt. Ebenso die Wahlen der Abgg. Dr. Weder (natl.) und Holz (Vp.).

Ueber die Wahl des Abg. Heid (natl.) werden Beweiserhebungen beschloffen.

Die Wahl des Abg. v. Brodhausen (L.) (4. Köslin) beantragt die Kommission gleichfalls für gültig zu erklären.

Abg. Herberich (Soz.): Bei der großen Mehrheit (8000 Stimmen), die Herr v. Brodhausen erhalten hat, sehe ich davon ab, einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen. Dagegen will ich nicht unterlassen, die großen Mißbräuche hier zu bezeichnen, die gerade bei dieser Wahl vorgekommen sind. Sie ist ein Schulstück konservativer Wahlbeeinflussung. Besonders hervorzuheben hat sich als konservativer Wahlmacher der Bürgermeister Brode in Polzin. Er hat der Sozialdemokratie die Wahlvereinsammlungen verboten, weil für das Lokal, in dem sie stattfinden sollten, keine Schankkonzession erteilt war. Auf unsere Beschwerden an den Landrat, die am 2. Mai

1903 erfolgt ist, haben wir bis heute keine Antwort. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Brode hat selbst einen Wahlaufruf an die christliche Bevölkerung Köslins gerichtet, der die Worte enthält: „Heiliger Jern soll Euch erfüllen!“ Diese Aufforderung ist auch nicht wirkungslos geblieben. In Volkow ist der Rauer Wille gemißhandelt worden. Die konservative Kreis- und die solche Notizen eifrig sammelnde „Freisinnige Zeitung“ haben freilich behauptet, es handle sich um einen Akt von sozialdemokratischem Terrorismus. Der Gemißhandelte ist auch angeklagt worden, aber er mußte freigesprochen werden, weil nachgewiesen wurde, daß nicht er mißhandelt hat, sondern daß er gemißhandelt worden ist. In dem Prozeß hat der Gajwirt Jersch unter Eid auszusagen müssen, der Landrat habe ausdrücklich dazu aufgefodert, den sozialdemokratischen Agitatoren und Stimmzettelverteilern die Flugblätter wegzunehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine eigentümliche Rolle in dem Wahlkomplex haben auch einige Lehrer gespielt. Sie haben durch die Schulkinder die verteilten sozialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel wieder einsammeln lassen! Der Landrat von Meißnerow hat unsere Agitatoren verhaften lassen. Die Wahlprüfungskommission hat freilich gemeint, weil diese Verhaftungen vierzehn Tage vor der Wahl vorgekommen seien, seien sie keine unzulässige Wahlbeeinflussung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei solchen Grundfragen werden unsere Leute ja geradezu vogelfrei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Rippenhausen, der konservative Abgeordnete, hat seinerzeit feierlich bestritten, auf Hiddensee Geld zu Wahlswecken verteilt zu haben, und diese Behauptung als ein arabisches Märchen erklärt. Nun, dieses arabisches Märchen ist von seinen eigenen Stimmzettelverteilern verbreitet worden. Und daß Herr v. Rippenhausen nicht freidier gesprochen hat, ist bis heute nicht widerlegt. Diese Beispiele werden genügen, um ein Bild davon zu geben, wie konservative Wahlen in Pommern gemacht werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Wahl des Abg. v. Brodhausen für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Schlüter (fl.) (6. Frankfurt) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Der ganze Wahlakt in Hermswalde ist für ungültig erklärt worden, weil auf dem Wahlstische konservative Stimmzettel lagen und jeder Wähler aufgefordert wurde, sich derselben zu bedienen. Dadurch sind auch die Stimmen derjenigen laffiert worden, die freisinnig oder sozialdemokratisch gestimmt haben, also Rückgrat genug befehen haben, dieser Beeinflussung zu widerstehen. Das ist unzulässig. Ich beantrage daher die Rückverweisung an die Kommission.

Abg. Wellstein (Z.): Die Kommission ist nach ihrer ständigen Uebung verfahren, gegen welche niemals Widerspruch aus dem Hause erhoben worden ist.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Wenn dies ständige Uebung war, so ist es jetzt höchste Zeit, daß statt ihrer eine richtige Uebung playgreift. Die verschiedenen Parteien sollten eine dahingehende Erklärung abgeben.

Abg. Gröber (Z.): Fehler, welche den ganzen Wahlakt betreffen, machen die gesamte Wahl ungültig. Fehler aber, welche — wie es hier dargestellt ist — sich nur auf einen Teil des Wahlaktes beziehen, können unmöglich zum Nachteile ausfallen, die dem Versuch der Wahlbeeinflussung nicht nachgegeben haben. Es dürfte also für Hermswalde nicht der ganze Wahlakt für ungültig erklärt werden, sondern nur die konservativen Stimmen.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z., auf der Tribüne fast unverständlich) verteidigt den Standpunkt der Kommission.

Abg. Gothein (fr. Vg.) tritt noch einmal dafür ein, daß nur die konservativen Wahlzettel für ungültig erklärt werden dürfen.

Abg. Büsing (natl.): Meine Freunde kommen zu demselben Resultat wie die Herren Gothein und Gröber; wir können der Ansicht der Wahlprüfungskommission nicht beitreten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.): Die Wahlprüfungskommission ist doch kein Rummelkabinett, wie es nach den Ausführungen des Herrn Abg. Schwarze-Lippstadt den Anschein haben könnte, sondern sie ist dazu da, um den gesunden Menschenverstand und die Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. Ich beantrage die Zurückverweisung der Wahl an die Kommission.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Wir haben bisher stets in der Wahlprüfungskommission den Standpunkt eingenommen, daß man nicht generell solche Dinge entscheiden soll, sondern von Fall zu Fall prüfen müsse. Wir sind aber mit dieser Auffassung in der Kommission bisher wiederholt abgefallen. Herr Schwarze meinte, wir müßten doch von der bona fides (dem guten Glauben) der Wahlvorsteher ausgehen. Der Fall Kallweit zeigt uns aber, daß es Wahlvorsteher gibt, die offen Wahlfälschungen betreiben, so daß es sogar zur gerichtlichen Verurteilung kam. Wie sehr man sich davor hüten muß, hier generell zu entscheiden, dafür will ich nur auf eine Konsequenz hinweisen, nämlich auf die, daß z. B. ein konservativer Wahlvorsteher in einem Industriedorf, der genau weiß, daß die Mehrheit der Wähler sozialdemokratisch ist, es in der Hand hat, einfach durch Auslegung sozialdemokratischer Stimmzettel im Wahlabteil die ganze sozialdemokratische Mehrheit hinfällig zu machen. Wir müssen also immer die Ablicht und die besonderen Umstände in Betracht ziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.) hält an seiner Auffassung fest.

Abg. Wellstein (Z.): Die Auffassung vom „Rummelkabinett“ ist von einem freisinnigen Mitgliede der Wahlprüfungskommission zehn Jahre lang im Gegenhalt zu den konservativen Mitgliedern der Kommission vertreten worden! (Hört! hört! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Nachdem Herr Wellstein verraten hat, daß gerade die Konservativen früher Gegner der von der Wahlprüfungskommission beliebigen Praxis waren, erwarte ich, daß wir zu einem einstimmigen Beschlusse in diesem Sinne kommen werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan: Ich halte meinen Antrag auf Zurückverweisung der Wahl aufrecht.

Abg. Gröber (Z.): Das Resultat der Wahl würde auch bei erneuter Prüfung kein anderes werden; daher halte ich die Zurückverweisung an die Kommission für überflüssig. Zur Klärung der prinzipiellen Frage genügt es wohl, daß die verschiedenen Parteien erklärt haben, daß sie in Zukunft eine andere Praxis der Wahlprüfungskommission wünschen.

Abg. Büsing (natl.) ist unter diesen Umständen auch gegen die Zurückverweisung an die Kommission.

Abg. Hoffmeister (fr. Vp.) erklärt als Berichterstatter der Kommission, daß nicht abzusehen sei, ob das materielle Ergebnis der Wahlprüfung bei verändertem Standpunkt der Kommission sich ändern werde.

Abg. Schrader (fr. Vg.) hält nach dieser Erklärung die Zurückverweisung an die Kommission für geboten.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Müller-Sagan (fr. Vp.) auf Zurückverweisung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Wahl wird für gültig erklärt.

Ebenso ohne Debatte die Wahl des Abg. Dr. v. Jaunez (14. Elb-Verh.). Die Wahl des Abg. Dietrich (kons., 3. Potsdam) hat die Kommission für gültig erklärt.

Abg. Merzen (fr. Vp.) bittet, die Wahl für ungültig zu erklären auf Grund eines früheren Beschlusses des Hauses vom 11. Mai 1905, wonach Wahlen für ungültig zu erklären sind, wenn amtliche Wahlbeeinflussungen vorliegen. Hier liegt die Sache genau so wie damals im Falle Pauli-Oberbarnim; auch hier liegt ein Aufruf vor zugunsten des gewählten Kandidaten, der unterzeichnet ist von verschiedenen Bürgermeistern und Landräten unter Hinzufügung ihres Amtssiegels. Ich beantrage zugleich namensliche Abstimmung und bitte, die Abstimmung gemäß den Ab-

machung u des Seniorenkongress auf einen anderen Tag zu verlegen.

Abg. v. Dörren (L.) gibt zu, daß ein solcher Aufruf vorliegt, meint aber, der alte Beschluß des Reichstages sei nicht aufrecht zu erhalten, nachdem durch die verschiedensten Maßnahmen das Wahlgheimis besser gesichert ist.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Im Falle der Wahl des Abg. Blumen-thal hat das Zentrum zufolge des Vorliegens eines solchen von Bürgermeistern unterschriebenen Wahlaufrufs die Wahl laffiert; ich hoffe, daß es in diesem Falle die Konsequenz ziehen wird.

Abg. Geyer (Soz.): Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Aufruf des Bürgermeisters im Kreisblatt gestanden hätte und daß dies nur für den einen Kreis in Betracht komme. In der Tat aber werden die Kreisblätter ausgetauscht und so kommt der Aufruf in weitere Kreise. Ich werde — wie in der Kommission — für die Ungültigkeit stimmen, da ich der Meinung bin, daß der Kandidat unterlegen wäre, wenn die Wahlbeeinflussung nicht erfolgt wäre.

Nach weiterer Debatte wird die Abstimmung, die auf Antrag Merzen eine namentliche ist, auf den Beginn der morgigen Sitzung vertagt.

Es folgt die Wahl des Abg. Mallewiy (L., 3. Köslin). Die Kommission beantragt Gültigkeit.

Abg. Hoffmeister (fr. Vg.): Die Wahlprüfungen würden vielleicht besser richterlichen Behörden übertragen.

Vizepräsident Paasche (unterbrechend): Ich bitte, auf solche Fragen bei dieser Gelegenheit nicht einzugehen, sondern zu ihrer Erörterung den geschäftsordnungsmäßigen Weg eines Antrages zu wählen.

Abg. Hoffmeister (fortfahrend): Die Kommission hält eine amtliche Wahlbeeinflussung seitens des Regierungspräsidenten von Köslin, Grafen v. Söwern, für nicht vorliegend, weil er, nachdem er den Beamten gesagt, sie dürften nur wählen, wenn sie im Sinne der Regierung als das Beste Uebel betrachteten dürfen, hinzugefügt habe, er wolle nicht wissen, wen sie gewählt haben. Aber gerade dies zeigt die amtliche Beeinflussung. Auch aus der Erklärung des Landrats von Eisenhart-Worhe geht hervor, daß auf dem Landratsamt Arbeiter für die Wahl des Herrn Mallewiy geleistet sind, die von den Wählern als amtliche Beeinflussung empfunden werden müßten. Wenn der Reichstag gutheiße, was der Regierungspräsident und der Landrat getan haben, so werden die nächsten Wahlen sämtlich nach diesem Rezept ausgearbeitet werden, die Wahl wird eine Farce werden. (Beifall links.)

Abg. Wellstein (Z.): Der Regierungspräsident hat das Recht, vor seinen Untergebenen so zu sprechen, wie er gesprochen hat. (Hört! hört! links.) Er ist dem Gericht entgegengetreten, daß er sich für die Wahl des Herrn Dr. Warth interessiere. Auch der Landrat hat keine Wahlbeeinflussung getrieben.

Abg. Schickert (L.): Man darf den Beamten den Mund nicht verbieten; sie müssen für das eintreten können, was wahr ist. Auf dem Landratsamt sind außerhalb der Dienststunden Auwerts für den konservativen Wahlverein geschrieben worden. Das ist so wenig eine amtliche Handlung, als wenn der Landrat seine Räume zu einem Tanzfest benutzt. (Lachen links.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Herr Wellstein will dem Regierungspräsidenten das Recht zugestehen, vor seinen Untergebenen über die Wahl zu sprechen. Was das heißt, weiß der Regierungspräsident und die Untergebenen. Ich finde diese Stellung des Herrn Wellstein sehr bedenklich; ich möchte ihn an die Zeiten des Kulturkampfes erinnern und an die Stellung, die das Zentrum damals eingenommen hat. Der Landrat hat vorsichtigerweise den Kreissekretär für sich handeln lassen. Aber dieser Beamte war Schriftführer des Wahlkomitees, dessen Vorsitzender der — Staatsanwalt war! Mit einer bewußten Verleumdung, mit einem Schurkenstreich ist man von seiten des Wahlkomitees noch im letzten Augenblick gegen Dr. Warth vorgegangen. Die Antwort auf diesen Schurkenstreich muß sein, daß der Reichstag erklärt: Wir wollen mit einer Wahl, die auf diese Weise zustande gekommen ist, nichts zu tun haben, das widerspricht unseren Heimslichteigenschaft. (Lebhafte Zustimmung links.) Gegen das Wahlkomitee wurde dann eine Anzeige wegen Verleumdung des Dr. Warth eingereicht; der Vorsitzende des Wahlkomitees aber, der diese gemeine Verleumdung bearbeitet hatte, war der erste Staatsanwalt selber. (Lebhafte Hört! hört! links.) Der natürlich nichts Strafbares daran finden konnte! — Selten ist das Rechtsgefühl des Volkes in so schwerer Weise erschüttert worden wie bei dieser Wahl. Mag der Herr Landrat auch noch so „korrekt“ labiert haben, indem er die Verantwortung dem Kreissekretär überließ. Das ist ja beinahe so, als wenn jemand ein nicht einwandfreies Geschäft betreibt und es nachher seiner Gattin übergibt! (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wollen Sie Front machen gegen die fortgesetzten amtlichen Wahlbeeinflussungen im Osten, dann müssen Sie den Kreissekretär mit dem Landrat gleichstellen. Wenn der Reichstag diese Wahl für gültig erklärt, dann wird das Gefühl im Volke neue Verstärkung erfahren, daß man sich sagt: Es ist kein Scheiß mehr für die Wahrung der Wahlfreiheit gegen amtliche Wahlbeeinflussungen, die in Ostelbien in himmelschreiender Weise gehandhabt werden. Ich bitte Sie, die Wahl für ungültig zu erklären. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Geyer (Soz.): Der Beschluß der Kommission läßt sich auf einen Beschluß des Reichstages vom Jahre 1897/98. In diesem Beschlusse heißt es: Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinträchtigt, wenn aus den Bureau von Landräten usw. Stimmzettel oder Flugblätter zur Verfertigung gelangen, der Art, daß die Herkunft der letzteren erkannt werden kann. In der Kommission hat man nun erklärt, es sei für die Wähler die Herkunft der Stimmzettel und Flugblätter aus dem Bureau des Landrats nicht erkennbar gewesen! (Hört! hört! links.) Nun mache ich aber darauf aufmerksam, daß erwiesen ist, daß die „Kösliner Zeitung“ wiederholt — und auch ein anderer Teil der Presse — auf diese Wahlarbeit zugunsten der Konservativen hingewiesen hat. In der Öffentlichkeit war sie also bekannt. (Hört! hört! links.) Und noch am Entscheidungstage hatte in der „Kösliner Zeitung“ gestanden: „Das hiesige Landratsamt hat trotz Beschwerde an den Minister bis zur letzten Stunde mit ungeschwächten Kräften die Agitation für den regierungsfreundlichen Bundeskandidaten getrieben.“ (Hört! hört!) Die Kommission konnte sich also garnicht auf jenes Schriftstück von 1898 berufen; sie definiert jenen Beschluß des Reichstages falsch. In der Erklärung des Landrats steht wörtlich: „Infolgedessen war es mir auch äußerst unangenehm, daß ich von der Schreibarbeit einiger meiner Privatsekretäre für den konservativen Verein hierseits in meinen Diensträumen Kenntnis erhielt.“ — Warum war es denn dem Herrn unangenehm? Was fürchtete er denn? Es war ihm unangenehm, weil er wollte, daß, wenn in seinen Diensträumen die Arbeit vollzogen wurde, die gesamten Wähler sofort wählten, daß es sich um Arbeiten für die konservative Partei handelte und daß dies agitatorisch für sie wirken müßte. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wäre ihm nichts daran unangenehm gewesen. Wir haben deshalb gegen den Beschluß der Wahlprüfungskommission angekämpft; denn sie hat die bisher von ihr befolgten Grundregeln geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Den Wählern war diese unzulässige Beeinflussung zugunsten des konservativen Kandidaten bekannt, weil ihnen die Herkunft der Zettel aus dem Landratsamt bekannt war. Der Abg. Schickert bedauert die in Groß-Satze vorgekommene Wahlfälschung, Vergehungen, auf welche Gefängnisstrafe gesetzt ist, wie ja auch eine Verurteilung des Wahlvorstehers zu sechs Wochen Gefängnis erfolgt ist. Solche Wahlfälschungen riskiert man doch nur, wenn man weiß, daß sie oben gern gesehen und daß Wahlbeeinflussungen von oben unterstützt werden. Wo man weiß, daß alles richtig zugeht und daß von oben auch darüber gewacht

Wird, daß alles richtig zugeht, risikiert man solche Fällung nicht. Dazu kommt weiter die Rede des Regierungspräsidenten zugunsten der konservativen Kandidaten, die ganz ebenso in einem idealen Zusammenhang mit der von unteren Beamten in einem Wahlbureau bezugene Fällung steht. Wenn Sie die Gelegenheit zu diesem Standpunkt betrachten, so werden Sie die Wahl für ungültig erklären. Wenn Sie wollen, daß irgendwo an Regeln festgehalten wird, so müssen Sie hier vor allen Dingen zugreifen. Nur dann wird die Kommission davon abzubringen sein, mit so gewundenen Redensarten bisher gültige Regeln über den Haufen zu werfen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Das bedauerlichste an der gegenwärtigen Verhandlung war die Erklärung des Abg. Wellstein, des Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission. Fast könnte man annehmen, daß eine solche Erklärung bedauern, daß wir nicht noch etwas Naturkampf haben. Das Vorgehen auf dem Landratsamt ist das Typische der amtlichen Wahlbeeinflussung; keiner weiß etwas, aber das Gesamtbild ist, daß auf dem Landratsamt für den konservativen Kandidaten gearbeitet wird. (Auf rechts: Und das schädert die freisinnigen Wähler ein! Lachen rechts.) Nicht alle, aber es gibt überall eine ganze Reihe schwankender Gestalten. (Große Heiterkeit rechts.) Nun, wenn nicht Tausende von Landarbeitern für Sie stimmen müßten unter einem, sagen wir moralischen Zwange, so würden nur wenige von Ihnen hier erscheinen. (Bravo! links.)

Abg. Mertens (fr. Vg.): Der Landrat sagt, seine Schreiber haben „zum Teil“ außerhalb der Dienststunden die Wahlarbeiten gemacht, also zum anderen Teil innerhalb der Dienststunden! (Auf rechts: Nein!) Aber doch, sonst müßte es heißen: „Ein Teil der Schreiber.“ Ein solches Mandat zu haben, dürfte für Herrn Kallewig keine Ehre sein. (Lachen rechts.) Sollte die Wahl für gültig erklärt werden, so würde das nur beweisen, daß in dem Kampfe gegen die pommerischen Junker stets der unterliegt, der recht hat. (Bravo! links.)

Abg. Wellstein (Z.) protestiert dagegen, daß die Wahlprüfungskommission zu langsam arbeitet. Ich hatte übrigens schon ein paar schöne Sachen für Herrn v. Gerlach in der Kommission bereit gelegt, leider erkrankte aber Herr v. Gerlach in der dritten Sitzung der Kommission nicht mehr. Herrn Geher möchte ich erwidern, daß durch die Behauptung einer Zeitung die Herkunft der Flugblätter aus dem Landratsamt nicht erkennbar werden konnte.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Herr Wellstein hat gesagt, der Regierungspräsident müsse das Recht haben, falsche Nachrichten richtigzustellen. Ich bestreite, daß das zu den Aufgaben des Regierungspräsidenten gehört, wenn er von einem Gerücht Kenntnis erhält, es in der Weise richtigzustellen, daß er sagt, welcher Kandidat der Regierung angenehm ist. In der Tat hat der Regierungspräsident am Schluß seiner Berichtigung des angeführten Gerüchtes hinzugefügt: Kallewig sei der Kandidat, der vom Standpunkt der Regierung aus als das kleinere Uebel zu empfehlen sei. — Nach den Ausführungen des Herrn Wellstein könnte jetzt jeder Landrat, jeder Regierungspräsident, der Wahlbeeinflussungen ausüben will, einfach erklären: „Ich habe das Gerücht gehört, daß der Kandidat X Uebel als der Kandidat der Regierung angesehen wird.“ (Große Heiterkeit.) Dann hat er nach den Ausführungen des Herrn Wellstein einen Freibrief darauf, nun den Wählern zu erklären, welcher Kandidat im Sinne der Regierung als das kleinere Uebel aufzufassen sei. Das ist doch offensbare Wahlbeeinflussung. All dies Drehen und Wenden, das Vordringen von allen möglichen Vorwänden, wie es der Regierungspräsident getan hat, kann seine Absicht nicht verschleiern. Warum läßt er denn die abhängigen Wähler zusammenkommen, um ihnen zu sagen, welcher Kandidat für die Regierung das kleinere Uebel sei, wenn er nicht Wahlbeeinflussungen ausüben wollte? Da hätte er schon lieber offen, wie Billow bei der Duellfrage, erklären sollen: Mag der Reichstag beschließen, was er will, wir trotzen dem Befehl! Es ist niemand unter uns, der sich nicht sagen müßte: Wenn die Regierung nicht aus demselben Holze geschnitten wäre wie die Landräte und Regierungspräsidenten, dann würde es kein Landrat mehr wagen, in dieser unverschämten Weise Wahlbeeinflussungen zu treiben. Aber sie wissen, wenn sie es jahrelang getrieben haben und es nicht gar zu dumm treiben, dann ist das für sie eine Stufe zu höheren Stellungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie sind denn eigentlich die Voraussetzungen gewesen, die der Herr Vorsitzende der Wahlprüfungskommission Spahn seinerzeit in Druckache 296 gleichsam als Leitfaden zusammengestellt hat? Es heißt da: „Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinträchtigt, wenn Landräte, Landratsamtsverwalter, Wahlaufrufe zugunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Verfüzung ihres Amtescharakters unterzeichnen, auch ohne öffentliches Auftreten Gemeindevorstände oder Privatpersonen für den Fall einer bestimmten Stimmabgabe Vorteile oder Nachteile in Aussicht stellen, wenn sie in Kreisabg. oder Gemeindevorstellungen, in den Sitzungen der landwirtschaftlichen Vereine und in ähnlichen Versammlungen oder in Zirkularen für oder gegen eine Kandidatur Stellung nehmen, wenn aus ihrem Bureau Stimmzettel oder Flugblätter zur Versendung gelangen, der Art, daß die Herkunft der letzteren erkannt werden kann. Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt. Insbesondere liegt eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Distriktskommissare für einen bestimmten Kandidaten eintreten. Das Gleiche gilt für alle Beamten, welche zugunsten einer bestimmten Kandidatur an die ihnen unterstellten Behörden oder Beamten in Schreiben sich wenden, sofern die letzteren nicht zweifellos als private Kenntnis sind. Es liegt ferner eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Gemeindevorstände oder Gendarme oder Amtsvorsteher durch Gemeindevorsteher Stimmzettel zu einer Zeit konstatieren, wo deren Reuebeschaffung und rechtzeitige Verteilung vor der Wahl nicht mehr unmöglich waren.“ — Gegen diese Grundzüge ist vom Regierungspräsidenten offenbar verstoßen. Die Beamten sind von Amtswegen zusammenberufen, sie müssen dem Aufseher leisten; denn sie sind von ihrem Vorgesetzten vorgeladen. War es denn nicht, daß der Regierungspräsident den Beamten direkt sagte: „Hier ist Kallewig aufgestellt und hier Wack.“ So viel haben die Landräte und Regierungspräsidenten allmählich schon gelernt — durch die Hinweise von hier aus und von oben her —, daß sie es nicht mehr gar zu dumm machen. Und wenn sie dann noch solche Reden hören wie heute vom Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission, dann müßten sie ja ganz auf den Kopf gefallen sein, wenn sie nicht wüßten, wie sie es zu machen haben.

Genau so ist es mit der Verwendung der Flugblätter. In den Grundzügen heißt es: Ihre amtliche Herkunft soll kenntlich sein. Nun meint Herr Wellstein, sie sollen äußerlich kenntlich sein. Wie aber an den Stimmzetteln äußerlich erkennbar sein soll, daß sie vom Landratsamt kommen, das verstehe ich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Herkunft erkennbar sein soll, heißt doch nichts anderes als: es müssen die Wege ins Auge gefaßt werden, wie die Stimmzettel aus dem Landratsamt an die Wähler gekommen sind. Wie ist nun die Verwendung der Flugblätter in diesem Falle erfolgt? Die Abwesenheit des Landrats gerade an dem Tage der Versendung kann natürlich nicht ins Gewicht fallen. Wenn er gerade an jenem Nachmittage verreiste, so muß er die Verantwortung für die Haltung des Kreissekretärs übernehmen. Ueber die Versendung hat der Kreissekretär nun erklärt: Der Kreisfahrbote hat den landrätlichen Aufseher, der gerade die Pferde bewegen wollte, gebeten, die fraglichen Briefe zum Hauptpostamt zu fahren. Und dieser Bitte hat der Aufseher — in der Annahme, daß es sich um dienstliche Sendungen handelt — auch entsprochen. Der Kreisfahrbote und ein Schreiber sind mitgefahren, um die Briefe aufzugeben. Kommt unter diesen Umständen über die Herkunft der Zettel in einer Stadt wie Köslin irgend ein Zweifel bestanden haben, wo noch die Presse das Vorgehen als Wahlbeeinflussung charakterisierte? Für den, der nicht blind sein will, besteht über die Herkunft der Zettel aus dem Landratsamt kein Zweifel. Mit 108 Stimmen Mehrheit ist Kallewig gewählt. Für mich ist es nicht zweifelhaft, daß er unterlegen wäre, wenn diese Wahlbeeinflussung nicht geübt wäre; denn zweifellos haben alle

Beamten es für ihre Pflicht gehalten, der Bedeutung des Regierungspräsidenten zu folgen. Eine Wahl, die unter solchen Umständen zustande kommt, ist eine Schande für den Reichstag. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Abg. Döwe (fr. Vg.): Kollege Wellstein ist auch Richter. Würde er wohl als Richter dieselben Grundzüge für Verweigerung aufstellen wie hier in der Wahlprüfungskommission? (Sehr gut! links.)

Abg. Herber (Soz.): Im Ernst wird doch niemand dem Regierungspräsidenten glauben, daß seine Erklärung vor seinen Untergebenen harmloser Natur war. Herr Wack hat erklärt, daß er Köslin erobern werde, und die Konterpartien wußten ganz genau, daß der Wahlkreis für sie totfisch verloren sei, wenn nicht die amtliche Beeinflussung ihnen helfe. Die Wahlmacht ist auch sehr geschickt gewesen. Ich behaupte, daß das angeführte Gerücht, das der Regierungspräsident widerlegen wollte, bestellte Arbeit war; sie beruhen sich darauf, daß auf den im Landratsamt geschriebenen Antwort kein amtlicher Stempel war. So dumm sind sie nicht, es so plump zu machen. Die Arbeit selbst konnte nur auf dem Landratsamt gemacht werden; wo anders wären die Adressen überhaupt gar nicht zu haben. Ich glaube auch nicht, daß der Landrat ganz unschuldig daran ist und nichts davon gewußt hat, daß diese Arbeit gemacht wurde.

Ein paar Worte zu dem Flugblatt: Daß sein Inhalt erlogen war, wußten die Konterpartien ganz genau. Kleine Parteifreunde hatten nicht die Absicht, sich an der Stichwahl zu beteiligen. Hiergegen arbeiteten die Liberalen, und als Gegenschlag erließen das verlogene Flugblatt. Die Fällung in Groß-Setze nennen sie eine „bezügliche“. Nein, nur in diesem einen Falle war sie einmal zu bezeugen; aber diese Fällungen kommen bei jeder Wahl in großer Zahl vor. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach jeder Wahl kommen unsere Genossen in großer Zahl zu uns und erzählen uns von solchen Fällungen. Aber der Beweis ist sehr schwierig, meist unmöglich; denn wir würden die Leute dadurch arbeitslos machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die selbständigen Bauern des Zentrums würden sich solche Fällungen nicht gefallen lassen. Auch hier, wo liberale Bauern betrogen wurden, ließ sich die Fällung einmal beweisen, so daß der Staatsanwalt gar nicht umhin konnte, eine Verfolgung eintreten zu lassen und eine Verurteilung erfolgen mußte. (Auf bei den Sozialdemokraten: Vergnügung!) Nein, davon habe ich noch nichts gehört; aber derartige Fällungen kommen sehr häufig vor, ohne daß eingegriffen wird. Wenn Recht Recht bleiben soll, muß diese Wahl für ungültig erklärt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dörffler (L.) erhebt dagegen Widerspruch, daß den Landräten der Vorwurf der Wahlbeeinflussung gemacht werden könne.

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Dem Abg. Wellstein gegenüber bemerke ich, daß ich in den von ihm angeführten beiden Sitzungen der Wahlprüfungskommission nur als Vertreter eines Fraktionskollegen auftrat, der erkrankt war. Mit seinen Bemerkungen über Vorgänge in der Kommission hat der Abg. Wellstein gegen die Absichten des Hauses verstoßen.

Präsident Graf Balckem: Der Gebrauch des Hauses besteht nur in der Richtung, daß nicht Verurteilungen der Abgeordneten in der Kommission im Plenum unter Nennung des Namens angeführt werden, nicht aber auch in der Richtung, daß nicht die Namen von Abgeordneten genannt werden, die ein- oder zweimal einer Kommission angehört haben.

Abg. Gothein (fr. Vg.) tritt nochmals entschieden für die Ungültigkeitserklärung der Wahl ein.

Damit schließt die Diskussion.

Die von freisinniger Seite beantragte namentliche Abstimmung findet in der nächsten Sitzung statt.

Präsident Graf Balckem teilt mit, daß außer den bereits feststehenden namentlichen Abstimmungen noch eine weitere namentliche Abstimmung angekündigt worden sei. Gleichzeitig macht der Präsident darauf aufmerksam, daß Abgeordnete, deren Wahl beansprucht wird, nach § 8 der Geschäftsordnung an der Abstimmung über ihre Wahl nicht teilnehmen dürfen, daß sie sich aber keines Verstoßes gegen die Geschäftsordnung schuldig machen, wenn sie sich der Abstimmung enthalten. (Heiterkeit.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag. (Namentliche Abstimmungen über Wahlprüfungen; Wahlprüfungen; erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Kontingentsgesetzes für landwirtschaftliche Brennereien; zweite Beratung des Gesetzentwurfs auf Abänderung des Vogelschutzgesetzes.)

Schluß 7 Uhr.

Die russische Revolution.

Regierungs-„Chancen“.

Petersburg, 15. November. (B. S.) Die Berichte der Gouverneure über die Chancen bei den Dumawahlen, eine Regierungsmajorität durchzubringen, lauten höchst pessimistisch; Selbst ein großer Teil der Beamenschaft sei gegen die Regierung. Die Gouverneure schlagen deshalb vor, den Beamten das Wahlrecht gänzlich zu entziehen! Hauptschuld an der Opposition trage die städtische Presse. Die Gouverneure sind der Meinung, daß eine eventuelle Auflösung der Reichsduma keine großen Unruhen herbeiführen werde. Infolge dieser Berichte wird sich die Regierung aktiv an der Wahlkampagne beteiligen. Falls die Duma trotzdem oppositionell ausfällt, dürfte sie sofort aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Bankrottentürsche.

Petersburg, 13. November. (Fig. Ver.)

Zu den verschiedenen Versoren über die Machenschaften der Stolypinschen Bande, um Geld zu erhalten, kommt heute eine neue hinzu. Einem Mitarbeiter der „Wirschemija Wedomosti“ (Wirtschamtschriften) gegenüber hat einer ihrer Kumpane, der Gehilfe des Verkehrsministers Mjasojedow-Zwanow es offen ausgesprochen, daß die Regierung unter Umständen sogar vor einer Verpfändung bestimmter Einkommensanteile des Staates nicht zurückschrecken wolle, und zwar sollen die Einkünfte der Staatseisenbahnen als die ersten an die Reihe kommen.

Daneben taucht immer wieder auch ein älteres Projekt auf, bei dem es sich darum handelt, durch die Vorkaufung einer grandiosen Aktienbildung zum Zweck der Ausnützung der Wasserkräfte Russlands eine größere Obligationenausgabe zu ermöglichen, deren Ertrag selbstverständlich in die Hände der Regierungskassentruer und Senker von Gottes Gnade käme. Wenn irgend etwas imstande ist, den europäischen Geldgebern einen Begriff von der völligen Desorganisation der russischen Finanzen zu geben, so dieses Projekt eines tollkühnen Bankrotts.

Der Beginn der sozialdemokratischen Wahlagitiation.

In Petersburg hat die Sozialdemokratie die Wahlkampagne bereits begonnen. Sie wird von den gewerkschaftlichen Verbänden unterstützt; auch zahlreiche Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten haben den Parteiorganisationen ihre Kräfte zur Verfügung gestellt. Am 8. November begann, wie der „Towariß“ meldet, außerhalb des Newa-Tors der Rundgang bei den Wohnungsmietern. Ein spezielles Personal von Registratoren wurde zu diesem Zwecke gebildet; Studenten und Arbeitslose sind zu dieser Tätigkeit herangezogen.

Die Petersburger Fabriken vor den Wahlen.

In den Petersburger Fabriken herrscht ein reges Leben. Man bereitet sich schon zu den Wahlen der Fabrikvertreter vor. Zahlreiche

Meetings werden abgehalten. Fabrikvertreter-Kandidaten werden schon ausgerufen. In vielen Fabriken ist der Wunsch verbreitet, ehemalige Mitglieder des Arbeiterdeputiertenrats zu Fabrikvertretern zu wählen! („Towariß“, 9. November.)

Der alte Kurs.

Petersburg, 15. November. Die Zeitung „Ruß“, welche seit Ende 1905 verboten war und gestern zum ersten Male wieder erschien, ist in voriger Nacht vom Stadthauptmann abermals mit einem Verbot belegt worden.

Die „Justiz“.

Warschau, 15. November. (Von einem Privatkorrespondenten.) Das Feldgericht verurteilte drei Arbeiter wegen Aufreizung zum Ausstande in der Juckerfabrik Hermanoff zum Tode durch Erschießen! Die Soldaten weigerten sich anfangs, das Urteil zu vollstrecken, mußten aber schließlich den Befehl ausführen.

Heute wurden fünf Personen wegen Raubanfälligkeit vom Feldgericht zum Tode verurteilt.

Die Studenten.

Charlow, 15. November. Infolge der revolutionären Gesinnung der Studentenschaft ist das hiesige technologische Institut geschlossen worden. Die Schließung der Universität steht unmittelbar bevor.

Herr Witte.

Petersburg, 15. November. (B. L. V.) Bei der Verhandlung des Prozesses gegen den Arbeiterdeputiertenrat aufgestellte Behauptungen, die Graf Witte betreffen, haben diesen zu einer Zuschrift an die „Kowoje Wremja“ veranlaßt. In dieser betont Witte, daß die Organisation des Arbeiterdeputiertenrats und anderer revolutionärer Verbände sowie die Ausstände vor dem 31. Oktober stattgefunden hätten, zu einer Zeit also, in der sich Witte in Amerika befand. Mit dem Vorsitzenden des Arbeiterdeputiertenrates Christakow habe er weder jemals verkehrt, noch teme er ihn persönlich. Zu dem genannten Rate habe er niemals offizielle oder private Beziehungen gehabt. Ob die Verhaftung des Arbeiterdeputiertenrates, so schließt die Zuschrift, seitens der Regierung korrekt war, könne nur die Zukunft beantworten, wenn eine unparteiische Beurteilung der Sachlage möglich sei. Vorkünftig könne der Verfasser der Zuschrift nur sagen: wenn er in die unglückliche Lage käme, bezüglich Petersburgs unter denselben Umständen handeln zu müssen, wie dieses in den letzten Monaten des Jahres 1905 der Fall gewesen sei, so würde er ebenso wie damals handeln! —

Der Petersburger Deputiertenrat.

XX. Schowig Wabin,

geboren 1881 in einer häuerlichen Familie des Wladimirischen Gouvernements. Als zehnjähriger Knabe wurde er von seinen Eltern in die Stadt gebracht, wo er bis zu seinem 15. Jahre von einem Verufe zum anderen überging und zwar war er: Gärtner, Kaufbursche in einem Laden, Graveur, Schmied, Gießer und Arbeiter in einer Pappfabrik. Mit 16 Jahren wurde er Robelleur, und in diesem Jahre begann er auch lesen und schreiben zu lernen. Sein erster Lehrer war das achtjährige Töchterchen eines Arbeiters! Als Alphabet hatte er viel zu leiden gehabt, weshalb er seine ganze Energie darauf verwendete, dieses Uebel sobald wie möglich los zu werden. Je mehr sich sein Horizont erweiterte, desto größer wurde sein Wunsch, in eine Schule aufgenommen zu werden. Aber vergebens; denn es fehlten ihm die nötigen Mittel. Um so fleißiger widmete er sich dem Selbststudium. — Bald lernte er die russische Literatur und die sozialdemokratische im besonderen kennen. Mit 19 Jahren wurde er zum ersten Male arretiert. Sechs Monate lag er im Kerker, während welcher Zeit er Sozialdemokrat wurde. Mit 20 Jahren machte er ein Examen in einer Handelsschule in Waku und wurde Zeichner. Im Jahre 1902 ging er in die Heimat, wo er sofort verhaftet wurde. Nachdem er drei Monate im Gefängnis gesessen hatte, reiste er nach Twer ab, um sich dort der sozialdemokratischen Bewegung zu widmen. Am 8. Oktober 1905 kam er nach Petersburg, am 10. wurde er in den Rat der Arbeiterdeputierten und am 24. November in das Exekutivkomitee gewählt, am 3. Dezember samt dem ganzen Arbeiterdeputiertenrat arretiert.

Aus der Partei.

Eröffnung der Parteischule.

Die Unterrichtskurse für Parteifunktionäre wurden heute morgen im Schulkloak, Lindenstr. 3, eröffnet. Zur Eröffnung dieser für das Parteilieben hoffentlich segensreichen Instituts hatten sich außer dem Lehrerkollegium Vertreter des Parteivorstandes, des Geschäftsausschusses des Zentralverbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins, sowie der Redaktionen der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“ eingefunden.

Genosse Bebel legte zunächst in knappen Zügen die Bedeutung und die Absichten dieser Unterrichtskurse dar. Ihre Aufgabe sei, einer Reihe tätiger und geistig strebsamer Genossen die Grundlage derjenigen sozialen und politischen Erkenntnisse zu übermitteln, die bei dem so mächtig in die Breite gegangenen Parteilieben doppelt notwendig sei. Die Parteifunktionäre, welche die Unterrichtskurse geschaffen, gaben sich nicht der Illusion hin, nach sechs Monaten die Teilnehmer an den Kursen als völlig ausgebildete Kräfte entlassen zu können — das private Selbststudium werde nach wie vor die Hauptsache bleiben. Ja, gerade die Schüler selbst würden nach absolvierter Lehrzeit erst recht einsehen gelernt haben, wie viel ihnen noch fehle und zu lernen übrig bleibe. Aber durch das Legen eines soliden und methodischen Fundaments ihrer Kenntnisse würde ihnen doch die Möglichkeit der Fortbildung außerordentlich erleichtert werden. Nachdem Bebel noch die Einzelheiten des Lehrplanes dargelegt, schloß er mit der eindringlichen Mahnung an Schüler und Lehrer, ihr Bestes, ihre ganze Tatkraft einzusetzen im Streben für möglichst Erreichung des Lehrzieles im Interesse der Partei und des proletarischen Befreiungskampfes.

Im Namen des Lehrerkollegiums richtete Genosse Heinrich Schulz einen warmen Appell an die Schüler. Beiden Teilen, Schülern wie Lehrern, dürfte es vielleicht nicht leicht fallen, sich in die ihnen neuen Verhältnisse hineinzufinden. Die Rekrutur der Lehrer werde ihre pädagogischen Erfahrungen noch zu sammeln haben; und mandem Schüler, der bereits im öffentlichen Leben tätig gewesen und die Rolle als Berater und Lehrer ausgeübt habe, werde die Rolle des Lernenden neuartig sein. Aber er sei überzeugt, daß sich Schüler wie Lehrer rasch in die ihnen fremden Verhältnisse einleben und, befeelt von idealem Geiste, zum Wohle der Partei sich der hingebendsten Arbeit widmen würden. Im Lehrplan habe man sich nicht ohne Rücksicht eine gewisse Beschränkung auferlegt. Nicht systemlosem Vielwissen solle das Institut dienen, sondern der Einführung der Schüler in diejenigen Wissensmaterien, die für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in erster Linie in Frage kämen. Erst wenn auf diesen Gebieten ein gesunder Grundstock der Erkenntnis geschaffen sei, dürfe das natürliche Streben zur allseitigen Erweiterung des Wissens zu seinem Rechte kommen. In manchen Parteikreisen habe man der Parteischule eine gewisse Skepsis entgegengebracht, teils pessimistische, teils ironische Bedenken. In der Hand der Schüler selbst liege es, dafür zu sorgen, daß das Resultat der gemeinsamen sechsmonatigen Arbeit diese Bedenken zerstreue, ein Ergebnis, über das auch die Skeptiker selbst nicht zuletzt aufrichtige Genugung empfinden würden.

Nach dieser sichtlich Eröffnungsfeier wurde unmittelbar in die Arbeit selbst eingetreten. Die eigentlichen Unterrichtsstunden werden vormittags von 8 bis 1 Uhr abgehalten werden; nachmittags werden

Sich die Teilnehmer des Kuriums noch zu mehrstündiger Arbeit zusammenfinden, bei der ihnen stets ein Lehrer mit Rat und Auskunft zur Hand gehen wird.

Auch wir können uns den von den Genossen Bebel und Schulz ausgesprochenen Erwartungen nur anschließen. Möge in der „Kriegsschule“ der rechte Ernst und Eifer walten, damit ihre Teilnehmer dereinst mit doppeltem Erfolge in den Kämpfen des Profletariats, auf welchem Posten sie auch stehen mögen, in Mann stellen können. Wir entbieten den Genossen aus dem Grunde ein herzlich willkommen und ihren Arbeiten ein kräftiges Glück!

Nachmal das unhaltbare Urteil.

Zur Benrather Kirchendiebstahlsaffäre wird uns aus Düsseldorf von einem Genossen, der der Gerichtsverhandlung im Auftrage des dortigen Parteiofgans als Berichterstatter beigewohnt hat, geschrieben, daß der uns gesandte Bericht über die Verhandlung einen erheblichen Irrtum enthält.

Die beiden beurteilten Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes haben nicht übereinstimmend bekundet, daß sie das Vogelpalast auf dem Kirchsturm hätten anbringen wollen, sondern auf einem alten Turm, der nicht mehr benutzt wird und etwa 5 Meter von der katholischen Kirche entfernt ist. Dieser Turm ist unten in Ermangelung einer Türe mit Brettern zugemauert. Die beiden wollten nur einige Bretter losmachen, um so in den Turm zu gelangen und das Glatz an einer weithin sichtbaren Stelle anbringen. Daß sie in die eigentliche Kirche eindringen wollten, bestritten beide entschieden, während ihre Verurteilung gerade deswegen erfolgte. Ihre Behauptung, daß sie das Vogelpalast auf dem alten Turm anbringen wollten, wird übrigens noch gestützt durch die Tatsache, daß ähnliches in Benrather des öfteren gemacht worden ist. Am 1. Mai war gewöhnlich eine rote Fahne an irgend einem fast unmöglichen Punkte angebracht. Die beiden Genossen sind nun im Besitz von Werkzeugen verhaftet und einfach als Einbrecher abgeurteilt worden, obwohl auch nicht der leiseste Beweis erbracht ist, daß sie eingebrochen haben. Man hat aber angenommen, daß sie stehlen wollten und damit basta.

Nach dieser Feststellung wird das Urteil noch unhaltbarer und unschärfer, als es schon nach dem von uns veröffentlichten Bericht erschien. Wenn wir nicht so manches schon von dem Balken deutscher Justiz erfahren hätten, wir würden es für unglücklich erklären, daß auf Grund solcher haltlosen Vermutungen, wie sie in diesem Falle vorliegen, ein deutsches Gericht zur Verurteilung kommen konnte! Es muß alles daran gesetzt werden, das Urteil umzuwerfen.

Landtagskandidaturen. Die Kürnberger Genossen haben folgende Kandidaten für den bayerischen Landtag aufgestellt: 1. Kreis: Gabriel Löwenstein, 2. Kreis: Gauvorstand Merkel, 3. Kreis: Rechtsanwalt Dr. Sühheim, 4. Kreis: Arbeitersekretär Konrad Dorn, 5. Kreis: Verbandsvorstand Simon, 6. Kreis: Dr. v. Haller.

Die Landtagskandidaten für Groß-Stuttgart sind am Sonntag von den Genossen Stuttgarts mittels Urabstimmung nominiert worden. Es haben Stimmen erhalten: Karl Klotz, seitheriger Abgeordneter für Stuttgart, 1112 Stimmen; Buchhändler und Mitglied des Bürgerausschusses Fr. Fischer 995 Stimmen; P. Gehmann, Redakteur des „Wahren Jakob“, 904 Stimmen; G. Reichel, 2. Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, 856 Stimmen; G. Boffert, Gemeinderat, 827 Stimmen; Karl Anie, Verbandsbeamter, 695 Stimmen; W. Kowald, Buchdrucker, 378 Stimmen; M. Wenper, Schreiner, 371 Stimmen; A. Kömpf, Krankenkassenbeamter, 353 Stimmen. Die fünf erigierten Genossen werden somit als Kandidaten für Groß-Stuttgart fungieren. Stuttgart hat insgesamt sechs Abgeordnete durch Proporz zu wählen, von denen drei im voraus sicherer Besitz der Sozialdemokratie sind. Bei einigemmaßen gutem Wahlschick ist es nicht ausgeschlossen, daß auch der vierte Sitz unserer Partei zufällt. Die Aufstellung von nur fünf Kandidaten hat den Zweck, eventuelle Wahlmanöver der Gegner zu vermeiden.

Gemeinbewahlen. Zu Sichelreuth in Meiningen sind am Sonntag bei der Gemeinderatswahl zwei Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt worden.

Aus Straßburg. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag und für den Landesausschuß wurde am Montag vom sozialdemokratischen Bezirksverein Straßburg vorgenommen. Als Reichstagskandidat wurde wie bisher Genosse Böhle, als Kandidat zur Landesausschuwahl Genosse Peirotes, Redakteur der „Freien Presse“ aufgestellt. Die Erhöhung des Vereinsbeitrages um 10 Pf. pro Monat wurde wohl als notwendig anerkannt, aber leider bis auf weiteres abgelehnt. Einstimmig wird beschlossen, daß die am 18. November stattfindende Generalversammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins von Elsch-Bohringen die Anstellung eines Parteisekretärs beim Zentralvorstand der Partei in Berlin beantragen soll.

Ein Ausschlusstrag. Der Vorstand des 3. Berliner Wahlkreises hat den Genossen Dr. Friedberg auf Grund seiner Erklärung in der letzten Parteiverammlung des Kreises zu einer Sitzung geladen. Nach kurzer Aussprache legte der Vorstand einstimmig den Beschluß, der nächsten Generalversammlung einen Antrag auf Ausschluß des Genossen Dr. Friedberg zu empfehlen.

Wachsende innere Festigung der französischen Sozialdemokratie. Genosse Louis Dubreuil behandelt in der „Humanité“ die Frage, wie die Verhandlungen von Limoges auf die Partei gewirkt haben. Er stellt fest, die Prüfung der Parteipresse ergebe, daß die Zufriedenheit mit dem Verlauf des Kongresses in der ganzen Partei eine allgemeine sei. Die Begeisterung, die versöhnliche Stimmung, die Loyalität gegenüber abweichender Meinung, welche die Signatur des letzten Parteikongresses gewesen sei, teile sich allgemein auch den Genossen im Lande mit. Und zwar gelte das gleiche auch von denjenigen Föderationen und Parteiofganen, deren Auffassung auf dem Kongreß in der Minderheit geblieben ist. — Diese Feststellungen sind um so wichtiger und erfreulicher, als unsere französischen Genossen in früheren Perioden bei ausbrechenden Meinungsdivergenzen nur zu leicht geneigt waren, Parteipflichtungen herbeizuführen.

Dolzelliches, Gerichtliches usw.

Strafkonte der Presse. Genosse Schneider von der Straßburger „Freien Presse“ wurde wegen Verleumdung eines Abbés zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Genosse Oskar Ged von der Mannheimer „Volkstimme“ wurde wegen Verleumdung des Fabrikdirektors Adolf Wenz zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß tatsächlich die Verhandlungen im Jahre 1895 vorgekommen sind. Es ist dies deutlich zum Ausdruck gekommen in dem Berichte des Herrn Fabrikinspektors Wörrißhofer, dessen Ausführungen vollständig berechtigt waren. Der Bericht ist durchaus nicht leichtfertig verfaßt. Es ist selbstverständlich, daß derartige Ausfahrungen in gebührender Weise gerügt werden müssen. Es wäre Pflicht des Direktors gewesen, einen derartigen Mann von seinem Posten zu entfernen. Diese Pflicht hat er aber verletzt. Unter Verleumdung dieses Umstandes konnte der Angeklagte nur zu der genannten Strafe wegen formeller Verleumdung verurteilt werden.

Nachspiel zur Erfurter Reise. Am 31. August verurteilte das Schöffengericht zu Erfurt 14 Teilnehmer am „Reinigung“ zu Geldstrafen. Sieben Angeklagte legten Berufung ein, die übrigen haben — um Scherereien aus dem Wege zu gehen — die festgesetzte Strafe bezahlt.

Das Berufungsgericht sprach drei Angeklagte frei und verworf die Berufung der vier anderen.

Ein Rechtskundiger. Eine schwere moralische Niederlage holte sich vor dem Schöffengericht Pforzheim der Rechtsanwalt

Ketter als Vertreter des Fabrikanten Speidel in einer Verleumdungsklage gegen Redakteur Weichmann vom Karlsruher „Volkfreund“. Obwohl klar ersichtlich war, daß W. zur Zeit des Erscheinens der inkriminierten Notiz in Ferien war, ließ Ketter ihn doch juristisch zur Verhandlung vorkommen und beantragte noch die Ueberbürdung der Kosten dieser Maßnahme auf Weichmann. Das Gericht ging darauf natürlich nicht ein, die Kosten hat vielmehr Fabrikant Speidel zu zahlen, und jetzt ist das ganze Verfahren gegen Weichmann eingestellt worden.

Soziales.

Die Verkaufsautomaten auf Bahnhöfen und ihr Verhältnis zum Knechtenschlus und zur Sonntagsruhe.

Der Direktor der Gesellschaft für automatischen Verkauf zu Hamburg, Herr Lange, wurde freisprechend dafür verantwortlich gemacht, daß die von der Gesellschaft auf verschiedenen Berliner Bahnhöfen, aber außerhalb der Bahnsteigsperrre aufgestellten Warenautomaten, neben ihren anderen, Bahnsteigarten verarbeitenden Automaten, auch noch nach 9 Uhr abends und Sonntags auch während der für den Handel überkehr verbotenen Zeit zur Entnahme von Waren (Schokolade, Bonbons, Ansichtskarten usw.) vom Publikum benutzt werden konnten. Die Staatsanwaltschaft berief sich auf die entsprechenden, für das Handelsgewerbe erlassenen Vorschriften der Gewerbeordnung und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Verwaltungsbehörden.

Das Landgericht sprach den Angeklagten frei und der erste Straffenat des Kammergerichts zu Berlin als Revisioninstanz belieh es bei der Freisprechung.

Das Kammergericht führte zur Begründung aus: Auf demselben Gebiete wie die hier strittige Frage liege die, inwiefern die sonst für Gastwirtschaften geltenden Beschränkungen (Polizeistunde usw.) für Bahnhöfswirtschaften, und wieweit die bezüglich der Sonntagsruhe und des Knechtenschlusses für Bahnhöfswirtschaften in Frage kämen. Da siehe das Kammergericht auf demselben Standpunkt, wie ihn die preussischen Minister in einigen Verfügungen vertreten, nämlich auf dem, daß entscheidend sei, ob der Wirtschaftszweck oder die Verkaufsstelle des Wuchhändlers sich innerhalb oder außerhalb der Bahnsteigsperrre befände: innerhalb frei, außerhalb beschränkt. Ausgenommen der Fall der Benutzung einer Bahnhöfswirtschaft außerhalb der Bahnsteigsperrre durch einen Reisenden.

Wie sei es nun aber mit den Warenautomaten? Wenn solche auch auf einem Bahnhof sich außerhalb der Sperrre befänden, so wären sie doch von Bedeutung für die einzelnen Reisenden. Die Bahnhöfswirtschaft lasse sie doch nur zu, weil das reisende Publikum ein Bedürfnis habe, ihnen etwas zu entnehmen. Inangewiesene Fälle müsse dem Reisenden gestattet sein, auch die auf den Bahnhöfen außerhalb der Sperrre stehenden Warenautomaten jederzeit zu benutzen, wie er als Reisender auch außerhalb der Polizeistunde die Bahnhöfswirtschaft benutzen dürfe, die außerhalb der Sperrre liege. Es sei ferner zu beachten, daß es Bahnen gebe, die keine Sperrre kennen, z. B. Gebirgsbahnen, wo gerade ein großes Bedürfnis für Reisende jederzeit vorliege. Wenn außerhalb der Sperrre stehenden Automaten liege nun die Sache so, wie bei den außerhalb einer Bahnsteigsperrre liegenden Bahnhöfswirtschaften, die nur Reisenden jederzeit zur Benutzung freilassen und wo sich der Wirt strafbar mache, wenn er nach Eintritt der Polizeistunde einen Nichtreisenden bewirte. Eines unterscheidet ja selbstverständlich den Automaten vom Bahnhöf: er sei ja unpersonlich und könne weder einen Nichtreisenden vom Reisenden unterscheiden noch ihn abweisen. Nun könne aber, nicht verlangt werden, daß der Reisende zurücktritt, weil auch Nichtreisende die außerhalb der Sperrre stehenden Automaten benutzen könnten. Aus diesem Grunde unterlägen auch diese Warenautomaten außerhalb der Sperrre keinen Beschränkungen.

Krankenkassenschwindler.

Das Arbeitgeberkonto der Ortskrankenkasse für München weist viele faule Kunden auf, die den bei ihnen beschäftigten Arbeitern zwar die vorgeschriebenen gesetzlichen Pflichtbeiträge am Lohn abziehen, aber nicht an die Kasse abliefern, sondern für sich verwenden. Diese Sorte von Arbeitgebern haben sich meist „gesetzlich eingerichtet“, so daß der Gerichtsvollzieher immer vergeblich seines Amtes wollte und die Kasse zu dem Verlust der Beiträge auch noch die Kosten der Beitreibung zu tragen hat. Diese Herrschaften sind es auch, die bei jeder Gelegenheit den Mund weit aufreißen über die „Mißwirtschaft“ der Kassenverwaltung, obgleich durch ihre betrügerischen Manipulationen der Kasse jährlich Tausende von Mark verloren gehen. Vor dem Landgericht München I hatten sich am Mittwoch wieder drei dieser faulen Kunden wegen eines Vergehens gegen das Krankenversicherungsgesetz zu verantworten. Der Installationsgeschäftsinhaber Hermann Thum hat vom November 1903 bis August 1905 den bei ihm beschäftigten Arbeitern wohl die Krankenversicherungsbeiträge abgezogen, aber für sich verwendet. „Kantons pfändbarer Objekt mußte von einer Pfändung Abstand genommen werden“, konstatierte der städtische Amtsvollzieher. Der an ihn gerichteten Aufforderung, die Beiträge jeweils nach jeder Lohnperiode sofort an die Kasse abzuliefern, leistete der Angeklagte keine Folge. Die Kasse ist um 22,42 M. geschädigt. Thum verlegte sich in der Verhandlung auf Winkeln und kam mit einer Geldstrafe von 20 M. (1) oder 2 Tagen Gefängnis davon. — Der Möbelhändler Siegfried Dangelzer beschummelte die Ortskrankenkasse insgesamt um 27,92 M. Der Amtsvollzieher machte die gleiche Konstatierung im Pfändungsprotokoll wie oben. Es wurde Anzeige erstattet, ein Tag vor der Verhandlung hat er schnell die Rückstände beglichen. Er wurde vom Gericht mit 10 M. prämiert, pardon „bestraut“. — Der dritte im Bunde, der Elektrotechniker Georg Holl blieb seit dem Jahre 1903 mit 39,74 M. im Rückstande. Er hat schon zweimal den Offenbarungseid geleistet; der Amtsvollzieher pfändete Möbel; auf die erhobene Widerspruchslage seiner Ehefrau mußten die Möbel freigegeben werden; es wurde allmonatlich eine Pfändung vorgenommen. Der Amtsvollzieher mußte aber immer in das Protokoll den Vermerk machen: Pfändbare Objekte nicht vorhanden! Als Anzeige erstattet wurde, zahlte er an die Kasse die den Arbeitern abgezogenen Zweidrittel der Beiträge, das ihn als Arbeitgeber treffende Drittel hielt er zurück, weil, wie er sagte, sich die Kasse „geirrt“ habe. Die Kasse ist um circa 13,24 M. geschädigt. Urteil: 20 M. Geldstrafe oder 3 Tage Kasten. — Diese „Strafen“ werden auf die faulen Kunden der Ortskrankenkasse nicht besonders abschreckend wirken, vielleicht als „Prämien“ für Kassenbetrug erachtet werden.

Stiller als Arbeitgeber.

Der „Verein für innere Mission“, über dessen Verhalten gegenüber dem Handlungsgehilfen Eggert wie gelegentlich der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht berichtet, beteuerte in der Stiller-Presse, daß er keine Unschuld in der erneuten Verhandlung beweisen wird. Jetzt ist aber der Verein dieser Verhandlung aus dem Wege gegangen, indem er sich in aller Stille mit dem Kläger E. verglichen hat und zwar kurz vor der Vernehmung des Landrats v. Orning, auf den sich der Kläger als Hauptbelastungsgenosse stützte. Von der Vernehmung des Zeugen ist nun seitens des Kaufmannsgerichtes Abstand genommen und der für den Dezember anderannte Verhandlungstermin aufgehoben worden.

Aus Industrie und Handel.

Brauereiergebnisse.

Die meisten Brauereien haben für das abgelaufene Jahr gut abgeschlossen. Und da sie es verstanden haben, die durch die neue

Poll- und Steuerpolitik erstochenen Mehrklassen in der Hauptfrage auf die Konjunktur abzutun, ja in manchen Fällen die Biersteuerung die Mehrbelastung sogar übertrug, dürfen die Brauereibesitzer auch für die Zukunft mit gleichen — bescheidenen Erträgen rechnen. Für die letzten fünf Jahre ergaben sich die Resultate:

	Millen- kapital in Mill. M.	Rein- gewinn in M.	Abzehr- ungen in M.	Zantieme, Kontofat., Unterf. in M.	Divi- dende in Proz.
Bayerisches Brauhaus	1901/02 1,50	124 105	72 840	15 662	6 1/2
	1902/03 1,50	125 255	77 830	16 136	6 1/2
	1903/04 1,50	124 300	62 664	15 879	6 1/2
Pforzheim A.-G.	1904/05 1,50	119 814	52 042	11 859	6 1/2
	1905/06 1,50	119 492	78 638	11 856	6 1/2
Brauerei Binding	1901/02 3,0	829 958	258 880	128 458	13
	1902/03 3,0	852 889	275 061	135 098	13
	1903/04 3,0	875 402	275 199	148 731	13
Franfurt a/M.	1904/05 3,50	754 051	311 246	127 118	13
	1905/06 3,50	818 319	390 996	122 270	13
Schultheiß Brauerei A.-G.	1901/02 12,0	1 608 490	1 358 700	295 085	14
	1902/03 12,0	2 069 537	1 477 904	298 275	15
	1903/04 12,0	2 741 164	1 590 476	267 418	16
	1904/05 12,0	2 211 378	1 618 440	300 852	18
	1905/06 12,0	2 800 575	1 556 912	338 094	18

Zwar haben alle drei Gesellschaften ihre vorletzte Dividende behauptet, auch ist überall die Summe des Reingewinns zusätzlich Abzehrungen gestiegen, aber bei der größten Gesellschaft ist die Zunahme relativ am allerstärksten. Und ein anderes Bild ergibt sich, wenn man z. B. das Jahr 1902/03 mit dem letzten Geschäftsjahr in Vergleich stellt. Es ergeben sich dann nämlich folgende Resultate:

	Bayerisches Brauhaus	Brauerei Binding	Schultheiß Brauerei
Summe Reingewinn und Ab- zehrung 1902/03	203 094	1 127 490	3 547 441
1905/06	196 130	1 209 315	4 357 787
mehr + oder weniger — in Proz.	- 3,42	+ 7,79	+ 22,86

Die Brauerei Binding hat in der angegebenen Zeit ihr Aktienkapital um 1/2 Mill. Mark erhöht. Das berücksichtigt, ergibt sich für 1905/06 ein nur wenig erhöhtes Maß; das Bayerische Brauhaus hat seine Obligationsschuld von 0,33 Mill. Mark auf 0,81 Mill. Mark verringert, die Schultheiß Brauerei dagegen reduziert diese Position von 2,02 Mill. Mark auf 1,78 Mill. Mark. Unter diesem Gesichtswinkel gewinnt die Gewinnziffer dieser Gesellschaft noch etwas. Für das letzte Jahr ergaben sich pro Hektoliter Produktion:

	Brutto- Einnahme in M.	Rein- gewinn in M.	Abzehr- ungen in M.	Arbeits- lohn in M.	Dividende Zantieme in M.
Brauerei Binding	18,44	2,62	1,25	1,97	1,76
Schultheiß Brauerei	20,93	2,28	1,27	?	1,83

Bei der Brauerei Binding stellt sich der pro Hektoliter erzielte Reingewinn etwas höher als bei der Schultheiß Brauerei, trotzdem kommt bei dieser ein höherer Satz für Abzehrungen und Dividende heraus. Das resultiert daher, daß die Brauerei Binding außer den ordentlichen Abzehrungen nochmals 209 720 Mark aus dem Reingewinn zu außerordentlichen Abzehrungen verwendet hat. Der Bericht der Schultheiß Brauerei läßt leider jede Angabe über Löhne vermissen. Auf eine Mark Bruttoeinnahme entfällt bei der

Dividende u.

	Reingewinn in M.	Zantieme in M.	Abzehrungen in M.
Brauerei Binding	0,142	0,100	0,0677
Schultheiß Brauerei	0,113	0,118	0,0629

Das Verhältnis des Lohnes zum Geschäftsergebnis wird bei beiden Brauereien ziemlich gleich sein. Demnach hätte jeder Brauereiarbeiter für jede Mark Lohn, die er erhält, auch fast denselben Betrag für Dividende und Zantieme aufzubringen, während der aufzubringende Reingewinn den Lohnbetrag erheblich übersteigt. Den Arbeitern möchte man gerne vorreden, daß er dankbar und zufrieden sein müsse, wenn ihm von den hohen Erträgen ein paar Wohlhabensbröckchen zufallen. Was die ganze Wohlthätigkeit bedeutet, in welcher Weise die Arbeit dem Kapital tributpflichtig ist, ergeben obige Ziffern.

Charlottenburger Wasserwerke. In dem Bewußtsein, eine wichtige — Arbeit erleben zu müssen, waren die Aktionäre der Charlottenburger Wasserwerke zu einer Generalversammlung erschienen. Man genehmigte den Bericht der Verwaltung und gab Einwilligung zu folgenden Vorschlägen. Von dem Erlös aus den verlaufen Anlagen werden abgezogen: Vertragsmäßige Zantieme, 6 000 000 Mark als Einzahlung auf die neuen Aktien (diejenigen Aktionäre, die das Bezugsrecht nicht ausüben, genießen dafür eine Extradividende von 3 1/2 Proz.), 150 000 M. Unkosten, 500 000 M. Reservefonds, 150 000 M. Personalfonds, 895 000 M. außergewöhnliche Steuerreserve, 875 000 M. Zantieme für den Aufsichtsrat. Der dann noch verbleibende Rest von circa 4 1/2 Millionen Mark soll der ordentlichen Generalversammlung zur Verwendung reserviert bleiben.

Die Oberflächler melden sich auch. Wie das „D. L.“ erzählt, ist in der Hauptversammlung der oberflächlichen Kohlenkonvention beschlossen worden, die Preise für Staubkohlen um 50 Pf. und für Klein-Gries und Förderkohle um 30 Pf. ab 1. Januar zu erhöhen. Das wäre im Hinblick auf die Erhöhungen, die das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat vorgenommen hat, ja ziemlich bescheiden, aber es soll per 1. April 1907 eine weitere Preisregulierung nach oben folgen. Jedenfalls wird man dann die notwendige Harmonie mit den Verkaufspreisen des Kohlenyndikats herstellen.

Anpassungsfähig. Die Unternehmungen für Gewinnung von Eisenrindern und Lokfabrikanten in Ungarn schlossen sich zu einem Kartell zusammen und — erhöhten den Preis pro Waggon Rinde um 200 M., soweit es sich um Auslandsverläufe handelt. Für den Inlandsverbrauch wurde eine wesentlich geringere Erhöhung festgelegt. Das ist eine neue „Erleichterung“ für die deutsche Lederindustrie, die sich schon des Quebrachozollens erfreut.

Erhöhung der Seifenpreise in Bayern. Weil die wichtigsten Zellmaterialien außerordentlich hoch im Preise gestiegen sind, auch die sonstigen Selbstkosten sich erhöht haben, beschloßen die bayerischen Seifenfabrikanten eine Preisberaufsetzung für ihre Erzeugnisse.

Dividenden. Die Norddeutschen Spirituwerke sollen für das letzte Jahr 10 Proz. abstoßen. — Der Aufsichtsrat der Brauerei Königsstadt schlägt die Verteilung von 7 Proz. vor. — 5 Proz. werden für die Aktionäre der Ballhorn-Brauerei Braunschweig in Vorschlag gebracht. — Die Saugener Brauerei schlägt 9 1/2 Proz. vor. — Die Aktien-Gesellschaft für Württemberg in Striegnau schlägt 9 Proz. aus. — Die Papierfabrik der Doppelten Aktien-Brauerei sollen 6 Proz. erhalten. — Der Aufsichtsrat der Stärkezuckerfabrik A.-G. Frankfurt a. D. schlägt vor, 18 Proz. zu verteilen.

Aktionärsverein für den Wahlkreis Pannberg-Goldin. Versammlung heute Freitag im Gewerkschaftshaus, Saal 2. Abends 8 1/2 Uhr. Gäste willkommen.

Feier- und Diskussionsabend Johann Jacoby. Heute Abend 8 1/2 Uhr, bei Wagg, Rasthaus-Allee 95/96, Sitzung.

Verein für die Interessen der Handwerker. Unterhaltungsabend Sonntag, den 18. November, bei R. Rüchig, Steglitzerstr. 35. Vorträge und Tanz. Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Feier- und Diskussionsabend „Norddeutsche“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Korf, Gildengasse 18, Sitzung.

Wasserbau am 15. November. Höhe bei Müggig — 1,25 Meter, bei Dresden — 1,23 Meter, bei Regensburg + 0,95 Meter. — In Frankfurt bei Straußfurt — 1,25 Meter. — Oder bei Ratibor 1,08 Meter. — Rheinmündung + 1,27 Meter. — Oder bei Bries + 1,70 Meter. — Oder bei Weiden Unterpögel — 1,50 Meter.

VI. Wahlkreis!

Sonntag, den 18. November, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Fritz Zubeil** über: „Agitation, Kirche und Religion“. 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.

Telephon: Amt III Nr. 5028.

Sonntag, 18. November, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Reuthstr. 20:

Mitglieder-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: „Die Urgeschichte der Menschheit.“ Referent: Genosse **Max Schütte**. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand. V. A.: Albert Zuppenhah.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.

Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 18. November, vorm. 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission in der Angelegenheit B. u. L. 2. Kassenericht vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl der Revisoren. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonnabend, den 17. November, abends 8 Uhr, im Lokale von Fritz Schüler, Köpenick, Hohenzollernplatz:

Bezirksversammlung für Köpenick und Friedrichshagen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Karl Schmidt** über: „Krankenversicherung.“ (II. Teil) 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am 18. November, vormittags um 9 Uhr, und am 2. Dezember, nachmittags um 4 Uhr, finden

Urania - Vorstellungen

statt. Zur Aufführung gelangen

am 18. November: „Die Wollkande“ und am 2. Dezember: „Sizilien“. Billets zum 18. November sind nur noch auf dem Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben. Die Billets zum 2. Dezember sind vergriffen.

Die Ortsverwaltung.

Montag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Kessler, Koppenstraße Nr. 29.

Tagesordnung: Kassenericht, Bericht des Vorstandes, der Arbeitsvermittler und des Oblotbetriebs, Bericht der Werkstattdirektoren und der Schlichtungskommission, Verbandsangelegenheiten.

Zutritt nur mit Mitgliedsbuch.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 18. November 1906, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Welche Forderungen gedenken wir an die Reichsregierung zu stellen? 2. Stellungnahme zum Tarif. 3. Verschiedenes und dänisches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Zentralverband der Asphalteure, Pappdachdecker usw. Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Hauskassierung. 2. Der Lokaltarif für 1907. 3. Verbandsangelegenheiten.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg. Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, 18. November, vorm. 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Diskussion über den Zusammenschluß der Verbände. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Zentralverband des techn. Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonnabend, 17. November, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 18. November.

1. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Schenkerdorf. Start: Pflanzstr. 59.
2. Abt. früh 7 Uhr nach Ludenwalde, nachmittags 1 1/2 Uhr nach Großbeeren (Nichtenswäldchen). Start: Uckerstr. 7.

3. Abt. früh 8 Uhr nach dem Hefenpark, nachmittags 1 Uhr nach Buch (Schloßparkhaus). Start: Nationalplatz.

4. Abt. nachmittags 2 Uhr nach Friedrichshagen (Baldplatz). Start: Küstrinerplatz.

5. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Steglitz (Wiesenwäldchen). Start: „Ullstam“.

6. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Biesenthal (Schützenhaus). Start: Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).

7. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Schulzenhof (Wälder). Start: Köpfliner Hof.

8. Abt. nachmittags 2 Uhr nach Baumgartenweg. Start: Bahstr. 8.

9. Abt. nachmittags 1 Uhr: Bohlen wird am Start: Schillingstraße 22 bekanntgegeben.

Mittwoch, 21. Novbr. (Ruhtag):
1. Abt. früh 8 Uhr nach Raven, nachmittags 1 1/2 Uhr nach Spandau (Kamer).
2. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Strausberg (Zungriger Wald).
3. Abt. vormittags 10 Uhr Streifzüge durch den Grünemal, nachmittags 1 Uhr nach Schildhorn.

4. Abt. mittags 12 1/2 Uhr nach Gdardoltenburg, Besichtigung der Arbeiterwohlfahrt-Ausstellung (Donnerstag, den 22.: Abteilungsversammlung).
5. Abt. nachmittags 1 Uhr: Bohlen wird am Start bekanntgegeben.

6. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Hefenpark.
7. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Hefenpark.
Starts wie am Sonntag.

Am 25. Nov. (Totensonntag) in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 24:

Großer Lichtbilder-Vortrag.

Anfang abends 7 Uhr. Billets a 20 Pf. sind bei den Abteilungsleitern zu haben.

Oscar Arnold

Hüte, Mützen und Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 110 (kein Laden).

Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Preisen, circa 100 verschiedene Sorten Kollars und Stolas in allen modernen Pelzarten.

Großes Lager in Muffen, Kinder-Garnituren, Herren und Knaben-Kragen und Pelzmützen.

Am 25. Nov. (Totensonntag) in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 24:

Anfang abends 7 Uhr. Billets a 20 Pf. sind bei den Abteilungsleitern zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Schlafröcke

Die Freude aller Ehemänner u. Junggesellen.
Angenehmster Schutz gegen Erkältung.

Ungemein reichhaltige Sortimente in molligen, warmen Stoffen. Hübsche Fassons mit schönen Besätzen.



Nur eigene Erzeugnisse

40.— 30.— 27.— 7 65
21.— 15.— 12.— 7 M.

Herrn - Morgenröcke 7 50

Schöne Schlafrockstoffe mit Besätzen
30.— 24.— 18.— 12.— 7 M.

Winter-Joppen Warm gefüttert.
Breiter Brust-

überschlag. 24.— 21.— 18.— 6 M.
15.— 12.— 9.—

Pelz-Joppen Durchweg mit Pelz. 15 M.

50.— 40.— 36.— 27.— 15 M.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (Schlafröcke, Joppen) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 18. d. M., von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20:

Wahl der Delegierten zur Ortskasse der Schneider.

Unsere Liste beginnt mit dem Namen „Wde“ und endet mit dem Namen „Zähler“.

Auf zur Wahl!

Arbeiter! Parteigenossen! Veranlaßt Eure Frauen und Töchter, daß sie zur Wahl gehen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Buchbinder-Gewerbe und verwandte Berufe befindet sich nach wie vor
Rückerstr. 9 III. Telefon: Amt III, 3791-3797.

Die Prinzipale, Arbeiter und Arbeiterinnen werden hierdurch nochmals auf das Fortbestehen dieser bewährten Einrichtung aufmerksam gemacht und ersucht, nur diesen paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Vermittelt werden männliche und weibliche Personen für das Album-, Goldschnitt-, Papier- und Leder-galanterie-, Etui-, Kontobuch-, Kartonnagen- und Lagenpapier-Gewerbe.

Vermittlungszeit für weibliche Personen vom 9-10 1/2 Uhr. 10 1/2-11 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Eingreifen oder Revolution!

Die Frage der Lebensmittelerzeugung muss in allen Parlamenten aufgerollt werden und zum Eingreifen Veranlassung geben.

Unter Eingreifen versteht sich von selbst Kauf von Lebensmitteln, denn die jetzige deutsche Ausfuhrpolitik führt direkt zum Lebensmittelmangel, zu enormen Preissteigerungen, zur Hungersnot, zur Revolution in Deutschland.

Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge im Wirtschaftsleben interessiert, verlange Proestlers Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. Vollständige Ausgabe in besserer Ausstattung M. 2.—, Teil- und Volksausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Komm. Otto Weber, Leipzig), woselbst auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der Broschüre, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, portofrei zu beziehen.

Spezial-Hut-Engros-lager. Neueste Moden der Saison

in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeau claque.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntag geöffnet! Neue Königstraße 48, I Treppe, drittes Haus vom Alexandersplatz.

Spandau. Allgem. Orts-Krankenkasse.

Montag, d. 26. Nov. 1906, abends 8 Uhr, im Viktoriagarten, General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission.
2. Neuwahl zum Vorstand,
a) 4 Arbeitnehmer,
b) 2 Arbeitgeber,
c) Ersatzwahl, 2 Arbeitgeber.
3. Statutenänderung.
4. Verschiedenes. 278/16

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Aufgepaßt!

Noch immer die bill. Bezugsquelle für Monats-Anzüge, Winter-Paletots u. Hosen, von Reisenden und feinsten Kavaliereu angelehnt, ebenso neue, sehr schick u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmuskeln vorhandene Herren- und Knaben-garderoben.

Große Auswahl in Winter-paletots u. warme Winter-joppen. Ein gr. Post. einzelne Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Zu haben bei

Moldauer Pringelstraße 64 Ute Kamenstraße, im Laden.

Cigarren

In jeder Preislage von 25.00-450.00 M. p. mille zu Engros-Preisen.

Reinhard Hellmich, jetzt Friedrichstr. 105, 1. Illustrierte Preisliste gratis und franko. Kein Laden.

Begründet 1873. Neueste Moden der Saison

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntag geöffnet! Neue Königstraße 48, I Treppe, drittes Haus vom Alexandersplatz.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Der Vorstand. R. Appoldt, Vorsitzender.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis! Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 18. Dezember, statt. Eventuelle Anträge erüchten wir fröhlich einzuziehen.

Charlottenburg. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, Vortragabend über „Einführung in die Ideen des Sozialismus“. Der Zutritt findet jeden Freitag statt und ist die Teilnahme unentgeltlich.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß am Mittwoch, den 21. d. M. (Vortag) der fünfte Bezirk eine Herrenpartie nach Wetzlar werden veranstaltet. Abmarsch vormittags 9 Uhr von Bartsch, Seisenheimerstr. 11. Zahlreichem Erscheinen aller Bezirke sieht entgegen.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 17. d. M., sein Stiftungsfest im Lokale „Hoffelwerder“ ab und erwartet, daß sich die Genossen recht rege an diesem Feste beteiligen.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 17. November, abends 9 Uhr, im Restaurant „Wilhelmsbad“, Seefröße 45: Monatsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine über: „Unser Koalitionsrecht und der Paragraf 153“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Wie stellen sich die Parteigenossen zur Koalition der Konfessionsbewohner? 5. Verschiedenes. — Gäste, auch Frauen, sind willkommen.

Achtung! Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Max Giese in Frederdorf eine Volksversammlung statt. Thema: „Fleischnot und Volkswucher“. In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Trebbin (Kreis Teltow). Am Sonntag, den 18. November, früh 8 Uhr, findet für die Stadt und die beiden Landbezirke Flugblattverbreitung statt. Die Adressen der beiden Landbezirksführer sind: Hermann Röthe, Bahnhofstr. 52a, Franz Faustmann, Parkstraße. Pünktliches Erscheinen der Genossen ist unbedingt notwendig.

Die Wahlvereinsversammlung ist um acht Tage verschoben auf Sonnabend, den 24. November. Zu derselben ist wieder ein Referent gewonnen worden.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird nicht mehr in der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Bellealliance, Durchgang auch Lindenstraße 101).

Wir bitten unsere Genossen, davon gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Vielsachen Wünschen der Leser des „Vorwärts“ im Zentrum und Westen von Berlin entsprechend, haben wir drei weitere

Partei-Expeditionen

Mauerstraße 89, Hof geradezu (Laden), Auguststraße 50, Eingang Joachimstraße (Laden), Bülowstraße 52, Hof parterre

errichtet. Abonnements auf den „Vorwärts“ sowie Inserate werden daselbst jederzeit entgegen genommen.

Haupt-Expedition des „Vorwärts“.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung brachte uns die Einführung des kürzlich zum Stadtverordneten gewählten Genossen Dupont. Die sozialdemokratische Fraktion ist nun wieder in ihrer bisherigen Stärke von 35 Mitgliedern vollzählig beisammen.

Der Magistrat hatte gestern keinen sehr glücklichen Tag: mehrmals vereinigt sich fast alle Gruppen der Versammlung in einer scharfen Kritik seiner Vorschläge und Maßnahmen. Dem Plan, das Chauffeurhaus-Grundstück in der Prenzlauer Allee zu verkaufen, wurde nicht zugestimmt. Ein Redner der „Alten Linken“, Herr Fährdrich, eröffnete den Reigen und rief vom Verkauf ab. Gegen diesen Plan erklärte sich selbstverständlich auch die sozialdemokratische Fraktion. Genosse Arons nannte ihn „unbegreiflich“ und wies hin auf die Notwendigkeit, den Grundbesitz der Stadtgemeinde nicht an Spekulanten zu verschleudern, sondern ihn festzuhalten und zu mehren. Herr Stadtrat Ramskau witzelte, es widerspreche allerdings den Anschauungen der Sozialdemokratie, daß die Stadt Grundstücke weggebe, aber diese Anschauungen hätten doch vorläufig noch nicht allgemeine Geltung. Es half ihm nichts: die Vorlage wurde abgelehnt.

Für eine Umgestaltung, die im Birchow-Krankenhaus in der geburtsärztlichen und gynäkologischen Abteilung vorgenommen worden war, ohne daß der Magistrat hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung eingeholt hatte, wurde jetzt um nachträgliche Zustimmung ersucht. Sie mußte nach Lage der Sache erteilt werden, aber als Zugabe bekam der Magistrat eine tüchtige Portion Vorwürfe. Neben Herrn Cassel schalt der Vorsteher Vangerhans auf die Kurzsichtigkeit der Verwaltung. Dem Stadtrat Weigert, der eine Reduktion versuchte, erwiderte Genosse Singer, ein Kuhn sei das allerdings für die Verwaltung nicht. Singer betonte das Geldbewilligungsrecht der Versammlung, das der Magistrat gewissermaßen zu beachten habe.

Mit dem Bau der Abdeckerei, der nun bei Rüdny geplant ist, soll sofort begonnen werden. Zu dem vorgelegten Bauplan stellte Genosse Wehl die Frage, ob man denn schon die Konzession habe. Stadtrat Fischbeck versicherte, die werde man kriegen, diesmal sei sie der Stadt sicher. Herrn Fischbecks Zuerst hat in dem Streit um die anfangs bei Schildow geplante Abdeckerei sich schlecht bewährt.

Weibliche Volkstänzer

sind der neueste Typ im Straßenleben Berlins. Es sind vorläufig zwölf solcher „Tänzerinnen“ angeheiratet worden, die besonders im Zentrum und Süden die Aufmerksamkeit der Straßenspektanten erregen. Wie uns nun aus den Reihen des Volkstänzer-Perfektors mitgeteilt wird, dürfte diese Keuerung im Betriebe der Firma Volkstänzer weniger idealen Motiven als vielmehr dem Eigennutze des Inhabers entspringen sein. Unter den Mitstachlern der Firma machte sich bekanntlich seit einiger Zeit eine starke Unzufriedenheit mit der niedrigen Entlohnung, der schlechten

Behandlung und nicht zu vergessen mit dem rigorosen Vorgehen des Straßentanzes geltend. Infolgedessen hatten viele Tänzer den Weg zur Organisation gefunden. Die Organisation aber beantragte das fromme Gemüt des Herrn Volke nun fortwährend. Was konnte auch alles für Unheil im Betriebe angerichtet werden, wenn „eine“ Tänzerin und Arbeiter etwa alle organisiert wären! Vor allen Dingen würden sie bald eine anständigere Bezahlung verlangen — macht natürlich pro Jahr so und so viel Profit weniger. Dann würden sie auch eine etwas weniger „militärische“ Behandlung nebst Einschränkung der willkürlich vorgenommenen Strafgebühren fordern — dadurch könnte aber wieder die gegenwärtig so mustergültige Disziplin unter dem Personal erschüttert werden. Das darf heileide nicht geschehen. Flugs entläßt er 20, 30 organisierte Tänzer, um ein christliches Exempel zu statuieren. Da er aber trotzdem nicht sicher ist, ob das „Gift“ der Organisation nicht schon weiter unter seinen Tänzerinnen um sich gefressen habe, kommt ihm vom Himmel plötzlich die Erlösung, anstatt der vom Gift der Unzufriedenheit angegriffenen männlichen Wagenlenker allmählich weibliche Tänzer „heranzubilden“. Weshalb sollte auch Klingel-Volle in der Ausübung der weiblichen Arbeitskraft hinter anderen mindestens ebenso frommen Arbeitgeberinnen zurückbleiben. Er hat obendrein noch das Verdienst, der Frau ein ganz neues Arbeitsverdienst eröffnet zu haben. Also fröhlich, den Anfang gemacht! Die Aufseherin steht dem Mädel gut; keine und Peitsche handhabt es schon vorzüglich, und — Perdeputen, Wagenlenker und Geschirrführer werden es bald lernen. Lohn gibts natürlich weniger, wie für die männlichen Tänzer. Und das ist ja auch die Hauptsache bei dem Geschäft. Ob es nicht aber geradezu frivol ist, ein Mädelchen auf solche Art den Gefahren des großstädtischen Straßenverkehrs auszuweihen, darüber scheint sich der fromme Herr Volke vorläufig keine Gewissensbisse zu machen. In einem aber dürfte sich Herr Volke jedoch täuschen, nämlich in dem Glauben, daß mit der Einführung weiblicher Tänzer auch ein für allemal die Organisation aus seinem Betriebe verschwindet. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß die Arbeiterinnen, soweit sie zur Erkenntnis ihrer Minderwertigkeit gekommen sind, dem selbstherrlichen Unternehmertum gegenüber mindestens ebenso energisch ihre Interessen zu vertreten wissen wie die Männer. Sehr leicht möglich also, daß sich Herr Volke also in seiner Rechnung diesmal gründlich verpekelt.

Nähezu 119 1/2 Millionen Fahrkarten sind nach der soeben erschienenen Verkehrs-Statistik der Königl. Eisenbahndirektion Berlin in der Zeit vom 1. April 1905/6 auf den Stationen des Bezirkes verkauft worden. Es bedeutet dies eine Verkehrszunahme um mehr als 10 Proz. (den durchschnittlich angenommenen Satz), denn im Vorjahre betrug die Zahl der verkauften Fahrkarten 107 1/2 Millionen und vor zwei Jahren nur 97 1/2 Millionen. Auch diesmal hat der Stadt- und Fernbahnhof „Friedrichstraße“ in der Frequenzliste seinen ersten Platz behauptet; es wurden hier 7,7 Millionen Fahrkarten gelöst (gegen 6,7 Millionen im Vorjahre). Ihm folgen die Stationen Alexanderplatz mit 5,7 (5,1), Schleißer Bahnhof mit 5,5 (5,1), Zoolog. Garten 4,1 (3,9), Bellevue 3,5 (3,2), Börse 2,9 (2,8), Charlottenburg 2,7 (2,4), Janowischbrücke 2,4 (2,1), Savignypfad und Lehrter Stadtbahnhof mit 2,2 (2,1) Millionen. An der Spitze der Fernbahnhöfe steht der Stettiner mit 2,6 (2,4) Millionen Fahrkarten, ihm folgen der Görlitzer (1,9), der Potsdamer (1,4 einschließlich Reisebüro), der Lehrter und Anhalter mit je einer Million. Auf den Ringbahn-Stationen war der Fahrkartenerlös am lebhaftesten am Gesundbrunnen (2,8 Millionen), am Potsdamer Ringbahnhof und Barchanstraße (2,5), auf dem Wedding (2,2), in Stralau-Mummelsburg (1,8), Schönhauser-Allee (1,7 Millionen) usw. und unter den Vorort-Stationen haben Spandau (2,5) und Potsdam (2,04) einen sehr lebhaften Verkehr erfaßt. Auch auf den beiden Rixdorfer Bahnhöfen wurden über zwei Millionen Fahrkarten verkauft, in Groß-Lichterfelde-West und -Ost zusammen sogar 2,2 Millionen, in Nieder-Schöneweide 1,9, in Zehlendorf auf beiden Stationen 1,4 Millionen usw. Recht gute Geschäfte hat auch die Wannesebahn gemacht; hier wurden verkauft in Berlin 8,2, auf Groß-Görschenstraße 1,8, in Friedenau 1,2, in Steglitz 2,2 Millionen Fahrkarten. Zurückgegangen ist die Frequenzliste auf den Stationen Halensee, Grunewald, Bannewitz, Neubabelsberg, ferner in Spindlersfeld und Oberspre, sowie auf den nördlichen Stationen Buch, Hermannsdorf und Krennen, obgleich sonst überall, auch im Norden (namentlich in Pankow, Nordbahn, Reinickendorfer-Rosenthal usw.) eine recht erhebliche Verkehrszunahme zu verzeichnen ist.

Zur Bewältigung des Ringbahnverkehrs am Totenfest (Sonntag, den 25. d. M.) läßt die königliche Eisenbahndirektion Berlin auf dem Nord- und Südring die folgenden Volkring-Füge besetzen: ab Westend-Jungfernstraße usw. (Wedding) 11¹⁵, 11⁴⁵ vormittags und 12¹⁵, 12⁴⁵ nachmittags; ab Westend-Halensee usw. (Südring) 11¹⁵, 11⁴⁵ vormittags und 12¹⁵, 12⁴⁵ nachmittags.

Der Verein zur Beförderung der Strafgefangenen beabsichtigt die Unterbringung jugendlicher Strafgefangener in den Seebädern. Vorläufig sollen die Pfleger auf Privatsegelbooten unter besonders ausgewählten tüchtigen Kapitänen ausgebildet werden. Auch die städtische Waisenverwaltung hat bereits den Versuch gemacht, Pfleger für den Seebadendienst auszubilden zu lassen und zwar für den Hochseefischerbetrieb. Soweit uns bekannt, herrscht in diesem Berufe, der durchaus kein so leichter sein soll, eine unerhörte Ausbeutung und es ist dringend zu verlangen, daß bei der Auswahl der Stellen die größte Vorsicht angewendet wird. Die Waisenverwaltung verspricht sich aber nur dann einen Erfolg, wenn diese Schiffsjungen nach beendeter Lehrzeit auch als Matrosen für große Fahrt zugelassen werden. In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Vereins erstattete Präsident Braun das Referat über das Ergebnis der Beratungen der zu diesem Zweck gebildeten Kommission. Die Kommission war der Ansicht, daß es schon ethische Momente wünschenswert erscheinen lassen, Fürsorgepfleger im Seebadendienst auszubilden zu lassen. Ein schwieriger Punkt ist allerdings der finanzielle; doch haben dem Vereine mehrere hundert Mark pro Jahr für den genannten Zweck zur Verfügung. Zudem erhalten die Schiffsjungen sofort ein monatliches Taschengeld, so daß sie imstande sind, die vom Verein gemachten Aufwendungen an Ausrüstung und eventuellen Prämien an den Kapitänen zurückzuerhalten. Außerdem soll versucht werden, einen Spezialfonds für diesen Zweck der Vereinsmitglieder zu schaffen. Der Antragsteller Pastor Diesel, der aus eigenen Mitteln schon mehrere Fürsorgepfleger auf Seeschiffen untergebracht hat, bemerkte, daß er sich auch bereits mit der städtischen Waisenverwaltung ins Einvernehmen gesetzt habe. Nach längerer Erörterung beschloß die Verwaltung, die Unterbringung jugendlicher Straftatläufer für den Seebadendienst in sein Arbeitsfeld aufzunehmen, wählte Pastor Diesel zum Vertrauensmann, seinen Amtsgenossen Herrert Firsich zum Stellvertreter und setzte eine jährliche Summe für den gedachten Zweck aus.

Sämtliche städtische Markthallen erhalten jetzt auch Außenbeleuchtung, damit sie auch von außen mehr kenntlich gemacht werden und dadurch das Publikum auf die Hallen hingewiesen wird. Bei der Markthalle in der Andreas- bzw. Kraußstraße und Grüner Weg sind 2. B. die Fronten der Vorderhäuser, die Eingänge und Böse durch elektrische Vogenlampen jetzt gut beleuchtet, außerdem ist in der Andreasstraße ein Reflektorschild angebracht, dessen Buchstaben aus 120 Glühlampen bestehen, die ihren Zweck erfüllen. Zu dem Vorfall in der Unfallstation in der Lindowstraße geht uns von dem dortigen Arzt folgendes Schreiben zu: „Bei dem betr. Patienten waren weder Brandwunden noch Brandblasen noch Brandhorst in der mittleren Fläche der Handhölle

vorhanden. Ich veranlaßte den Patienten, sich die Hand mit kühlem Wasser zu betreiben, ein Verfahren, das bei derartigen Fällen durchaus nützlich ist. Die Schmerzlinderung gab der Patient auch selbst zu. Ich überließ es ihm dann, so lange zu kühlen, als es ihm wohlthat. Da er fortzugehen wünschte, verließ ich die Hand mit einem Deckverband und mit einer Armbinde durch Hochhaltung der Hand. Da ich voraussetzte, daß Schmerzen wieder eintreten könnten, lagte ich dem Patienten, er möge zu Hause die Kompresse abnehmen, am Leitungswasser anfeuchten und wieder aufliegen, falls die Schmerzen unerträglich würden. Es ist bekannt, daß die Schmerzen bei solchen Verbrennungen erst nach Stunden nachlassen und dann dauernd fortbleiben. Wenn der Patient die Salbe, die er in Rixdorf bekommen, schon hier auf der Station erhalten hätte, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß dadurch die Schmerzen in höherem Maße weder gelindert noch abgeklärt worden wären. Daß die Unfallstation in der Lindowstraße mit allen notwendigen Mitteln für Brandwunden usw. ausgerüstet ist, davon kann sich jeder Sachverständige überzeugen.“

Die hier gemachten Darlegungen scheinen und nicht geeignet, den in unserem Blatte geschiederten Sachverhalt zu erläutern. Insbesondere wird auch gar nicht bestritten, daß der Verletzte (Innendarm) an der Wasserleitung in der Lindowstraße stehen mußte. Der Patient hat auch nicht, wie in der Beschriftung des Arztes steht, eine Armbinde, sondern, wie er uns mitteilt, nur einen feuchten Verband erhalten, als er entlassen wurde. Auch hat er ausdrücklich nach einem anderen Mittel, als nach Kühlen mit Wasser, verlangt.

In der eigenen Wohnung gefesselt und beraubt. Die 73 Jahre alte Witwe Konopaki, die in der Bellealliancestraße 7a wohnt, wurde gestern in ihrer Behausung von zwei Männern überfallen, gefesselt und beraubt. Frau Konopaki erkrankte sich durch Zimmervermiethen. Gestern mittags um 11 1/2 Uhr kamen zwei Männer, um sich eine Stube anzusehen. Der eine, etwa 25 Jahre alt, nannte sich Arbeiter Schulz, der zweite war etwa 18 Jahre alt und sah aus wie ein Schiffer. Kaum hatten sie ihr Anliegen vorgebracht, als beide über die Frau herfielen und ihr mit einem Lederteiemen die Hände auf den Rücken fesselten. Durch Trübsungen eingeschüchtert, ließ die Greisin die Räuber gewähren. Sie plünderten die Wohnung und fanden zwei Ränkel und etwas Geld. Eine Befolgung der Räuber blieb erfolglos.

Ein überraschendes Ergebnis haben die Ermittlungen zur Aufklärung der Liebestragödie in der Kobalitzstraße 8 gehabt. Danach hat allem Anschein nach die Dora Markus, die von ihrem Geliebten, dem Studenten der Medizin Erwin Rumb, ausgehoben sein wollte, diesen niedergeschossen und hat sich dann selbst den ungefählichen Schuß beigebracht.

Die Markus hatte behauptet, ihr Geliebter habe sie mit dem Revolver in der Hand gezwungen, Abschiedsbriefe zu schreiben. Es fiel auf, daß sie nicht schon hierbei um Hilfe gerufen, sondern damit gemartet hatte, bis alles vorüber war. Nun ist aber von den angeblich durch die Drohung erzwungenen Abschiedsbriefen nicht ein einziger zum Vorschein gekommen. Ebenso wenig von den anderen Abschiedsbriefen, die Rumb geschrieben haben sollte. Es ist auch festgestellt, daß der Revolver, aus dem alle Schüsse abgefeuert wurden, nicht dem Studenten, sondern der Markus gehörte. Rumb hat nie eine Waffe besessen. Die Art der drei Wunden, die der Kopf des erschossenen Studenten aufweist, läßt es sehr zweifelhaft erscheinen, daß er selbst auf sich den Revolver abgefeuert habe. Die Kriminalpolizei hat ferner eine sehr verdächtige Äußerung der Markus festgestellt. In einem Café äußerte diese zu mehreren Mädchen, wenn es ihr mit dem neuen Geliebten wieder so gebe wie mit dem ersten, dann schieße sie ihn tot. Hierbei zeigte sie wiederholt ihren Revolver, die Mädchen trauten der Markus durchaus zu, daß ihre Drohung ernst gemeint war. Es ist auch beobachtet worden, wie Dora Markus vor dem verhängnisvollen letzten Abend in mehreren Lokalen auf ihren Begleiter, der augenscheinlich seine Trennungsbefehle ausführen wollte, heftig einredete. Die Leiche des Studenten war zur Vererdigung bereits freigegeben worden. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurde sie jedoch von der Staatsanwaltschaft von neuem beschlagnahmt und soll nun besonders zu einer genauen Untersuchung der Schußwunden obduziert werden.

Die Verlegung des Mädchens ist derart, daß sie sowohl von ihm selbst als auch von einem anderen herrühren kann. Das Verhalten der Markus hat die Kriminalpolizei in ihrem Verdacht bestärkt. Die Verwundete, der das an einem Zahn abgegriffene Gebiß die Wange durchschlug, wurde, wie wir mitteilen, nach der Charité gebracht. Polizeifangene war sie nicht, weil man glaubt hatte, daß Rumb sie erschossen habe. Gestern verlangte sie ihre Entlassung aus dem Krankenhaus, die ihr auch gewährt wurde, obwohl die Verlegung noch keineswegs geheilt ist. Vom Krankenhaus begab sie sich nach ihrer Wohnung, packte dort rasch ihre Habsgüter zusammen und reiste angeblich nach Hannover ab. Jetzt ist sie verschwunden und wird unter dem Verdacht des Mordes verfolgt.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags in der Invalidenstr. Die 22jährige Tochter Hildegard des Dozenten an der Bergakademie und Mitglieds des kaiserlichen Patentamtes, Geheimen Regierungsrats Georg Dreilow, Heidestr. 49, wollte gestern gegen 1 Uhr mittags in der Invalidenstr. Ecke der Heidestraße, den Motorwagen Nr. 2387 der Straßenbahnlinie 11 (Roßb. Görlitzer Bahnhof) besteigen. Der Straßenbahnzug hatte, als die Dame sich nach der Haltestelle begab, diese bereits verlassen und befand sich in ziemlich schneller Infahrt. Fräulein D. versuchte, auf den in der Fahrt befindlichen Wagon zu springen, glitt jedoch von dem Trittbrett ab und fiel so unglücklich zu Boden, daß sie unter die Vorderplattform des Anhängewagens geriet. Der Fahrer brachte zwar den Zug auf eine Entfernung von etwa drei Metern zum Stehen, jedoch konnte nicht verhindert werden, daß das Mädchen unter den Schuhschrauben gellemt wurde. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben und die Unglückliche aus ihrer furchtbaren Lage befreit. Die Verunglückte wurde nach der Charité gebracht, woselbst durch die Ärzte der bereits durch schwere innere Verletzungen eingetretene Tod konstatiert wurde.

Die Berliner Jugendorganisation

tritt in eine umfangreiche Agitation ein. Am Sonntag, den 18. November, nachmittags 2 Uhr finden zwei große öffentliche Versammlungen statt und zwar im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße 23 und in Habels Brauerei (großer Saal), Bergmannstraße 5-7. Die Tagesordnung in beiden Versammlungen lautet:

Der Kampf der freien Jugendorganisation um Anteilnahme an den Gütern der Kultur! Referenten: Rechtsanwalt Dr. Bräse und Schriftsteller Rappenstein.

Die organisierte Arbeiterschaft wird gebeten, durch ihr Erscheinen ihr Interesse an der Jugendorganisation zu bekunden und ihre Söhne und Töchter, sowie die jugendlichen Arbeiter, mit denen sie in der Werkstatt zusammenkommt, auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen.

Rowdies haben gestern die Reibelstraße unsicher gemacht. Gegenseitige Anrempelungen führten zu Messerschereien, so daß die Unfallstation in Anspruch genommen werden mußte. Aber auch hier kam es zu wüsten Ausbrüchen. Die Krankenträger des Krankentransportwagens wurden sogar belästigt. Als schließlich die Polizei erschien, ergriffen die Rowdies die Flucht.

Gesellschaft für soziale Reform. Im Bürgeraal des Rathauses in Berlin hält die Gesellschaft für soziale Reform am 3. und 4. Dezember die Beratungen ihrer 3. Generalversammlung ab. Auf der

Zusammenfassung des sehr zeitgemäßen Themas: Methoden des gewerblichen Einigungswesens; Referenten sind Dr. Zimmermann (Soziale Praxis), G. Hartmann, Vorsitzender des Zentralrates der deutschen Gewerkschaften, und G. R. Schiffer, Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften. Diese Berichterstatter haben der Kommission angehört, die auf Anregung der Gesellschaft für soziale Reform die gewerblichen Einigungsinstitutionen in England studiert hat. — Mittwoch, den 5. Dezember, findet eine Besichtigung sozialpolitischer Einrichtungen statt.

Ein Ehe drama

Ist im Norden Berlins vorgekommen. Gestern früh 8 Uhr wurde die 18jährige Frau Amanda Hing geb. Stibel in ihrer Wohnung im Hause Tegelerstraße 38 im Bette erschossen aufgefunden. Die Tat ist nach ärztlichem Befunde vor ungefähr drei Tagen verübt worden. Der vermutliche Täter ist der 24jährige Chemann, Schlosser Ernst Hing, der sich in der vergangenen Nacht durch einen Revolverstoß und Trinken von Lyjol zu töten versuchte. — Hing, ein Mann von 24 Jahren, heiratete Pfingsten dieses Jahres die 18 Jahre alte Buchhalterin Amanda Stibel, ein hübsches Mädchen. Das Paar bezog im Hause Tegelerstraße 38 im zweiten Stock eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung, von der es eine Stube an eine junge Dame abvermietete. Schon bald nach der Hochzeit glaubte Hing Grund zur Eifersucht zu haben. Ob diese Eifersucht begründet war, ist nicht festgestellt. Jedenfalls teilte sie das Eheglück des jungen Paares und führte dahin, daß Hing beschloß, seine Frau und sich selbst zu töten. Wahrscheinlich am Dienstag schritt er zur Ausführung seines Planes. Aus einer alten Pistole schoß er seiner Frau mehrere Kugeln in den Kopf. Den Schuß, den er dann aus derselben Waffe gegen seinen Kopf abgab, verletzte ihn nicht tödlich, aber doch so schwer, daß er besinnungslos liegen blieb. Da die Mieterin zur Zeit der Tat nicht zu Hause war und später die Stube der Hing'schen Eheleute verschlossen fand, so blieb das Verbrechen zunächst unentdeckt. Mittwoch abend erst kam der Mörder wieder zur Besinnung. Er bedeckte nun die Leiche seiner Frau in ihrem Bette mit einer Steppdecke und verließ das Haus, um sich Lyjol zu holen. Nachdem er sich nun in sein Bett gelegt hatte, trank er aus einem Zassenkopfe die ätzende Flüssigkeit, um auf diesem Wege seinem Leben ein Ende zu machen. Aber auch jetzt gelang es ihm nicht.

Gestern morgen hörte die Astermieterin ihn von ihrem Zimmer aus schreien. Sie veranlaßte, daß man die Tür öffnete und nun entdeckte man die Blutlache. An der Leiche der Frau, die schon so lange in dem warmen Zimmer gelegen hatte, zeigten sich bereits die ersten Spuren der Verwesung. Hing wurde aus seinem Bette gehoben und nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er vernehmungsunfähig und fast hoffnungslos daniederliegt. Die Kriminalpolizei nahm den Befund und Tatbestand auf und photographierte die Wohnung.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands schreibt uns: Unser Mitglied Hermann Krob, Raupachstr. 7, hat am Sonntag beim Flugblattverteilen circa 180 Verbandsmarken verloren. Der Finder wird gebeten, die Marken bei obigem Mitglied oder im Bureau des Verbandes, Neue Königsstr. 33, abzugeben.

Der Kassierer des zweiten Wahlkreises, Genosse Gustav Schmidt, teilt hierdurch mit, daß er die Geschäfte des Wahlvereins nicht mehr Mittenwalderstr. 30, sondern Willowstr. 52, Aufgang 4, parterre, erledigt.

Ein Besucher des naturwissenschaftlichen Vortragsabends am Montag, den 12. d. M., im Böhmischen Brauhaus hat einen Schirm stehen lassen. Derselbe kann bei Varentzin, Lützowstr. 81, in Empfang genommen werden.

Zu erkennen und vermißt. In der Nacht zum 13. November gegen 12 1/2 Uhr sprang ein circa 20 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehöriger Mann am Kupfergraben, nördlich der eisernen Brücke, in den Spreekanal und ertrank. Der Unbekannte ist circa 1,70 Meter groß, schlank, hat dunkles Haar und Anflug von Schnurbart und war bekleidet mit dunklem Jacketanzug, grauen Strümpfen, schwarzen Schnürstiefeln und weißleinenem Hemd, gez. R. T. Die Leiche befindet sich im Schauhause, Hannoverstraße 6. Nachrichten über die Person zu 8466 IV. 41 Polizeipräsidium, Zimmer 249, erbeten. — Seit dem 30. September 1906 wird der Arbeiter Arno Meydorf, am 28. Oktober 1890 zu Berlin geboren, vermißt. Beschreibung: 1,80 Meter groß, schmächtig, blonde Haare, graue Augen, gesunde Zähne. Kennzeichen: auf dem Kopfe verschiedene Narben. Kleidung: Schwarzer fleischer Gut, schwarzes Jackett, graue Weste, graumelierte Hose, Schnürstiefel. Zweideutige Mittelungen, welche zur Auffindung des Genannten führen könnten, werden sowohl von der Kriminalpolizei, als auch von jedem Polizeirevier, zu den Akten: 7584 IV. 29. 06, schriftlich oder mündlich entgegengenommen.

Im Luisen-Theater wird Sonnabendnachmittag um 4 Uhr als Kindervorstellung „Die sieben Raben“ zu ganz kleinen Preisen gegeben.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 6 Uhr hatte der 8. Zug in der Reichendorferstr. 73 zu tun und um 7 Uhr der 16. Zug in der Reichendorferstr. 118, wo Holz in Brand geraten war. In der Wilsdr. 14 brannten Bettdecken, Gardinen u. a. und in der Klopstockstr. 25 Müll usw.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Zur Stadtverordneten-Wahl in Rixdorf.

Heute — Freitag — von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends finden die Wahlen in der zweiten Abteilung statt. Da gilt es, auf dem Posten zu sein! Der glänzende Sieg, den wir in der 3. Abteilung errungen haben, darf uns nicht blenden und nicht etwa veranlassen, lässig zu werden. Die dritte Abteilung gehört ohnehin der Sozialdemokratie; das mögen sich unsere Gegner hinter die Ohren schreiben. Aber auch in der zweiten Abteilung müssen wir Drecksche legen. Die große Masse der Bevölkerung Rixdorfs ist sozialdemokratisch, das hat die Reichstagswahl bewiesen. Sehen wir also alles daran, um uns auch in der Kommune entsprechenden Einfluß zu verschaffen. Daß der in gewissen Grenzen bleibt, dafür hat schon das elende Dreiklassen-Wahlrecht gesorgt, das zur Stadtverordnetenwahl gilt. Wägen wir deshalb dieses winzige Wahlrecht bis aufs Äußerste aus! Suchen wir auch in der zweiten Abteilung möglichst viel für uns herauszuschlagen! Um das aber zu können, muß heute jeder Wähler, der in diese Klasse gehört, sein Wahlrecht ausüben. Die Gegner haben sich koalitiert, um uns unseren Anspruch streitig zu machen. Da darf auch kein einziger Wähler fehlen! Auf jede Stimme kommt es heute an, eine Stimme kann heute den Ausschlag geben. Deshalb, mit allen Kräften auf zur Wahl in der zweiten Abteilung!

Das an Scheidewürdigkeiten so arme Rixdorf soll in nächster Zeit eine Passage erhalten, die in ihrer Ausführung der Lindenpassage ähnlich soll. Das Grundstück Vergl. 151/152, auf dem sich seit etwa 80 Jahren ein Vergnügungsetablisement befindet, ist von einem Unternehmer angekauft worden und dieser beabsichtigt, den ganzen Gebäudekomplex niederzureißen und eine Passage zu bauen. Sie soll eine Verbindung zwischen der Berg- und Richardstraße herstellen.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Charlottenburger Stadtverordneten hatten am Mittwoch einen „großen Tag“. Allerdings handelte es sich nur um Wahlprüfungen, aber die begleitenden Nebenumstände, all das, was sich vorher hinter den Kulissen abgespielt hatte, die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen in der Presse und ihren Kommunalvereinen — das war es, was den Verhandlungen ihre Bedeutung verlieh.

Es wird noch in Erinnerung sein, wie die Liberalen, nachdem sie jahrelang einen erbitterten Kampf gegen die „Unpolitischen“ geführt hatten, an deren Spitze damals Herr Ströbler stand, sich vor den letzten Wahlen mit ihren Gegnern zusammenschlossen hatten, um gemeinsam zur Vernichtung der Sozialdemokratie auszuholen. Aber das widernatürliche Kompromiß hielt nicht lange vor, es ging schon anlässlich der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers in die Brüche. Die Liberalen bestanden darauf, daß ihr Führer, Herr Kaufmann, den Vorsteherposten erhielt, während alle übrigen Fraktionen für die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Justizrats Rosenbergs eintraten, der denn auch als Sieger aus dem Kampfe hervorging. Darob große Erbitterung bei den Liberalen; sie strebten danach, möglichst bald die absolute Mehrheit zu erlangen, um die Posten besetzen zu können, zu deren Besetzung sie einstweilen noch auf die Hilfe anderer Fraktionen angewiesen sind. So benutzten sie denn die erste sich ihnen bietende Gelegenheit, um die Zahl ihrer Mandate zu vermehren. Im Oktober fanden in der ersten Wählerklasse vier Ersatzwahlen statt, bei denen die von den Liberalen aufgestellten Kandidaten als gewählt proklamiert wurden.

Gegen die Gültigkeit dieser Wahlen sind von Anhängern der unterlegenen Kandidaten rechtzeitig eine große Reihe von Protesten eingegangen. In einigen Protesten wurde behauptet, die sämtlichen Wahlen müßten für ungültig erklärt werden, denn die Wählerliste sei erst am 3. Oktober festgestellt, weil erst an diesem Tage die Stadtverordnetenversammlung über die Einsprüche entschieden habe; die Einladungen zur Wahl dagegen seien bereits am 18. September erfolgt. Dieser Einwendung habe also nicht die Wählerliste von 1906, sondern die von 1905 zugrunde gelegen, die einen ganz anderen Kreis von Wahlberechtigten aufwies. — In anderen Protesten war die Rede von Wahlbeeinflussungen. Verschiedene liberale Stadtverordnete sollen Wähler aufgesucht und ihnen falsche Auskunft über die politische Stellung der Kandidaten gegeben haben. Weiter sollen unter dem liberalen Wahlaufsatz Unterschriften gefunden haben, die niemals gegeben seien. — Ein dritter Protest richtete sich nur gegen die Wahl des Herrn Thieme, der überhaupt nicht die absolute Mehrheit erhalten habe. Die absolute Mehrheit betrug 82 Stimmen, Herr Thieme, der als Ersatzmann bis 1907 aufgestellt war, hatte aber nur 77 Stimmen erhalten und außerdem noch 6 als Ergänzung bis 1906. Der Wahlvorsteher hatte ihn trotzdem als gewählt proklamiert.

Der Wahlprüfungsausschuß hatte nur diesem letzteren Protest Folge gegeben, er beantragte, die Wahl des Herrn Thieme für ungültig, alle anderen für gültig zu erklären. Das Plenum schloß sich diesem Antrag nicht an, es erklärte — allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit — auch Herrn Thieme für gewählt, indem es ihm die sechs Stimmen, die er an anderer Stelle erhalten hatte, hinzugerechnete.

Die Debatten waren stellenweise recht stürmisch. Interessant war es, wie insbesondere die Juristen, die den „Unpolitischen“ angehören, an der Hand der Städteordnung die Ungültigkeit sämtlicher Wahlen nachzuweisen suchten, während die der liberalen Fraktion angehörenden Juristen aus denselben Gesetzesbestimmungen das Gegenteil herzuleiten sich bemühten. Auch die angeblichen Wahlbeeinflussungen spielten eine große Rolle, die Enthaltungen, die dabei zutage traten, zeigten, wie politisch unreif die Wähler der ersten Wählerklasse sind. Man sollte es kaum für möglich halten, aber so unglücklich es klingt, es ist volle Wahrheit: Herren, die den liberalen Wahlaufsatz unterschrieben haben, stimmen selbst gegen die von ihnen empfohlenen Kandidaten, der eine „unpolitische“ Kandidat hält es überhaupt nicht der Mühe für wert, sein Wahlrecht auszuüben, obwohl es auf jede Stimme ankommt, unter den „liberalen“ Kandidaten befinden sich zwei, die im nationalliberalen Verein organisiert sind. Die „Unpolitischen“ sind aber in ihrer großen Mehrheit gleichfalls nationalliberal, die beiden Herren haben also gegen ihre eigenen Parteifreunde laudiert. Eine große Reihe von Wählern gibt Männern ihre Stimme, die ihnen nicht nur persönlich unbekannt sind, sondern deren politische Richtung und sonstige Qualifikationen sie nicht einmal kennt. Und diese Sozialdemokratische Kandidaten stimmen, als „Stimmvieh“ zu bezeichnen!

Man sollte es kaum für möglich halten, wie heftig die ehemaligen Verbündeten aneinandergerieten. Die Liberalen hielten den „Unpolitischen“ ein langes Sündenregister vor, sie bezichtigten sie des Antisemitismus, der Ruchlosigkeit in allen Dingen. Tatsächlich tief ein liberaler Redner unter Bezug darauf, daß die Unpolitischen mit der Mittelstandsvereingung zusammengewandert seien, aus: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist! Die Liberalen haben offenbar gar keinen Sinn, in welsch' jenseitiges Licht sie sich dadurch selbst rüden, denn sie waren es ja, die mit den Unpolitischen ein Bündnis geschlossen hatten, obwohl ihnen deren Sünden, die sie ihnen jetzt vorhalten, bekannt waren. Hoff' schon es, als seien die Liberalen bei den Jesuiten in die Schule gegangen.

Auch die Sozialdemokratie suchte man in diesen Stank zu verwickeln; es wurde das Gerücht kolportiert, der liberale Führer Kaufmann habe den Sozialdemokraten ein Kompromiß angeboten, falls sie ihn zum Vorsteher wählen würden. Hieran ist auch nicht ein Wort wahr. Die Sozialdemokraten haben geschlossen den bisherigen Vorsitzenden Rosenbergs gewählt. Ja, sogar ein Stadtratsmandat soll den Sozialdemokraten als Lohn von Herrn Kaufmann in Aussicht gestellt sein. Um den Anstun voll zu machen, hätte nur noch jemand aufstehen und erzählen müssen, die Sozialdemokraten hätten als Lohn die Stelle des Kammerers und die sofortige Auslieferung der Stadthauptkasse verlangt. Man war eben in der Stimmung, in der man alles glaubt.

Für das fernere Arbeiten in der Stadtverordnetenversammlung werden die Debatten zweifellos von Bedeutung sein. Es gewinnt den Anschein, als ob die Ströblerschen Zeiten seligen Angedenkens wiederkehren. Jedenfalls haben die bürgerlichen Parteien von neuem den Beweis erbracht, daß es eine Unmöglichkeit ist, wenn sie behaupten, daß es ihnen einzig und allein auf die Förderung der Geschäfte der Stadt ankommt. Rein, obenan steht ihnen ihre Parteinteresse.

Voraussichtlich werden die Herren, deren Proteste abgewiesen sind, nun den Bezirksauschuß und das Oberverwaltungsgericht anrufen.

Da sich die persönlichen Fäkerereien bis 10 Uhr abends hin-

Friedenau.

Ein dreifacher Raubfall ist auf dem Friedenauer Hauptpostamt verübt worden. In der fünften Nachmittagsstunde war das Dienstmädchen eines Fabrikbesizers auf die Post geschickt worden, um dort eine größere Geldsumme einzuzahlen. Während das Mädchen ein Schalter stand und auf Abfertigung wartete, drängte sich plötzlich ein junger Mann heran und rief der Ahnungslosen einen Hundertmarkschein aus der Hand. Der Raubfall hatte sich so schnell abgespielt, daß sich die Bestohlene erst dann von ihrer Ueberraschung erholte, als der dreifache Räuber bereits mit seiner Beute entflohen war. Die Nachforschungen nach ihm waren bisher erfolglos.

Tempelhof.

Zwischen den Puffern den Tod gefunden hat in der gestrigen Nacht der 25 Jahre alte Rangierer Max Borowski aus der Chauffee-straße in Mariendorf. Er war auf dem Rangierbahnhof Tempelhof angestellt und wollte zwei Güterwagen zusammenkoppeln. Durch ein

verhängnisvolles Mißverständnis wurde dem Lokomotivführer ein falsches Signal gegeben, so daß die beiden Wagen, zwischen deren Puffer er stand, zusammenfuhren. Der Rangierer wurde eingeklemmt und erlitt so schwere Brustverletzungen, daß er kurz darauf starb.

Erkner.

Ein Frauenbein, das mit einem schwarzen Wollstrumpf und elegantem gelbem Schnürstiefel bekleidet war, ist am Mittwoch im Damerijsee bei Erkner aufgefunden worden. Die von der Behörde sofort angeordnete ärztliche Untersuchung hat keinen Anhalt dafür ergeben, daß ein Verbrechen vorliegt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der Körperteil durch eine Schiffschraube von einer im Wasser treibenden Leiche abgerissen worden ist.

Weihensee.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern in einem Durchführungsrohr dicht an der Weihenseeer Chauffee gefunden. Sie war in Bindeln und in einer blauen Schürze eingewickelt. Der Schädel des Kindes ist gewaltsam eingedrückt worden. Teilweise war die Leiche bereits in Verwesung übergegangen.

Schildow-Blantenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen).

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins fand am Sonntag in Rönchsmühle bei Knappe statt. Genosse Braun referierte über: Glaubt an nichts Uebernatürliches. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern darüber aus, daß von den Blantenfelder Mitgliedern 15 wegen Referierens der Beiträge gestrichen werden mußten. Er forderte die Genossen auf, mehr als bisher für die Organisation und Presse zu agitieren. Zu der am 2. Dezember stattfindenden Kalenderverbreitung eruchte er um rege Beteiligung.

Eiche bei Potsdam.

Der erwählte Gemeindevorsteher. Auf der Flucht nach Amerika verhaftet wurde in Amsterdam der frühere Gemeindevorsteher des Dorfes Eiche bei Wildpark. Wie wir seinerzeit berichteten, war in diesem Frühjahr der Gemeindevorsteher Nimenapp aus Eiche plötzlich verschwinden. Er hatte Frau und Familie im Stich gelassen, und die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß er auch den Hauptinhalt der von ihm verwalteten Sparkasse des Kreises Osthavelland mitgenommen hatte. Lange Zeit hindurch waren alle Vermutungen, eine Spur des Verdrubanten zu ermitteln, erfolglos geblieben, bis schließlich die Amsterdamer Polizei auf Grund des hinter A. erlassenen Stadtbriefes seinen Aufenthaltsort feststellte; er wurde wenige Stunden vor seiner nach Amerika geplanten Ausreise verhaftet. Größere Barmittel wurden bei dem Flüchtigen nicht gefunden. Die Auslieferungsverhandlungen sind eingeleitet.

Potsdam.

Abfuhr des Reichsverbandes. Am Mittwoch, den 14. d. M., hatten die Genossen von Potsdam eine große Volksversammlung nach dem Viktoriagarten einberufen, um mit den Reichsverbändlern gründlich abzurechnen. Schon bei Eröffnung der Versammlung war der Saal überfüllt und Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Genosse Benno Raab-Verlin referierte. Die Reichsverbändler schwiegen. Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige überaus zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung zu Potsdam erkennt in dem sogenannten Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine der verächtlichsten und verwerflichsten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens, zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, die sozialdemokratische Partei und ihre Führer mit den gemeinsten Lügen und Ehrabschneidereien systematisch zu verfolgen und die gesamte Arbeiterschaft um ihre schmalen Rechte zu betrügen. Demgegenüber erklären die Versammelten sich durch keine Macht von ihrer tiefinnersten sozialistischen Ueberzeugung abbringen zu lassen, im Gegenteil mit verdoppelter Energie für die weitere Stärkung der sozialdemokratischen Partei zu wirken.“ — Die bekante Resolution gegen den Fleischwucher fand nach einer trefflichen Begründung durch den Genossen Staab ebenfalls einstimmige Annahme.

Ueber eine Protestversammlung wird uns noch von Zeltow berichtet. 300 Männer und Frauen hatten sich am Dienstagabend eingefunden, um ein Referat des Genossen Kalliski anzuhören. Daß sich die Versammlung eins wußte mit der energischen Beurteilung der Bucherpolitik durch den Referenten, bewies die einstimmige Annahme der Resolution.

Gerichts-Zeitung.

Ist der verantwortliche Redakteur für alles verantwortlich, was er zum Druck befördert?

Begen Verleumdung des Landrats B. in Markgradowa ist am 5. Mai vom Landgerichte Königsberg der Redakteur der „Hartungischen Zeitung“, Anton Densel, zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden. Im Gerichtssaal jenes Blattes war ein Eingekauft betreffend eine neue Bahnlinie abgedruckt worden, durch welches sich der Landrat beleidigt fühlte. Der Angeklagte hatte in der Hauptverhandlung unwiderlegt behauptet, er habe das Eingekauft vor dem Drucke nicht gelesen; er habe das Manuskript einem Redaktionskollegen zur Prüfung übergeben und dann, als dieser erklärte, es enthalte nichts Strafbares, die Veröffentlichung angeordnet. Das Landgericht nahm aber doch an, daß er den Eventualdolus gehabt habe und erkannte auf Strafe. — Die Revision des Angeklagten kam am Dienstag vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Der Reichsanwalt erklärte die oben erwähnte Ansicht des Landgerichtes für nicht frei von Rechtsirrtum. Direkter Vorschlag könne nicht in Betracht kommen. In der angeführten Behauptung des Angeklagten liege der Nachweis, daß er auch nicht mit Eventualdolus gehandelt habe. Das Landgericht meine nun hier, die Annahme der Täterschaft des Angeklagten könne durch die bloße Tatsache, daß ein anderer den unter Verantwortung des Angeklagten erschienenen Artikel geprüft habe, nicht beseitigt werden. Das Gericht schiene einmal in der Bestimmung des § 30 Abs. 2 des Preßgesetzes rechtsirrtümlich eine Fiktion der Täterschaft an Stelle einer Beweisvermutung zu erblicken, andererseits auch einen generellen Eventualdolus zu unterstellen, vermöge dessen der Redakteur für alle durch das Blatt gegangenen Verleumdungen haftet, solange er nicht den Nachweis erbringt, daß die Veröffentlichung gegen seinen Willen erfolgt ist. Das Landgericht schiene anzunehmen, daß, weil er die Veröffentlichung angeordnet habe, er unter allen Umständen die Haftung trage. Dies sei eine Ueber-spannung des Eventualdolus, die nicht in Einklang zu bringen sei mit dem vom Reichsgerichte aufgestellten Rechtsgrundsatze. — Das Reichsgericht folgte diesen Darlegungen, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Ein Rattenkönig von Anklagen gegen den „Freien Arbeiter“.

Eine ganze Serie von Anklagen gegen das Anarchistenblatt „Der freie Arbeiter“ kam gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichtes I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenbergs zur Verhandlung. Angeklagt war der Redakteur des Blattes, Former Rudolf Oestreich. Die Anklage betraf Staatsanwaltschaftsdrat Lindow, der Angeklagte wurde durch Rechtsanwält Dr. Halpert verteidigt und hatte sich auf folgende Anklagepunkte zu verantworten: 1. Durch zwei Artikel „Die Kantippe“ und „Kenschenvernichtung“ unzüchtige (!) Schriften verbreitet zu haben; 2. soll er durch einen Artikel „Die Polizei im Kampf gegen die Arbeiter“ zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt haben; 3. durch eine kurze Zeitungsnote soll eine Gotteslästerung begangen sein; 4. in einem Artikel unter der Ueberschrift „Poloz“ soll die Aufforderung an Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam; 5. in einem Artikel „Kirche und Militarismus“ eine Beschimpfung der christlichen Kirche enthalten sein und 6. soll durch einen Artikel

„Revoluktion und Expropriation“ das Vorgehen der Aufforderung zum Angehörigen gegen die Besetzung der Aufreißung verschiedener Bevölkerungsgruppen zu Gewalttätigkeiten begangen sein. — Staatsanwaltschaftsdirektor Lindow hielt den Angeklagten in allen Fällen der Anklage für schuldig. Er beantragte wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften je 50 M., zusammen also 100 M. Geldstrafe ebent. 10 Tage Gefängnis. Bezüglich der 5 letzten Fälle müsse berücksichtigt werden, daß der Angeklagte die Grundlagen des Staates auf das allerschwerste angegriffen und zu Gewalt aufgefordert hat. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Halpert schiedte voraus, daß der vom Angeklagten vertretene politische Standpunkt nicht der feine sei und legte dar, daß bei ruhiger, sachlicher und unparteiischer Prüfung in den inkriminierten Artikeln absolut nichts Strafbares gefunden werden kann. Das Urteil soll heute Mittag um 12 Uhr verkündet werden.

Strafbare Versuch gegen ein Betriebsgeheimnis, das kein ist.
Vom Landgericht II in Berlin ist am 5. Oktober v. J. der Kaufmann Josef Stare in Charlottenburg wegen unlauteren Wettbewerbes verurteilt worden, weil er es unternommen hat, ein Betriebsgeheimnis betreffend die Herstellung eines Raders auszukundschaften. Da ein solches Geheimnis überhaupt nicht bestand, beantragte der Reichsanwalt am Dienstag die Auf-

hebung des Urteils. Das Reichsgericht erkannte aber doch in der heutigen Verhandlung auf Verwerfung der Revision. Das „Unternehmen“, sich in den Besitz eines Betriebsgeheimnisses zu setzen, sei dem „Versuch“ gleichzuachten. Hierbei komme es nach bekannten Rechtsgrundsätzen nur auf die subjektive Vorstellung des Täters an; die Tat könne also auch am untauglichen Objekt begangen werden. Das Reichsgericht hält also an der Theorie der Strafbarkeit des Gedankens auch bei Anwendung untauglicher Mittel und gegen untaugliche Objekte fest. In Verfolg dieser leider vom Reichsgericht dauernd beibehaltenen Ansicht müßten nächstens alle berechtigten gläubigen Gegner der Sozialdemokratie, die deren Anhänger eine Reize zum Tödel wünschen, wegen versuchten Mordes unter Anklage gestellt werden.

Vermischtes.

Schiffsunfälle. Durch den Sturm der letzten Tage sind, wie aus Kiel gemeldet wird, in den benachbarten Gewässern zahlreiche Schiffsunfälle zu verzeichnen. So wurde der Wiberger Schoner „Johanne Emilia“ von der Mannschaft verlassen auf hoher See von dem Dampfer „Goethe“ angetroffen und nach Rego eingeschleppt. Von dem Schiff der Mannschaft ist bisher nichts bekannt geworden. Ebenso

wurde im Sund ein unbekanntes Schiff kieloben treibend gestiftet und an der Mündung von Laaland strandete die Straßburger Galeasse „Rapid“, doch konnte die Mannschaft der letzteren nach Nyfjeldt gerettet werden. Ferner geriet die im Sund ankernde Bark „Don Quixote“ infolge Druckes der Ankerkette auf Strand, und nach einem Zusammenstoß mit dem norwegischen Dampfer „Nabarra“ sank der gleichfalls im Norwegen beheimatete Erdampfer „Margarete“ so schnell, daß die Mannschaften nur mit knapper Not an Bord der „Nabarra“ gerettet werden konnte. Der beim Verlassen der Flensburger Innenföhde bei Holnis gestrandete Flensburger Dampfer „Danebola“ ist so hoch aufgelaufen, daß man vom Schiff aus fast trodenen Fußes an das Ufer gelangen kann. Alle Veruche, das Schiff mit Schlepplinse wieder abzubringen, blieben bisher ergebnislos.

Ueberschwemmungen. Wie aus Tacoma (Washington) gemeldet wird, sind alle Eisenbahntrecken im Nordwesten durch Ueberschwemmungen unterbrochen. Das betroffene Gebiet erstreckt sich auf etwa 300 Quadratmeilen. Die Ueberschwemmungen sind durch andauernden Regen und Schneeschmelze im Kaskaden-Gebirge hervorgerufen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sollen sechs Menschen umgekommen sein.

Für den Inhalt der Ankerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 16. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyrenhaus. Die Weiserfinger von Rürnberg. Anf. 7 Uhr.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Neues Operntheater. La Gioconda.
Deutsches. Das Wintermärchen. Die Beschwörung des Fiesko zu Genua.
Spreng. Die Fledermaus.
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsnacht.
Berliner. Das Blumenboot.
Schiller O. (Königs-Theater.) Die Beschwörung des Fiesko zu Genua.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Hochzeitsnacht.
Neues. Die Gondolieri.
Königs-Oper. La Fata Morgana.
Residenz. Tripelpatte.
Luisen-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Sherlock Holmes.
Bernhard Rose früher Carl Weh. Ausgewiesen.
Triana. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Nivello. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel laßt dazu.
Koloss. Die beiden Champagnol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Provinzmädel.
Vollge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Landenstraße 18/19.
Im wissenschaftlichen Theater: 8 Uhr: Säckingen.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Physikalischer Kursus.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Richard Koenig a. G.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schüler- vorstellung, keine Preise: Die Zauberkiste. Abends 7 1/2 Uhr: Schützen- hiesel. Fritz Werner a. G.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Sonntag zum 25. Male: Die Con- dottieri.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 119. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonntag zum 120. Male: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 5 Uhr zum 121. Male: Ein idealer Gatte.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Vorgem nachm. 3 1/2 Uhr zum ersten- mal: Güntersel.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwan in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gauthier.
Comique Robert de Roubaix:
Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr Dr. B. Donath: Physikalischer Kursus.
(Stiftungsfonds der Berliner Gewerbe-Ausstellung.)

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
„Lakmé“.
Am 2. Akt: „Cobra“, ausgeführt von Ruth St. Denis.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Dienstag: Ruth St. Denis.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen.
Abends 8 Uhr: Lakmé.

Lortzing-Theater

Beilkenhagenstr. 7/8.
Heute abend 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Die Fledermaus.
Abonnement giltig.
Sonntag: Der Wildschütz.
Sonntag nachm.: Zar und Zimmermann.

Zentral-Theater.
(Cyperette). 8 Uhr:
Die Fledermaus.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Sonntag 4 Uhr Kindervorstellung: Die sieben Raben.
Abends: Die vom Erlenkof.
Sonntag nachm.: Maria Stuart.
Abends: Blotte Weiber.
Montag: Sherlock Holmes.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 18. November 1906:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.
Dienstag, den 20. November: Das Glück im Winkel.

Metropol-Theater
Der Teufel laßt dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolf, Bender.
Giampietro, Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 18. d., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise.
Auf in's Metropol.

Apollo Theater

Das große neue Programm.
u. a.: The Densmores und die Bulldogge in der Küche.
Liane d' Eve, Orig. Nollische-Längerin.
Die Seldoms. Neue Bilder.
Berlin im Omnibus m. d. Omnibustrick.
Sonntag, den 18. November, nach- mittags 3 1/2 Uhr Familienvorstellung. Halbe Preise.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Musikprogramm. Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.** Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Mutterlegen.
Sonntag:
Geishinnen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Königs-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwan in 3 Akten von Kurt Kraus und Max Real.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Web' dem der läßt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Neues Schauspielhaus. Freitag, 16. Nov. 1906.

Zum ersten Male:
Die Hochzeitsnacht.
Spiel einer Maternacht von Max Dreyer.
In Szene gesetzt von Ernst Hilsch.
Decorationen und Kostüme nach Entwürfen von Professor D. Vester und Josef Urban.
Die gesamten Kostüme und Waffen sind von Alexander Bläschke u. Co., Wien. — Die Decorationen sind von Hartwig u. Co., Berlin.
4 Akte. — Eine größere Pause findet nach dem ersten Akt (zweites Bild), eine kleinere nach dem dritten Akt statt.

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 16. November, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Das anerkannt vorzügliche Programm.
U. a.: Berlin's größte Sensation: 10 wilde Bengal-Tiger 10 Mr. Harricksens einzig dastehende größte Tigergruppe
wilde Dressur.
Die 5 Könige der Luft
Les 5 Alex.
Les 5 Piroscoffis
Ferner: Sämtl. Spezialitäten, Clowns und Auguste mit ihren neuesten Wigen. Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs- Pantomime: Ein

Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 3 Galavort, nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Josefine Dora
Neueste Schlager.
Mary Irber
Von den „11 Schürstüchern“ in München.
Georg Kaiser
„Waldschütz“.
Damen-Jiu-Jitsu
Japanischer Ringkampf.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenbeckstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Banchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.**
2061L* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwan in 3 Akten von Kurt Kraus und Max Real.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Web' dem der läßt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:
Monsieur Romeo's
Stauben erregende
Automobilexperimente.
Heberfahren
mit einem 70 PS. Dual-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Außerdem erstes Auftreten des **Mons. Refala**, russ. Virtuose aus Paris. Herrn Ernst Schumanns Reudirektoren.
Aus der Puzta.
Orig. Pantomime d. Jhr. Busch.

Bernhard Rose-Theater

früher Carl Weh-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Bolkstuck in vier Akten von Karl Hötter.
Billetvorverkauf für 8 Tage vorher von 10-11 Uhr an der Theaterkasse und bei Wertheim.
Sonntag nachm.: Frau Holle.
Sonntag nachm.: Die Tochter des Herrn Fabricius.

Brunnen-Theater

Direktion: Bernhard Rose.
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Die Cameliendame.
Dram. Gemälde in 5 Akten v. Dumas.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Adele.
Schauspiel nach dem gleichnamigen Roman d. „Lol. Ana.“ v. Hugo Busse.
Nach der Vorstellung: **Bull.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag: Extra-Vorstellung.
Kann oder: Genio und Leidenschaft.

Theater Folies Caprice.

Luisenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Soll und Haben.**
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.



Interessante neue Darbietungen.

Bros. Permané, Exzentriks.
Angelos lebende Kunstwerke.
La Vilma, Sandmalerin.
Das Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Staleys Verwandlungsakt:
Die musikalische Schmiede.
„Im sonnigen Spanien“. Englische Ballettszene, ausgef. von der John Tiller-Truppe a. London.
The 3 Urms Sisters.
Trapezünstlerinnen.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
Maria Vinot von der königl. Oper in Madrid.
Cheoberts Chinesentruppe.
Clotilde Florido, spanische Tänzerin.
Der Biograph:
1. Wettlaufen.
2. Die Hochzeit im Automobil.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Jeden Abend 8 Uhr Gastsp. A. Philipp.
Im wilden Westen
und der sensationelle Raderfolg
Herr Hauptmann von Köpenick.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Reise durch das Märchenland.
Keine Preise! Ein Kind frei!
Sonntag nachm. 3 Uhr (halbe Preise): **Ueber'n großen Teich.**

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Das effektvolle
November-Programm.
Das schwarze Udel-Quartett
(The Orig. Black Troubadours).
Die fluge Rosa —
14 vorzügliche
Spezialitäten
14
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die beiden Champagnol.
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hausfreund.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Ihr zweiter Mann.

Stolas

über 500 Stück
(alle Pelzarten),
sowie alle sonst.
Pelzwaren.
Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Streng reell.
Kein Zwischen-
händler, daher sehr
billig.
F. Kalman
Kürschnerstr.
75. Dresdenerstraße 75
vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verk. auch Sonntags, u. Wochen-
tags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute
wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung
Sonntag, 17. November:
Neue Nummern!
Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige
Spezialitäten 15
Giza u. Blosca!
Verwandlungs-Burleske:
Tänzerin und Waisenrat.
Truppe Sokolowsky.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Dienstag
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuser-
straße 4a.
Direktion W. Roimar.
Heute Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Zum ersten Male:
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Akten von
Shakespeare.
Jeden Sonntag, Montag u.
Donnerstag:
Nordl. Sänger und Tanztruppe.
Sonntag Beginn 5, Bochent. 8 Uhr.
Jeden Dienstag: **Theater-Abend.**

Gustav Gottschalks-Gesellschafts-Konzert. Wunsch-Abend.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Mühlstr. 16.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das vollständig neue
November-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu!
Großer Raderfolg.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Stola Muffen etc. etc.

Nur eig. Fabrikat.
Billige Preise.
Große Auswahl.
Spez.:
Pelz-Jacken
nach Maß.
C. Hornung,
Kürschnermeister,
Alte Jakobstr. 87, III
Verkauf auch Sonntag.

Pro und contra.

Die letzte Nummer der „Neuen Zeit“ bringt zwei Artikel, die sachlich dem neuen Tarif der Buchdrucker Stellung nehmen...

Da die Diskussion über die Tariffrage in der letzten Zeit leider von ihrer eigentlichen Aufgabe, Klarheit über die Richtigkeit oder Schädlichkeit des Tarifes zu bringen, abgelenkt ist...

Die Artikel lauten:

Ist der neue Buchdrucker tarif ein Fortschritt oder nicht?

Von G. Bachhaus.

In Nr. 4 der „Neuen Zeit“ schreibt Genosse A. Kautsky unter der Überschrift „Der neue Tarif der Buchdrucker“ unter anderem: „Es genügt festzustellen, daß der neue Tarif in keiner Weise die Verhältnisse der Buchdrucker erheblich verbessert...“

Genosse Kautsky zitiert zunächst ein Urteil aus dem „Korrespondenzblatt“, das dahin lautet, die zehnprozentige Lohnerhöhung bilde nicht den vollen Ausgleich für die allgemeine Teuerung...

Will man prüfen, ob die seitens der Buchdrucker erzielten Lohnerhöhungen befriedigend sind oder nicht, dann muß man die gesamten gewerblichen Verhältnisse bei der Beurteilung berücksichtigen...

Um zu verstehen, wie schwer es ist, durch Streik mehr zu erreichen, braucht man nur die seitens der Generalkommission im „Korrespondenzblatt“ veröffentlichte Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1906 (Nr. 41, 18. Jahrgang) zu studieren...

Betrachten wir nun die erzielten Lohnerhöhungen, so sehen wir, daß eine solche pro Woche bis zum Betrag von 1,50 M. von 140 262 Arbeitern und Arbeiterinnen erzielt wurde...

Als dem Angehörigen geht hervor, daß nach Lage der Sache schwer höhere Zugeständnisse der Unternehmer in der Lohnfrage zu erzielen waren. Wäre es dieserhalb zum Kampfe gekommen, dann hätten beide Teile, Gehülften und Prinzipale, schwere Opfer bringen müssen...

müssen. Ob diese durch ein besseres Resultat von den Gehülften wieder ausgeglichen werden könnten, war fraglich. Sicher ist aber auch daß die Gehülften durch die Tarifgemeinschaft die Gewinne der weiteren Durchführung des Tarifes haben...

Worin die Verschlechterungen für die Maschinenleger bestehen, sagt Genosse Kautsky nicht. Es kann ja auch nicht bestritten werden, daß für die Maschinenleger Bestimmungen — beispielsweise die Gestaltung des Berechnens in Zeitungsbetrieben — in Kauf genommen werden mußten...

Immerhin beweist auch dieser Vorgang, wie ernst die Situation der Gehülfsenschaft gerade auf dem Gebiete der Schmaschinenfrage ist. Hier werden die entscheidenden Schachzüge zwischen beiden Parteien getan, und ein gewisses Nachgeben der Gehülfsenvertreter unter dem Zwange der Verhältnisse ist gar nicht zu verkennen...

Betreffs der einhalbstündigen Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend oder Jahltage ist zuzugeden, daß das keine besondere Erregungssache genannt werden kann. Eine derartige Behauptung ist auch vom „Korrespondenzblatt“ nicht aufgestellt worden...

Bedeutet nun der abgeschlossene Tarif wirklich eine Bankrotterklärung der bisherigen Tarifpolitik des Buchdruckerverbandes? — Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zu werfen...

Wir sehen, daß im Jahre 1873 nach einem allgemeinen Buchdruckerstreik in Leipzig und infolgedessen in sieben Orten erfolgter Ausperrung der Verbandsmitglieder die erste Tarifgemeinschaft abgeschlossen wurde, die ganz annehmbare Bestimmungen für die Gehülfsenschaft enthielt...

ein nicht zu verachtendes Mittel hierzu in die Hand. Ohne starke Organisationen kann eine Tarifgemeinschaft nicht bestehen.

Man braucht nicht mit allem, was im „Korrespondenzblatt“ geschrieben wurde, einverstanden zu sein, man darf aber nicht die Schwierigkeit der Situation für die Redaktion verkennen, die sich daraus ergibt, die Abmachungen gegen die Angriffe von links und rechts und aus dem eigenen Lager zu verteidigen...

Einzelne Unrichtigkeiten in dem Artikel des Genossen Kautsky müssen noch richtiggestellt werden. So sind nicht 87 Proz. der Buchdrucker gewerkschaftlich organisiert; die Zahl dürfte 80 Proz. kaum überschreiten...

Was weiter in dem Kautskyschen Artikel über den engeren Zusammenschluß der Arbeiterklasse gesagt wurde, kann man größtenteils unterschreiben. Soll aber die Sozialdemokratie auch in dem rein gewerkschaftlichen Kampfe immer mehr Einfluß gewinnen, dann ist es notwendig, daß beide Teile der Arbeiterbewegung bemüht sind, sich gegenseitig Gerechtigkeit und objektive Beurteilung widerfahren zu lassen...

Was endlich über die Methode der ruckweisen Erringung von Fortschritten gesagt wurde, so ist dies doch wohl gleichbedeutend mit dem vielfach so gepriesenen alten Schlagwort des „Ausnutzens der Konjunktur“. Es ist doch eine alte Tatsache, daß bei schlechter Konjunktur diese ruckweisen Errungenschaften wieder verloren gehen...

Alles in allem kann ich die aufgemerkte Frage dahin beantworten, daß der neue Tarif der Buchdrucker einen Fortschritt für die Gehülfsenschaft bedeutet. Um später mehr zu erreichen, bedarf es auch im Buchdruckerverband einer regen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit...

Hier irrt der Genosse Bachhaus. Der „Vorwärts“ hat sich an keiner Stelle reifiziert und seine sachliche Beurteilung des Tarifes und des Organisationsvertrages in jedem Betracht aufrecht erhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, 19. November, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Rezitationsabend. Frau Helma Steinbach (Hamburg).

Panlow, Donnerstag, 22. November, 8 1/2 Uhr, bei Großfurt, Verlinerkstraße 27: Vortrag. Genossin Jhrer: „Die Zukunft der jungen Proletariat“.

Witterungsbericht vom 15. November 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke. Lists weather data for various stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Weiter-Prognose für Freitag, den 16. November 1906. Etwas mäßiger bei gleichm. lebhaften südwestlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Advertisement for Nordsee products. Includes text: „Teures Fleisch Billige Seefische“, „Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft“, and a list of fish products with prices like „Gr. Schellfisch mit Kopf... Pfd. 33 Pfg.“

4. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. November 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

255 486 813 725 97 800 [500] 140017 22 91 115 511 758
150155 213 522 838 36 989 151063 141 57 332 436 694
723 152010 226 429 307 7 15000 153309 578 154119
71 92 [500] 234 300 41 481 749 155178 [500] 23 78
794 156143 83 303 31 612 67 [1000] 390 [1000] 610 373
157443 637 714 78 812 27 973 85 158949 134 [1000] 54
564 88 650 770 159024 [500] 73 221 54 685 830 62

9. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. November 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

145027 55 207 349 609 24 219 75 146290 633 74 [500]
88 707 887 949 147004 131 215 47 [1000] 54 95 321 571
91 [500] 636 148120 200 71 362 678 783 986 149174 839
73 [500] 150123 297 407 [500] 52 289 709 [5000] 35 889
948 151150 290 709 152022 202 25 [1000] 50 684 97
841 77 153035 118 455 749 31 915 154021 287 425 62
201 050 700 [1000] 73 850 975 155005 17 160 87 [500] 334
837 40 698 717 80073 156609 [500] 162 802 26 53
80 23 963 85 157149 298 428 58 546 52 70 [500] 748 26
85 23 963 85 157149 298 428 58 546 52 70 [500] 748 26
85 23 963 85 157149 298 428 58 546 52 70 [500] 748 26
85 23 963 85 157149 298 428 58 546 52 70 [500] 748 26

Verkäufe. Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parierte. Teppiche mit farbigen Fleckenfabrik...

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Damenjacketts 5,75, 7,50, 10,50; lange Damenpaletots 130, 150, 180; warme Wintercapes 120, 140, 160...

Menzelbauer - Zither 5,00. Strudel, Braunerstraße 100. +95. Restaurant zu verkaufen, Expedition Petersburger Platz 4. +120.

Platinabfälle. Gold, Strahlgold Silber, Gebilte, alte Uhren, Rehrhoh, Staubgold, Brillanten, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stellenangebote. Klempner-Verfasser in größeren Betrieben zum Ausprobieren einer Arbeit...

Deutsch. Buchhändlerverband (Zahlstelle Berlin). Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen. Die Buchdruckerei von E. Bartels, Weihenfer, Generalstr. 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt.